links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

25 Jahre *links*

Fernsehen, Funk und FAZ

Tarifeinigung

Intervention in Bosnien?

Mexiko · Chile · Palästina

STAAT IM UMBAU

Offenbach Nr. 287 26. Jahrgang W: DM 8,—/ O: DM 5,— APRIL '94

Liebe Leserinnen und Leser,

Mitte des Jahres werden wir einen weiteren Schritt zur Erneuerung der *links* gehen, der unseren aufmerksamen LeserInnen eigentlich schon bekannt sein dürfte. Wir planen die Umstellung von bisher zehn auf sechs Ausgaben pro Jahr, was faktisch eine zweimonatliche Erscheinungsweise bedeutet. Die neue *links* wird dann um einiges umfangreicher sein. Ziel ist in erster Linie, mehr Raum zu gewinnen für die Planung und Durchführung von Schwerpunkten, die in der Vergangenheit gelegentlich allzusehr ad-hoc-Charakter hatten. Die Aktualität soll dadurch bewahrt werden, daß die in den anderen Artikeln aufgegriffenen Themen einen starken Bezug zu den aktuellen Diskussionen haben sollen. Wir hoffen, damit mehr als bisher der Bevormundung durch das in den sonstigen Medien Vorgegebene zu entgehen und statt dessen eigene Themen verstärkt in den Vordergrund stellen zu können. Neben der inhaltlichen Verbesserung steht allerdings ein zweiter bedeutender Faktor, der diese Umstellung rechtfertigt, nämlich die erhebliche Kosteneinsparung, hauptsächlich beim Porto. Bekanntlich ist die *links* keine Goldgrube und der Hilferuf des vergangenen Jahres hat zwar geholfen, das Unternehmen zunächst zu retten, aber ohne langfristige Einsparungen ist es unmöglich unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen das Projekt *links* in das nächste Jahr fortzuführen. Zu dieser Einsparung gehört auch, wie immer in diesen Fällen, eine technische Innovation. Das veraltete Satzgerät wird außer Betrieb gesetzt und durch eine entschieden modernere Technik ersetzt: den Umbruch am Computer. Allein das "magische Dreieck" von inhaltlicher Verbesserung, was auch heißt: personelle Stärkung von Redaktion und schreibendem Umfeld, von besserer finanzieller Ausstattung, was bedeutet: mehr Abos und Spenden sowie Kosteneinsparung, und von technologischer Innovation scheint uns die Aussicht zu bieten, diese Zeitschrift nach 25 Jahren noch weiter fortzuführen.

Alle diese Diskussionen, Veränderungen und Neuerungen sprechen schon ihre eigene Sprache über die sich wandelnden politischen Bedingungen unter denen diese Zeitschrift in dem vergangenen viertel Jahrhundert erschienen ist. Dennoch gibt es Grund zum Feiern, nämlich eben diesen fünfundzwanzigsten Geburtstag selbst. Statt großen Rückblicken und LeserInnen ermüdendem Lob auf die eigene Geschichte wollen wir an dieses Ereignis durch den Wiederabdruck des Kommentars von Arnno Klönne aus der Nullnummer der *links* erinnern.

Die sich verändernde Funktion des Staates und Kriminalität sind in diesem Heft die Kristallisationspunkte der Diskussion. Heinz Steinert und Helga Cremer-Schäfer machen sich Gedanken zum Stellenwert der Kriminalität für die "gute Gesellschaft". Steinert, indem er dem Modell der kolonialen das Modell der alteuropäischen Vergesellschaftung entgegensetzt, die grundlegenden Ausschließungsmechanismen dieser Typen untersucht und die Bedeutung des ständigen Rufes nach Strafe, nicht allein in konservativen Kreisen, deutlich macht. Cremer-Schäfer thematisiert die Transformation sozialer Konflikte in moralische und versucht damit der ständigen Rede von Bedrohung durch Gewalt als Ideologie darzustellen. Joachim Hirsch untersucht in seinem Beitrag die Auswirkungen der Globalisierung des Kapitalismus auf die staatlichen Regulationsformen gesellschaftlicher Konflikte und die damit verbundene Transformation des Sicherheitsstaates in den "nationalen Wettbewerbsstaat".

Von den etwa dreißig bis vierzig gewaltförmigen Konflikten, über die es zu berichten gäbe, nehmen wir in diesen Heft auf zwei Bezug: Eine Einschätzung der Lage in Mexiko unternimmt Holm-Detlev Köhler. Zum Palästina-Israel-Konflikt übersetzen wir einen Artikel aus „The Nation" von Edward W. Said.

Jürgen Roth schreibt über Klaus Brieglebs Einschätzung der 68er-Literatur, Joachim Beerhorst über die Gewerkschaften. Als Nachspann zur Mediennummer bringen wir den zweiten Teil von Thomas Roths Bericht über den Lokalfunk sowie einen Text von Christoph Winnert über die FAZ; Eva-Maria Krampe ist den Veränderungen der Medien-Werbung auf der Spur.

Ansonsten viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

Errata

Bei I. Fetscher entschuldigen wir uns wegen der Verunstaltung seines Namens. Iring bleibt Iring.

Die Übersetzung der Zeitungssplitter zu Chiapas in der Februar-Nummer war nicht von Martha Gutiérrez autorisiert.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 81 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Max Ernst

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Mai-Ausgabe '94 ist der 14 April 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplare W: DM 8,-/O: DM 5,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

Christoph Görg
Normalität und Propaganda
Urteil zur ,,Auschwitz-Lüge'' 4

25 Jahre *links*

Die Redaktion
Warum machen wir *links* — eine sozialistische Zeitung?
Eine Frage hat Geburtstag 6

Arno Klönne
Europa der Militärs und Monopole 6

AKTUELL

Wolf-Dieter Narr / Klaus Vack
Aufruf zum gerechten Krieg
Bemerkungen ketzerischer Pazifisten 7

Klaus Vack
Spendenaufruf für Jugoslawien 8

Joachim Beerhorst
Modellwechsel?
Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie 9

Volker Goll
Happy Birthday!
Zum Fußballänderspiel am 20.4.94 12

DOKUMENTATION

Solidaritätsgruppe Gunther
Prozeß gegen einen Antifaschisten 14

MEDIEN

Eva-Maria Krampe
Von der Schleichwerbung zum Themenplacement 15

Thomas Roth
Souveräne Notlösung (Teil II)
Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland — anhand des Beispiels NRW 17

Christoph Winnat
Triumpfzüge und wie die FAZ den Rhythmus findet 20

RUBRIKEN

Editorial 2

Register 1992 23

cosa nostra:
Abonnement 47

»Same procedure as every year«
1969 — 1986: 200 Nr. links

2 *links*, November '86

THEMA: Staat im Umbau

Heinz Steinert
Die Forderung nach Strafe als phantasierte Teilnahme an der Herrschaft
Das 'alteuropäische' und das 'koloniale' Modell von 'Sicherheit' 28

Helga Cremer-Schäfer
Gewaltige Moral-Panik 30

Joachim Hirsch
Vom 'Sicherheits-' zum 'nationalen Wettbewerbsstaat' 32

INTERNATIONAL

Holm-Detlev Köhler
Chiapas — eine abweichende Interpretation 34

Chile AG Braunschweig
'Innere Sicherheit' im Neoliberalismus
Chile: 4 Jahre nach der Diktatur 37

Edward W. Said
Sammlung und Widerstand
Für eine palästinensische Unabhängigkeit 39

REZENSION

Dieter Maier
Landschaften des Bösen
Grausamkeit und Despotismus in arabischen Ländern 43

Jürgen Roth
1968: Ursprünge, Spuren und der literarische Betrieb
Literaturwissenschaft und politische Praxis bei Klaus Briegleb 44

CHRISTOPH GÖRG

Normalität und Propaganda

Urteil zur „Auschwitz-Lüge“

Gestern war die Welt noch in Unordnung. Doch heute schon scheint alles in Vergessenheit geraten zu sein. Souverän und Souveränin gehen wieder brav zur Wahl, machen ihr Kreuzchen an offiziell beglaubigter Stelle – und die Demokratie ist gerettet. Die rechtsextremen Schmuddelkinder bleiben draußen und die Statt-Statt-Parteien machen die Sache wieder unter sich aus. Daß die FDP überflüssig ist, wußten sowieso alle, und daß die Bündnisgrünen schon lange nichts anderes denn eine umgefärbte FDP sein wollen, auch. Deutschland einig Wählerland? War da mal was?

Daß sich ein guter Landesvater um seine Untertanen sorgt, ihnen notfalls auch mit Rüstungsaufträgen Brot verschafft – wer traut sich im Kampf um den „Standort Deutschland“ noch was dagegen zu sagen? Daß sich Schröder in schon längst vergessener Zeit als grünstichiger Kandidat für den Parteivorsitz vermarkten ließ – wer hat noch Zeit, darüber nachzudenken, wo uns die Rezession bis an den Hals steht? Ökologie, andere Verkehrspolitik, Energiewende? Wenden tun wir uns doch täglich und für letztere ist auch in 10 Jahren noch Zeit genug. Jetzt geht's um die Macht in Bonn, das Startsignal zur Birnendämmerung ist längst eingeläutet. „Mein Deutschland, was willst du noch mehr?“ Zu ärgerlich aber auch, daß der Bundesgerichtshof diese wohlige Aufbruchsstimmung stören mußte. Da hatte der NPD-Vorsitzende Günther Deckert vor laufenden Fernsehkameras die Massenmorde in den Vernichtungslagern geleugnet, und das Gericht sah diesen Vorgang allein nicht als ausreichende Grundlage zur Verurteilung wegen Volksverhetzung an. Es fehle, so die Begründung, der Beweis einer Identifikation mit der nationalsozialistischen Rassenideologie! Nicht beweisnotwendig vor Gericht seien hingegen die Morde selbst, denn diese seien offensichtliche historische Tatsachen.

Vielleicht sollte man heute in Deutschland sogar noch froh sein über diese letzte Feststellung: Die Evidenz der Shoah wird vom BGH immerhin noch nicht direkt in Zweifel gezogen! Schaut man sich die Argumentation genauer an, bekommt man aber den Eindruck, daß es vielleicht nicht mehr weit bis dahin ist. Denn die völlige Ignoranz der politischen und propagandistischen Bedeutung der „Auschwitz-Lüge“, die im Urteil zu Tage tritt, führt ein Stück auf diesen Weg. Was in aller Welt soll ein Redner dann noch sagen, um die NS-Ideologie zu rehabilitieren, als deren mörderischen Endzweck zu bestreiten? Muß er demnächst eine beweiskräftige Identifizierungserklärung unterschrieben haben, um verurteilt werden zu können? Wenn nicht subjektiv wie objektiv durch die öffentliche Leugnung der Vernichtung der Tatbestand der Bedrohung des in Deutschland lebenden Juden und viele andere Gruppen erfüllt wird, wann dann?

Sieht der BGH diesen Zusammenhang nicht als gegeben an, dann scheint er entgegen seinen eigenen Verlautbarungen doch stillschweigend davon auszugehen, daß über die Realität von Auschwitz eine ganz normale Diskussion möglich sei. Letztlich muß es denn auch zubilligen, daß dann, wie der Angeklagte es gefordert hat, über Auschwitz vor Gericht Beweis zu führen sei. Wenn die Leugung der Vernichtung in Auschwitz keine Volksverhetzung ist, dann wird sie zum bestreitbaren und umstrittenen „Faktum“ werden. Das Gericht legt diese Geschichtsrevi-sion wenigstens nahe. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum hat also völlig Recht, wenn es das Urteil als Propaganda-Hilfe für Neonazis bezeichnet.

Doch die Propaganda-Hilfe geht noch weiter. Es geht dabei nicht darum, daß die Justiz „auf dem rechten Auge blind“ sei, wie die Frankfurter Rundschau kommentierte. Zu diesem Verdacht hätte es des Urteils auch gar nicht bedurft, noch ist der Vergleich mit den sogenannte „Symphatisanten der RAF“ angemessen. Es geht um die politische Bedeutung des Urteils vor dem Hintergrund rechtsradikaler Strategien. Welche Funktion in diesem Zusammenhang die „Auschwitz-Lüge“ hat, ist bekannt, dient sie doch als zentrales Scharnier der Verkehrung von Opfer und Täter. Nicht die Massenmörder, die Tatsache des Holocaust, nein: die angebliche Fälschung der „jüdisch-zionistischen Weltverschwörung“ verhindere die Wiedergewinnung des Bewußtseins von der Größe Deutschlands! Wie es um diese Strategien bestellt ist, mit welcher Verharmlosung und Hilflosigkeit die Öffentlichkeit heute darauf reagiert, ist mit den Diskussionen um den Film „Beruf Neonazi“ wieder einmal deutlich geworden (vgl. die letzte Ausgabe der *links*). In diesen Kontext gehört das Urteil.

In der Ansicht nämlich, daß es weniger die NS-Barbarei selbst denn die öffentliche Diskussion über sie sei, die die nationale Identitätsfindung störe, treffen sich politisch völlig unterschiedliche Kreise von „Post-Links“ bis ganz Rechts. Bisher machte sich jedoch noch ein jeder strafbar, der öffentlich nicht nur die Bedeutung des Holocaust verharmloste, sondern ihn direkt als Ereignis bestritt. Mit dem Urteil wird jetzt auch diese Grenze in Frage gestellt, die restaurative Apologeten des neudeutschen Nationalismus von neonazistischen und rechtsradikalen Gruppen trennt.

Diese Grenze ist natürlich nur indirekt eine juristische. Vielmehr wird vom BGH nur nachvollzogen, was sich politisch in den letzten Jahren ereignet hat. Vor 10 Jahren war Kohl noch dankbar für die Einladung zum Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie – heute glaubte er sie geradezu einfordern zu können. Auch dies ein Ausdruck dessen, was man in Orwellscher Manier „wachsendes Bewußtsein von Deutschlands Verantwortung in der Welt“ nennt. Waren die konservativen Geschichtsrevisionisten vom Schlage eines Nolte u.a. bislang auch darauf bedacht, nicht die Verbrechen selbst zu leugnen, sondern allein deren historische Singularität, dann wird mit dem Urteil gleichwohl die „Ernte“ des letzten Jahrzehnts eingebracht. Im Bestreben, eine „ganz normale Nation“ zu werden „wie andere auch“, ist mehr und mehr ein Bewußtsein dafür verdrängt worden, daß genau dieses Bestreben für viele immer noch die Bedrohung par exellence bedeutet. Die Grundlagen des politischen Konsenses in der Bundesrepublik haben sich verschoben – und diese Verschiebung wird auch in der juristischen Entscheidung des BGH offenkundig.

Die ersten Reaktionen auf das Urteil, selbst die Ankündigung eines verschärften Gesetzes zur Volksverhetzung, blenden diese politische Dimension weitgehend aus. Sieht man von Kommentaren ab, die nichts besseres zu tun haben, als wieder einmal gegen ihr eigenes Brett vor dem Kopf zu rennen und den Antifaschismus als den eigentlichen Skandal auszumachen (taz vom 17.3.), herrscht Sprachlosigkeit vor, stehen die jüdischen Gemeinden mit ihrer Kritik allein. Schon einmal, in Bitburg 1985, wurde von linker Seite ein symbolischer Akt der Normalisierung deutscher Geschichte in seiner politischen Brisanz verfehlt. Doch inzwischen ist die Realität schon weiter. Heute sind viele offensichtlich schon dankbar dafür, wenn allein die Normalität wiederkehrt, wenn die „Krise der Demokratie“ eingedämmt zu sein scheint und rechtsextreme und populistische Parteien nicht weiter an Einfluß gewinnen. Doch die Normalität war noch niemals eine hilfreiche Propaganda gegen rechts. Es sind nicht die Bewegungen gegen die Demokratie, es ist die Entwicklung, die die Demokratie in ihren verschiedenen Institutionen selbst nimmt, die diese zu allererst bedroht. ●

20. März 1994

D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung
Offenbach/M. Nr. 168
März '84 DM 3,50
16. Jahrgang

Tarzan ist nicht mehr
Euro-Visionen '84
Wozu noch Kritische Theorie?

In der letzten Zeit haben wir ja wahrlich genug gestöhnt. Jetzt haben wir endlich auch mal Grund zum Feiern: Im April 1969 erschien die Nullnummer der *links*. Ein Alter von 25 Jahren ist aber für linke Publikationen in der Bundesrepublik immer noch die Ausnahme. Weil jetzt einige Unwohlmeinende gleich die entsprechende Vermutung anschließen werden: Unser ProduzentInnenstolz richtet sich nicht darauf, durchgehalten zu haben. Und wir verkennen auch keineswegs, daß sich Absichten wie Umstände, die die Herausgabe dieser Zeitschrift motivieren, gravierend geändert haben.

Warum machen wir *links* – eine sozialistische Zeitung?

Eine Frage hat Geburtstag!

Anders als noch vor einigen Jahren ist die Frage nach einer unabhängigen sozialistischen Bewegung heute in der Bundesrepublik aktuell."

Diese Überzeugung leitete im Editorial der Nullnummer noch die Antwort auf die Ausgangsfrage ein. Nun ja, die Frage ist aktuell geblieben, die Antwort weniger. Daß allein schon der Untertitel die 25 Jahre heil überstanden hat, dürfte eher dem Zufall – oder, wie's beliebt, der List der Vernunft oder der Unvernunft – geschuldet sein. Aus heutiger Sicht mag es so scheinen, als ob die Hoffnung auf die "unabhängige sozialistische Bewegung". Schon am Tag ihrer Veröffentlichung unzeitgemäß war. Doch vieles, was im einzelnen mit dieser Zeitschrift bezweckt wurde, halten wir nach wie vor für nicht überprüft.

So lesen wir schon im damaligen Editorial: Sich an gesellschaftlichen Widersprüchen orientieren – auch wenn der Weg von ihnen zu sozialen und politischen Bewegungen länger und verschlungener ist als angenommen. Die Überzeugung, daß diese Widersprüche weder gott- noch naturgegeben sind, sondern als Produkte sozialer Praxis wieder verändert werden können. Die Orientierung an oppositionellen Bewegungen außerhalb der etablierten Parteien und Institutionen, ohne sich kritiklos zu ihrem Sprachrohr machen zu lassen. Aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit, über spontanen Protest und Widerstand hinaus historisches Bewußtsein wach zu halten und zu versuchen, Einsichten in übergreifende gesellschaftliche und interna-

tionale Zusammenhänge zu ermöglichen.

Unklarer geworden ist dagegen die politische Relevanz einer solchen, heute eher publizistischen Strategie (vgl. dazu die Beiträge von Joachim Hirsch und Jörg Lauterbach in der letzten *links*. Und noch unklarer ist, ob und wie an die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft anzuknüpfen wäre. Daß zur Beantwortung dieser Frage die ursprünglichen Statements, die sich kritisch mit der sozialistischen Tradition und deren Oranisationsvorstellungen auseinandersetzten, nicht mehr ausreichen, ist nicht erst seit 1989 offenkundig geworden.

Auch im Umfeld hat sich einiges getan, nicht zuletzt durch das "Ende der Neuen Linken" in der *links* schon seit Bitburg 1985 diagnostiziert. Auch wenn dadurch der politische Bezugsrahmen zunächst verloren gegangen ist, so hat sich andererseits doch so viel auch wieder nicht verändert. Denn schon 1969 standen oder saßen wir zwischen allen Stühlen. So sah es zumindest das Editorial der Nummer 2 nach einem Boykottaufruf des Republikanischen Clubs Berlin, der die Interessen der Außerparlamentarischen Opposition durch die *links* verraten sah. Kommunikation innerhalb des linken Spetrums zu ermöglichen, ist nach wie vor ein unvorteilhafter Standpunkt, weil wenig bekenntnishaft angelegt, wenn er auch nicht mehr so umstritten sein dürfte wie vor 25 Jahren.

Daß sich, last but not least, trotz unseres und unserer Redaktionsvorgänger fleißigen Wirkens die gesellschaftlichen Umstände doch nicht so gravierend verändert haben, wie dies Zeitgeistsurfer und Apologeten der vermeintlichen bundesdeutschen Zivilität gerne behaupten, das möchten wir mit einem Wiederabdruck unter Beweis stellen. Die Null-Nummer wurde mit einem Artikel von Arno Klönne – heute einer der Herausgeber – auf der Titelseite eröffnet, der, werden Namen und institutionelle Bezüge aktualisiert, einige Einblicke in die Kontinuitäten deutscher Politik zu bieten hat. Jetzt also nochmals O-Ton 1969, sozusagen anstelle von Blumen:

Europa der Militärs und Monopole

In der Bundesrepublik selbst nahm man es kaum zur Kenntnis: In einem Interview mit der italienischen Wochenzeitung „l'Espresso" hat Franz Josef Strauß massiver denn je den Führungsanspruch Bonns für ein vereinigtes Europa angemeldet, für dieses Europa atomare Bewaffnung gefordert und die machtpolitische und territoriale Ausdehnung nach Osteuropa als außenpolitische Zielsetzung proklamiert. Strauß sprach hier von einer „gründlichen, radikalen Revision der politischen Rolle, auf die Deutschland nach dem Kriege festgenagelt wurde" und kündigte an, die „Unentschlossenheit" der Bonner Politik, durch die Koalition der CDU/CSU mit der PSD bedingt, „sei nun vorbei". „Nixon im Weißen Haus", „Frankreich mit inneren Schwierigkeiten" und die offensichtlich erhoffte absolute Mehrheit der CDU/CSU bei den kommunalen Bundestagswahlen bieten nach Strauß die besten Möglichkeiten, für den Weg zur westdeutschen Herrschaft über Europa. Franz Josef Strauß weiß, wovon er redet. Tatsächlich treiben die Widersprüche in der europäischen Politik neuen Höhepunkten zu, worin Strauß (und jene Machteliten, deren Interessen er repräsentiert) neue Chancen sehen. Die im Tempo sich steigernde Durchsetzung eines verschärft autoritären Systems in der Bundesrepublik selbst soll den weit über die Bundesrepublik hinausgreifenden Ansprüchen den Rücken frei machen. Wie weit man dabei bereits auf Rücksichten auch gegenüber dem westlichen Ausland verzichten zu können glaubt, wurde bei der Bundespräsidentenwahl auf extreme Weise deutlich (wenn auch, nicht zuletzt infolge der Durchhaltepropaganda in Sachen Westberlin, der westdeutschen Öffentlichkeit kaum bewußt): Erstmals ging auf Bundesebene die CDU/CSU eine offene Koalition mit der NPD ein, um Schröder, den Exponenten der Rüstungs- und Notstandspolitik, zum Bundespräsidenten zu machen, nachdem von Hassel, Verkörperung deutschnationaler Traditionen, den Sessel des Bundestagspräsidenten besetzt hatte und während Strauß sich zum nächsten Bundeskanzler nach den Wahlen aufbaut.

Schärfere Repressionen gegenüber der demokratischen Opposition in der Bundesrepublik, wie sie nun auf breiter Front anlaufen, sind nur ein erster Schritt im Wege einer beabsichtigten Generalrevision der politischen Verfassung (der geschriebenen und der realen) der Bundesrepublik, wobei Verhaltensfehler einzelner Gruppen der oppositionellen Jugendbewegung lediglich als Scheinargument, als Blickfang für eine desorientierte Öffentlichkeit dienen. Es kann kein Zweifel bestehen: In Bonn will man auf einen industriefeudalistischen „Ordnungsstaat" nach Athener Muster hinaus, dies freilich auf der, gemessen an Griechenland, ungleich potenteren Basis des westdeutschen Hochkapitalismus mitsamt seinen wirtschaftlich und politisch expansiven Zügen.

Die NATO dient dabei als internationales Kartell, in dessen westeuropäischem Teilverband der stärkste Partner, nämlich die Bundesrepublik den Ton angibt und die anderen beteiligten Staaten unter dem Anschein verteidigungspolitischer Erfordernisse dem politischen und ökonomischen Interesse der eigenen Herrschaftsgruppen unterwirft. Nicht von ungefähr kam die Erregung über Heinemanns vorsichtigen Hinweis auf die Fragwürdigkeit der Militärblöcke. Wer die NATO zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystemes in Frage stellt, der rüttelt in der Tat an einem Grundpfeiler auch der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik. Die Politik, wie man sie jetzt in Bonn anzielt, ist einerseits Teil einer gesamteuropäischen Reaktion auf die Verunsicherung der Herrschaftssysteme, andererseits der Versuch, diese Verunsicherung zugunsten eines spezifischen Führungsanspruchs der Bundesrepublik auszunutzen.

Überall in Europa, wenn auch in unterschiedlichen, zum Teil noch unklaren und widersprüchlichen Audrucksformen, zeigt sich eine fundamentale Krise, kommt eine neue Bewegung für Demokratisierung in Gang. Die „Ordnungsmächte" verschärfen demgegenüber ihre Mittel zur Machterhaltung. Im „westlichen" Teil Europas zeugen die Militärdiktaturen in Griechenland und der Ausnahmezustand in Spanien von dem Versuch, die fundamentale Opposition im Keim zu ersticken. In Frankreich und in Italien ist die Opposition stark genug, um ähnliche „Lösungen" zu verhindern. In der Bundesrepublik hingegen rechnet die Reaktion mit keiner ernstzunehmenden Gegenkraft. Franz Josef Strauß hat in dem eingangs zitierten Interview erklärt: „Frankreich ist ökonomisch und sozial schwer geprüft, weit mehr, als man jetzt schon sehen kann. Im Ergebnis bleibt nur Deutschland übrig." Gemeint ist: Nur die Bundesrepublik sei derzeit in der Lage, den Ausschlag für den Sieg der reaktionären Kräfte in Westeuropa zu geben und dabei zugleich Hegemonieansprüche durchzusetzen, und zwar deshalb, weil nur in der Bundesrepublik die Linke zu schwach ist, um solche Absichten zu durchkreuzen.

Ist man sich in der westdeutschen Linken selbst über diese Zusammenhänge im klaren? Der Zusammenhang zwischen der konkreten Auseinandersetzung um aktuelle politischen Fragen und weitgreifenden politischen Gegenbildern scheint zur Zeit in der Opposition hierzulande vielerorts auseinanderzureißen. Der Begriff der Opposition wird vielfach (und in je unterschiedlicher Auslegung) in eine „Reinheit" hineingesteigert, die diesem Begriff leicht jede Körperlichkeit, d.h. der Oppositionsbewegung die Realität nehmen kann. Wird sich die westdeutsche Linke ins Ghetto der Sekten abdrängen lassen? Die Machthaber scheinen sich dessen sicher zu sein.

ARNO KLÖNNE

Aufruf an die Regierungen Europas und die UN:

Das Ultimatum für Sarajevo war der erste Schritt: Jetzt müssen im ganzen Gebiet des früheren Jugoslawien Angriffe unmöglich gemacht werden.

Das Morden muß nicht nur in Sarajevo , sondern in ganz Bosnien und im gesamten früheren Jugoslawien aufhören. Auch nach dem Erfolg des Ultimatums für Sarajevo und den Vereinbarungen zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina sind in Bosnien immer noch Hunderttausende in höchster Gefahr, umgebracht zu werden. Man läßt sie verhungern und erfrieren. Viele werden erschossen. Über vier Millionen Menschen befinden sich immer noch auf der Flucht. Durch das Waffenembargo haben EU und UN es unmöglich gemacht, daß die Bürger Bosniens sich gegen Angriffe selbst effektiv verteidigen können. Dadurch haben unsere Regierungen und damit auch wir – als Staatsbürger von Demokratien – die Verantwortung für den notwendigen Schutz aller bedrohten Menschen Bosniens übernommen. Trotzdem taten wir zu lange nichts gegen das Morden. Wir haben nichts getan gegen jene Verbrechen, die sich auf eine „ethnische Säuberung" berufen und damit mörderische Ideen von Hitler und seinen Vorläufern erneuern. Wir fordern die Bürger auf, unseren Verpflichtungen sofort nachzukommen. Wir verlangen, daß im gesamten Krisengebiet des früheren Jugoslawien die Sanktionen dahin verschärft werden, daß alle Angriffsmittel vernichtet bzw. der UN übergeben werden müssen. Wird diese Forderung innerhalb eines auf wenige Tage befristeten Ultimatums nicht erfüllt, müssen durch Luftangriffe die Angriffsmittel – unter möglichster Schonung von Menschenleben – zerstört werden. Zu den Angriffsmitteln gehören: Artilleriestellungen, Waffen- und Munitionslager, militärisch genutzte Flughäfen, Militärflugzeuge, Kampffahrzeuge und die Hauptnachschubwege.

Die Beseitigung der Angriffsfähigkeit im früheren Jugoslawien ist notwendig, um die jetzt bedrohten Menschen aus der unmittelbaren Lebensgefahr zu befreien. Darüber hinaus ist sie die erste Voraussetzung, damit auf dem Verhandlungsweg die Rückkehr der vertriebenen Menschen in ihre Heimat erreicht werden kann. Nur wenn den Aggressoren im ganzen früheren Jugoslawien die Möglichkeit genommen wird, anzugreifen, können weitere Massaker und erneute Vertreibungen verhindert und schließlich demokratisch-rechtsstaatliche Verhältnisse hergestellt werden.

WOLF-DIETER NARR / KLAUS VACK

Aufruf zum gerechten Krieg

Bemerkungen ketzerischer Pazifisten

Ohnmächtige Verzweiflung mag resignative Reaktionen verstehen lassen. Auch wir sind nicht frei von diesem Gefühl. Wenn aber diese ohnmächtige Verzweiflung nach noch mehr militärischer Macht ruft, um dem mörderischen Geschehen ein für allemal Einhalt zu gebieten, wird sie zur Todesfalle. Also dreht sich die Gewaltspirale weiter und weiter.

Die geradezu sisyphushafte Arbeit des Friedens dagegen ist schwieriger. Sie verlangt, der Situation und dem Friedensziel einzig angemessene Mittel zu verwenden. Auch wenn sie nicht sofort wirken. Die Arbeit des Friedens erlaubt nicht, sich moralisch zu entlasten, indem auf ein angeblich eindeutig und sofort wirksames kriegerisches Mittel gesetzt wird, das im Namen des Friedens Menschen und Menschenstätten vernichtet. Das ist Friedenspolitik pervers, weil Kriegspolitik, die sich ein Friedensmäntelchen umhängt. Sie wird seit altersher betrieben. Die Politik als Fortsetzung des Krieges und Krieg als Fortsetzung der Politik.

Darum melden wir uns gegen die Kriegswortführer in besagter taz-Anzeige zu Wort. Denn sie mißbrauchen das friedliche Wort als Blankoscheck kriegerischer Intervention. Sie mißbrauchen ihre moralische Reputation, indem sie ihren vorgegaukelten Friedensansprüchen mit radikal unangemessenen Mitteln verbinden.

Zu allererst fällt die geradezu totalitäre Herrschaftssprache dieses Aufrufs in den Blick. Im Aufruf herrscht die Sprache des „Muß", des „Sofort", der „Gesamt"-Lösung usw.

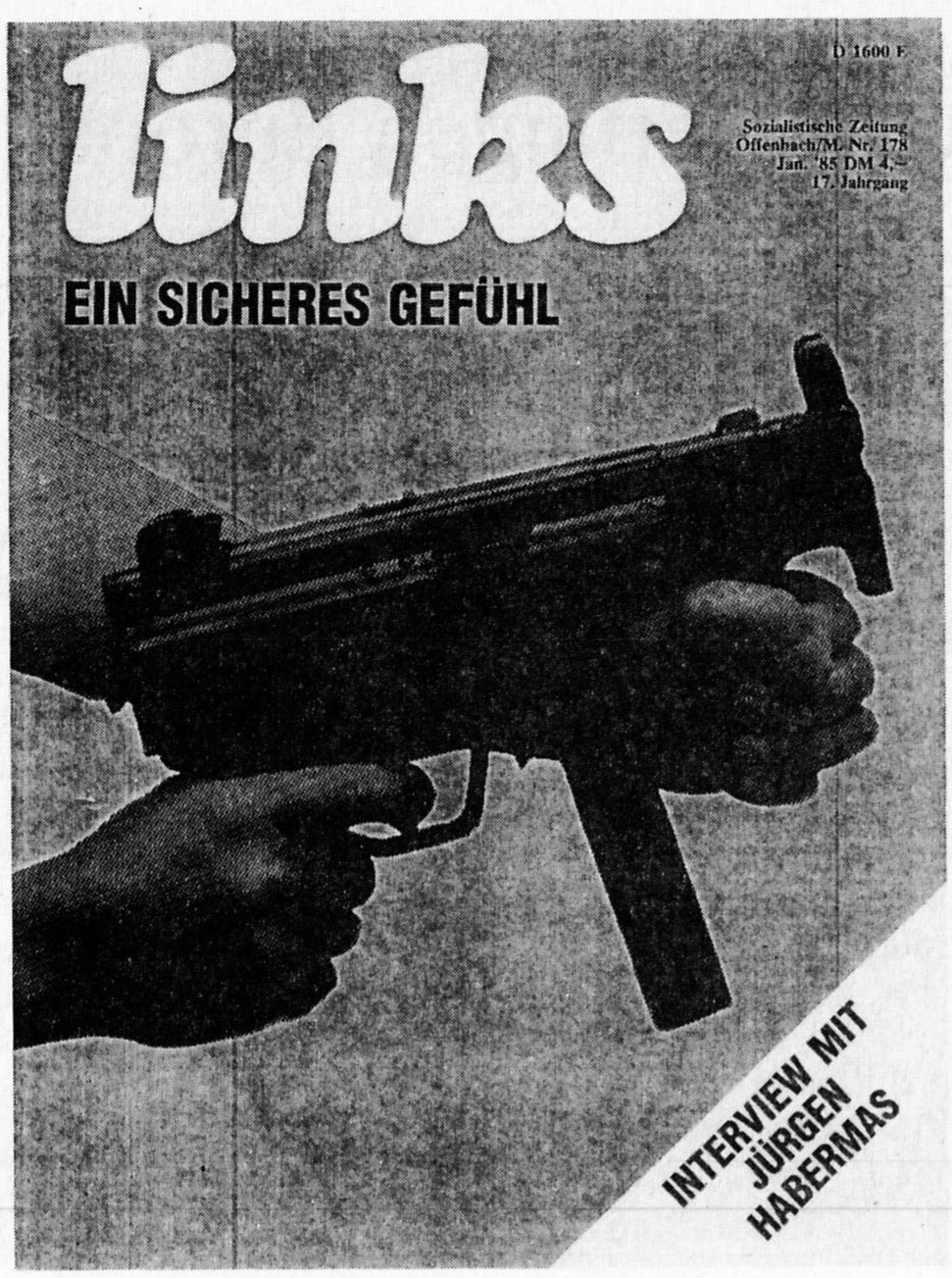
„Im gesamten früheren Jugoslawien", „im gesamten Krisengebiet" „müssen" „alle Angriffsmittel" zerstört werden. „Die Beseitigung der Angriffsfähigkeit" aller „Aggressoren" im „ganzen früheren Jugoslawien". Als wirkten die schlimmen Forderungen nach (ethnisch) puristischen „Lösungen" selbst bei denjenigen nach, die sie nun 'restlos' und 'umfassend' zu bekämpfen ausgehen.

Es werden keine Ziele mehr genannt, über die vielleicht noch vernünftig aufgrund einer radikal nüchternen und vorbehaltlosen Situationseinschätzung mit heißem Atem diskutiert werden könnte. Hier findet strikt entgegen dem humanitären Anspruch eine Ästhetisierung des Politischen statt. Eine solche zeichnet sich allemal dadurch aus, daß

Am 14. März ist zum wiederholten Male in der taz ein „Aufruf an die Regierungen Europas und die UN" erschienen. Dieser Aufruf hat Gewicht. Die Aufrufenden wissen, was sie sagen. Ihre Worte tragen Waffen. Sie nehmen den Krieg mit dem Mittel des Wortes vorweg. Sie rechtfertigen, ja sie heischen tödliche Intervention „durch Luftangriffe". „Um die Angriffsfähigkeit im früheren Jugoslawien" zu beseitigen.

'saubere' 'Gesamtlösungen' eindeutiger Art vorgegeben werden, die immer ein Element dessen enthalten, was Büchner zutreffend dem großen Moralisten Robespierre in den Mund gelegt hat: „Die Tugend muß durch den Schrecken herrschen."

Der moralische Anspruch, das ist leider der nicht abzuweisende zweite Eindruck, erschöpft sich in der Folge einer Stellvertretermoral. Zuerst: Nicht das von eben den angerufenen Staaten nicht zureichend durchgesetzte Waffenembargo wird beklagt. Vielmehr wird das löchrige Waffenembargo, das Tonnen und Abertonnen von Waffen nach Bosnien zu allen Streitparteien hat gelangen lassen, zum Vorwand genommen, um unversehens mit dem besitzanzeigenden Fürwort der Mehrzahl zu behaupten, „wir" hätten „die Verantwortung für den notwendigen Schutz aller bedrohten Menschen Bosniens übernommen".



Diese „Verantwortung" indes, über deren spezifische Folgen fürs eigene Tun gesprochen werden müßte, wird im Sinne direkten kriegerischen 'Schutzes' interpretiert. Vor allem: In einem zweiten Stellvertretersprung wird sie auf „die Regierungen" übertragen, „unseren Verpflichtungen sofort nachzukommen". Die angerufenen Regierungen sollen diese weitergeleitete Verpflichtung ihrerseits ihren Militärs und diese ihrerseits den betreffenden Einsatzkommandos weiterleiten, damit dann diese (End-)Täter und deren unvermeidliche Opfer „im gesamten Krisengebiet" dem Verantwortungsanspruch der Aufrufenden gerecht werden können. Kann unbedingte, kriegerisch zwingende, pauschale Ziele sofort als erreichbare unterstellende Moral noch stellvertreterischer anderen und vor allem allen Menschen „im gesamten früheren Jugoslawien" geradezu tödlich aufgehalst werden?

Der dritte Einwand ist die Situationsverfehlung, der sich die Aufrufenden schuldig machen. Die Lage ist schrecklich. Schrecklicher ist es noch, daß ein klares und eindeutiges Ende des Schreckens von niemandem verantwortlich versprochen werden kann. Am schlimmsten aber ist es in einer solchen vertrackten Situation, wenn furchtbare Vereinfacher kriegerische Intervention aus der Luft zur trefflichen Voraussetzung liberaldemokratischer Verfassung stilisieren. Moral aber, die sich auf die Situation nicht einläßt, auch und gerade dort, wo dieselbe tragische Züge besitzt, verkommt zur Attitüde. Zum Als-Ob von Moral.

Nein, damit ist den „Menschen in Bosnien", wie sie pauschal benannt werden, nicht zu helfen. Militärische Logistik und Kampfflugzeuge sind in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien weniger denn ja ein Ersatz für dringend nötige Politik. Dieselbe ist von den angerufenen „Regierungen Europas" und den meisten Staaten der UN gröblich und fahrlässig versäumt worden. Nicht zuletzt von der Regierung und den führenden Parteien der BRD. Von einer falschen Anerkennungspolitik, unzureichendem Embargo, mangelhafter Flüchtlings- und humanitärer Hilfe bis zu den geradezu systematischen Lücken diplomatischer Einwirkungen.

Jedoch: Nicht nur die Regierungen müssen angerufen und kritisch unter Druck gesetzt werden. Eigene Hilfe ist möglich und nötiger denn je. Hilfe für die zahlreichen Friedensgruppen quer durch alle Länder Ex-Jugoslawiens, die der herrschaftsinteressierten Kriegshetze aller Parteien entgegenarbeiten; tätige Hilfe oder auch monetäre für Flüchtlinge in den vielen Lagern und zerschlagenen Orten; tätige und monetäre Hilfe für diejenigen, die leben könnten, würden sie nur das nötige Medikament erhalten, an dem es aktuell mangelt.

Hier und im Hinblick auf friedliche Lösungen sind alle gefordert, nicht zuletzt Intellektuelle und Schriftsteller. Wir hoffen, die Aufrufenden fänden zurück zu Politik, Moral und humaner Phantasie, die allein dem Frieden auch und zuerst in den Ländern Ex-Jugoslawiens und deren Bewohnern zuträglich sind. ●

Klaus Vack, der Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie, reiste seit der Friedenskarawane Ende September 1991 zum 29. Mal nach Ex-Jugoslawien. Unterstützt wurde er von dem UN-Office in Pakrac/Slawonien, von Vertretern von SUNCOKRET (Internationale Freiwillige), von NEXUS (engagiert in der humanitären Hilfe vor allem in Flüchtlingslagern), von Ärztinnen der Autonomen Frauenambulanz in der Moschee von Zagreb, von der Antikriegskampagne in Zagreb und von dem Friedensbüro Vojvodina, von Wam Kat (bereits seit zwei Jahren niederländischer Freiwilliger und Pazifist, der viele wichtige Initiativen auf den Weg gebracht hat und gegenwärtig die Freiwilligen beim Wiederaufbauprojekt Pakrac koordiniert, von der Friedensliga Zagreb und von einem Augenarzt aus der muslimisch-bosnischen Enklave Orasje, der namentlich nicht genannt werden möchte. Außer Zagreb und Pakrac waren Anlaufstellen über 30 Flüchtlingslager bzw. Zerstörte Orte, vor allem in einem großen Teilgebiet von Slawonien, der östlichen Kraijna, serbische Flüchtlingslager in der Vojodina sowie Stipvisiten in Slavonski Brod, Vukovar, um nur einige zu nennen. Insgesamt mußte die Delegation mehr als 30 gründliche Kontrollen über sich ergehen lassen, von den UN-Checkpoints sowie durch Militär bzw. Polizei , sowohl auf „kroatischer" als auch auf „serbischer" Seite.

Zur Zeit sind wir ziemlich „blank". Wir bitten erneut um Geldspenden: „Helfen statt schießen!" bei Volksbank Odenwald, 64743 Beerfelden, BLZ 50863513, Konto 8024618

Um die Medikamentenspenden im Apothekenwert von ca. 280 000 DM vorerst nach Kroatien zu bringen, benutzte die Delegation PKW-Variants, die von Sven Griemert, Heiko Kusiek, Sven Rösel und Reinhardt Seibert an verschiedenen Tagen transportiert wurden. Außerdem überbrachten sie den vor Ort arbeitenden Gruppen zur Unterstützung ihrer friedenspolitischen und menschenrechtlichen Arbeit 28 150 DM in Bargeld.

JOACHIM BEERHORST

Modellwechsel?

Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

Eröffnet wurde die diesjährige Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie nicht, wie gewohnt, durch die Kündigung der Tarifabkommen durch die Gewerkschaft. Erstmals in der westdeutschen Tarifgeschichte kündigte die Kapitalseite mit der erklärten Absicht einschneidender Verschlechterungen bisheriger Standards.

Streichung des Urlaubsgeldes, Verminderung von Urlaubstagen, betriebsbezogene Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, Kostenentlastung von 10 bis 15 Prozent – so das Programm der Arbeitgeber. Dem stand die Forderung der IG Metall nach Lohnerhöhungen zwischen 5,5 und 6 Prozent, wesentlich aber nach einem verbindlichen Entlassungsstop in den Betrieben, zu dessen Kostenkompensation Entgegenkommen bei der Lohnforderung signalisiert wurde, gegenüber. Noch niemals zuvor gab es eine derartige Kluft zwischen den Positionen der Gewerkschaft und des Arbeitgeberverbandes; aber auch noch niemals zuvor gab es eine so große Divergenz zwischen den Gewerkschaftsforderungen und der krisenbedingten Konzessionsbereitschaft der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen in vielen Betrieben. Verständlich, daß unter diesen Bedingungen – nach über sechzig ergebnislosen regionalen und zentralen Verhandlungen – in der taktischen Planung mit dem Instrument des Streiks zurückhaltend umgegangen wurde.

Nicht der kampferprobte Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden, auch nicht Nordrhein-Westfalen mit dem Sitz des Arbeitgeberverbandes oder der große Bezirk Hessen – wäre doch erstmals unter dem veränderten Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zu streiken, so daß hier eine extern bestimmte negative Dynamik drohte -, sondern die kleineren IG Metall-Bezirke in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden nach dem Scheitern der Verhandlungen als Streikgebiete ausgewählt. Denn hier ließe sich aufgrund der Mittelbetriebsstruktur und des Umstands, daß der größte Einzelarbeitgeber der Automobilindustrie (VW) wegen des zuvor abgeschlossenen Haustarifvertrages nicht bestreikt werden konnte – oder besser: mußte – und Fernwirkungen mit der Konsequenz 'kalter' Aussperrung in der Zulieferindustrie nicht zu gewärtigen waren, der Konflikt begrenzen. Für seine Ausweitung zu einem unkalkulierbaren Kräftemessen durch 'heiße' und 'kalte' Aussperrung im großen Stil hätte sich dann die Kapitalseite zu legitimieren – angesichts einer in dieser Frage überwiegend wohlwollenden Haltung gegenüber den Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung und im sozialdemokratischen Teil der politischen Klasse kein ganz unproblematisches Unterfangen, zumal in einem Jahr mit neunzehn Wahlen.

Daß diese nüchtern kalkulierte Streikstrategie der IG Metall nicht auf Streikvermeidung um jeden Preis zielte und trotz der prekären Rahmenbedingungen alles andere als rhetorische Kraftmeierei ohne dahinterstehende Handlungsmacht war, zeigte die – über Erwarten hohe – Beteiligung von 1,8 Millionen Menschen an Warnstreiks und Protestaktionen, die hohe Beteiligung an der niedersächsischen Urabstimmung – 97 Prozent – und schließlich die hier erklärte Streikbereitschaft von über 92 Prozent der Befragten. Diese – für viele überraschend deutliche – Entschlossenheit, gegen übergroße Zumutungen der Unternehmer auch in ungünstigen Zeiten in den Arbeitskampf zu treten war es schließlich, die den Arbeitgeberverband zur Rücknahme seiner Revisionsansinnen am Verhandlungstisch und zu einem für die Gewerkschaft akzeptablen Kompromiß veranlaßte. Allerdings hat auch die IG Metall schmerzhafte Zugeständnisse im materiellen Bereich machen müssen: Das Verhandlungsergebnis von Hannover, das von der dortigen Tarifkommission bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme den Mitgliedern zur Annahme empfohlen und mittlerweile auch in den anderen Tarifbezirken übernommen wurde, sieht – nach fünf Null-Monaten – ab dem 1. Juni 1994 eine zweiprozentige Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen vor. Von dieser nominellen Erhöhung, die auf das Jahr gerechnet nur 1,16 Prozent ausmacht, ist aber noch die Absenkung des Weihnachtsgeldes um zehn Prozentpunkte, das Einfrieren des so gesenkten Weihnachtsgeldes sowie des Urlaubsgeldes für drei Jahre und die Veränderung ihres Berechnungsmodus abzurechnen, so daß sich die Einkommenserhöhung für 1994 schließlich auf 0,02 Prozent reduziert – faktisch ist dieses eine nominale Null-Runde, von der Reallohnentwicklung angesichts steigender Preise und Sozialversicherungsbeiträge ganz zu schweigen. Allerdings liegt selbst dieses schwache Ergebnis um mindestens fünf Prozent über dem, was die Arbeitgeber anzielten – denn die Verträge über Urlaubsgeld und Urlaubstage wurden wieder in Kraft gesetzt.

Vorrangiges Ziel der IG Metall in dieser Tarifrunde war allerdings nicht die Erhöhung des Nominallohns, sondern die Beschäftigungssicherung. Hier nun wird mit der Tarifvereinbarung – in Anlehnung an die VW-Regelung vom Herbst – Neuland betreten: Durch freiwillige Betriebsvereinbarung können die Betriebsparteien die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bis auf dreißig Stunden in der Woche verkürzen, und zwar entweder für Teile der Belegschaften oder für den gesamten Betrieb. Um eine allzu große Belegschaftsspaltung entlang der Einkommenslinie zu verhindern ist dann ein Teillohnausgleich zu zahlen, wenn lediglich für bestimmte Betriebsteile bzw. Arbeitnehmergruppen die Arbeitszeit reduziert wird – bei der höchstmöglichen Arbeitszeitverminderung bis auf dreißig Stunden pro Woche beträgt dieser Ausgleich ca. fünfunddreißig Prozent.

Wird die Arbeitszeit für die Gesamtbelegschaft reduziert, so besteht kein Anspruch auf Ausgleichszahlungen – zur partiellen Kompensation des verminderten Monatseinkommens werden jedoch die jährlichen Einkommensbestandteile monatlich umgelegt. Voller Lohnausgleich – in der Kampagne für die 35-Stunden-Woche ein zentrales Element – ist also keine gewerkschaftliche Bedingung für Arbeitszeitverkürzung mehr. Allerdings darf man nicht verkennen: die übergangslose Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 36 auf 30 Stunden, d.h. um fast 17 Prozent, ist die einschneidenste tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung der Nachkriegsgeschichte – ein voller oder auch nur überwiegender Lohnausgleich in dieser Höhe und in dieser Zeit wäre wohl ohnehin illusorisch.

Was aber das Entscheidende ist – und dies rechtfertigt es, nicht nur auf der Gewerkschaftsseite (wegen des zurückgestellten Lohnausgleichsanspruchs), sondern auch auf der Kapitalseite von einem Modellwechsel zu sprechen: erstmals verpflichtet ein Arbeitgeberverband sich und seine Mitgliedsfirmen dazu, bei einer Arbeitszeitverkürzung der Gesamtbelegschaft für eineinhalb Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, sowie die Auszubildenden für mindestens sechs Monate in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Dies ist ein Novum, das nicht nur vom tarifpolitischen Stellenwert her, sondern insbesondere für die soziale Sicherheit von Lohnarbeitenden und Auszubildenden von außerordentlicher Bedeutung ist: Für einen überschaubaren Zeitraum läßt sich ausschließen, daß das Damoklesschwert des Arbeitsplatzverlustes in die Existenz schneidet – wer je von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen war, kann ermessen, was das heißt.

Selbstverständlich lassen sich auch gegen diese Vereinbarung einige Einwände erheben: etwa der, daß es nicht gelungen ist, die im Oktober 1995 anstehende 35-Stunden-Woche für alle auf 1994 vorzuziehen – dies hätte aber sicher noch größere Konzessionen im materiellen Bereich erfordert; oder der, daß es für die Einzelunternehmer keinen Einlassungszwang auf die Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung gibt (denn der Tarifvertrag spricht nur von einer 'Kann-Regelung' der Betriebsparteien) – aber man darf in einer prekären wirtschaftlichen Situation des Betriebes wohl ein eigenständiges Interesse daran unterstellen, 'Humankapital' möglichst längerfristig zu halten und Absatzlöcher wie Umstrukturierungen mit Hilfe dieser Regelungsoption, die ja im Vergleich zu den Alternativen gesetzliche Kurzarbeit oder Sozialplanabfindung kostenentlastend wirkt, zu überbrücken.

Schließlich ließe sich einwenden, daß die nun ermöglichte tarifliche Kurzarbeit die Betroffenen schlechter stellt, als wenn sie Kurzarbeiter nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wären; denn dieses gewährt immerhin einen rund 60-prozentigen Lohnausgleich sowie die Zahlung aller Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallene Arbeitszeit durch die Arbeitgeber. Da aber viele krisenbetroffene Betriebe die relativ eng definierten Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt nicht erfüllen, lautete die Alternative zur jetzt eröffneten tariflich vereinbarten Kurzarbeit im Zweifelsfall jedoch nicht: gesetzliche Kurzarbeit, sondern Arbeitslosigkeit. Wichtigstes Argument aber: Kurzarbeit nach dem AFG ist nicht an einen verbindlichen Verzicht auf Kündigungen gebunden – genau dies ist aber das Kernelement des neuen Tarifvertrages.

Mißt man das Ergebnis dieser Tarifrunde an den Ausgangspositionen der Kontrahenten, so hat die IG Metall von ihren fünf Forderungen – Erhalt des Urlaubsgeldes, Erhalt der Urlaubsdauer, Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen in Richtung 40-Stunden-Woche, Beschäftigungssicherung, Sicherung des Reallohns – nur das letzte Ziel verfehlt (dies allerdings gründlich).

Die Arbeitgeber haben sich lediglich mit ihrer Forderung nach Kostenentlastung durch flexiblere Arbeitszeitgestaltung und Einfrieren bzw. zehnprozentiges Abschmelzen des Weihnachtsgeldes durchgesetzt, allerdings auch dies nicht ohne politischen Preis.

Deutlich wird an dieser Tarifrunde: Die Gewerkschaften mögen in ihrem gesellschaftlichen Einfluß schwächer geworden sein – gänzlich depotenziert sind sie in ihrem gesellschaftlichen und betrieblichen Gestaltungsvermögen nicht; verhindern können sie jedenfalls noch einiges. Ihre Gestaltungsspielräume, die Bedingungen und Ergebnisse ihrer Politik sind dabei doppelt bestimmt: wesentlich von der ökonomischen Entwicklung und deren Umsetzung in Interessenpositionen des Gegners (die, wie zu sehen, sich radikalisieren), aber entscheidend auch von der Verarbeitung dieser Bedingungen im Denken und in der Handlungsbereitschaft ihrer Mitglieder.

Erweitert man also abschließend die bisherige gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Betrachtung der Metall-Tarifrunde um ihren handlungstheoretischen Aspekt, so ließe sie sich in folgender Weise interpretieren: In der – bekanntlich komplexer, differenzierter und widersprüchlicher werdenden – sozialen Situation von Lohnabhängigen gibt es nach wie vor eine Hierarchie der Interessen mit einem 'ersten Platz': Der Arbeitsplatz und seine Sicherung bilden das Interessenzentrum, und die Bedrohung dieses Fundamentalinteresses motiviert zum Handeln, und zwar ganz im Weberschen Sinne des *Tuns* (etwa kollektive Protestaktionen gegen bevorstehenden Arbeitsplatzverlust, häufiger aber korporatistisches Eintreten für Subventionen, Branchenkoalitionen gegen ökologisch motivierte Kritik), des *Unterlassens* (der Inanspruchnahme von Rechten, der Durchsetzung von Interessen 'zweiter Ordnung'), des *Duldens* (von materiellen und sozialen Verschlechterungen, von Segmentierungen der Belegschaften).

So lange es an ausreichenden und anerkannten Perspektiven eines arbeitslosen Einkommens und/oder ganz anderer Prinzipien von Arbeiten und Wirtschaften mangelt, wird immer eine Situationsdeutung die Oberhand behalten, die Joan Robinson zufolge darin besteht, daß es schlimmeres gebe, als im Kapitalismus ausgebeutet zu werden – nämlich im Kapitalismus nicht ausgebeutet zu werden. Und so lange wird die Realisierung des Tauschwerts und der Erhalt des Gebrauchswertinteresses an der Arbeitskraft den Motivhaushalt beherrschen.

Allerdings – und hier bleibt, so wie die Produktions- und Gesellschaftsordnung, die Arbeitsvermögen erst zur Ware macht, auch ihr nach wie vor treffendster Kritiker – Freund Marx – im Spiel: im Unterschied zu allen dinglichen Waren hat die Ware Arbeitskraft ein „historisches und moralisches Element". Will heißen: Alles in dieser Tarifrunde also das kaltschnäuzige Kassieren kollektiv durchgesetzter und tariflich gesicherter Standards ohne das politische Äquivalent eines verbindlichen Entlassungsverzichts, die als Beschädigung der Würde empfundene Verletzung von Billigkeitsgrundsätzen lassen die Lohnarbeitenden, „Standortgefährdung" hin oder her, denn doch nicht mit sich machen. „Wir haben keine andere Wahl, wenn die uns so an's Leder wollen" – Antwort auf eine Reporterfrage zum Stimmverhalten in der ersten Urabstimmung; entsprechend war ihr Ergebnis.

Trotz dieser erklärten Streikbereitschaft wurde dann das Verhandlungsresultat breit akzeptiert, die Vermeidung des Arbeitskampfes mit Erleichterung aufgenommen. Denn – so vermutlich die Abwägung – verhindert war eine entschädigungslose Enteignung, durchgesetzt ein Klassenkompromiß

graswurzel revolution

Seit über 20 Jahren und jeden Monat neu
Die Graswurzelrevolution (GWR): anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch

Superqualjahr

In der GWR zu lesen: Wir haben keine Wahl / militärische und gewaltfreie Interventionen in Bosnien / Volker Rühe ist beleidigt / Antirassistische Telefone / Kurt Wafner erzählt von Querdenkern unterm Stahlhelm / Vergessene Kriege im Kaukasus / Mexiko: Rebellion im "Land des Frühlings" / Kampagne "Stoppt Nazi–Zeitungen" / Anarchismus und die Gewaltfrage / Sexuelle Gewalt gegen Jungen / Die Anti–AKW–Bewegung ist wieder da: schlanker, fröhlicher und mit Mut zum Erfolg / Antifaschismus und die Rechte der Tiere: Wie eine Gesellschaft mit den Tieren umgeht, offenbart viel über ihr wahres Gesicht / u.v.a.m.

Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es
gegen Einsendung eines 10 DM–Scheines an
GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

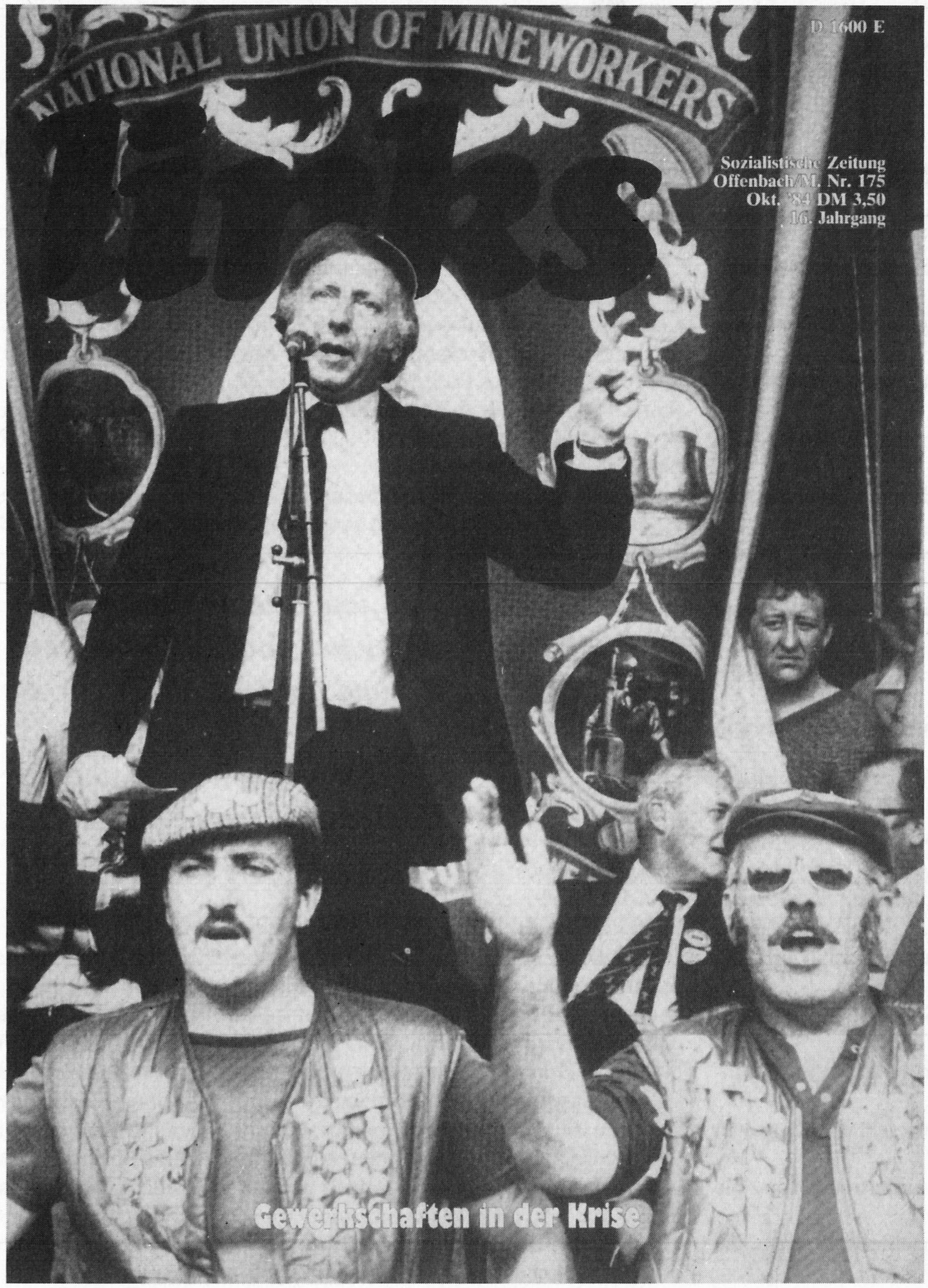
Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

mit Perspektive. Daß die Zustimmung in der zweiten Urabstimmung nicht höher als vierundsechzig Prozent lag, ist dazu kein Widerspruch: denn wem würde nicht, vor die Frage nach Annahme oder Ablehnung gestellt, die Interessenverletzung im monetären Bereich schmerzhaft bewußt, das 'Ja' daher schwer 'Sekundärinteresse Lohnhöhe' wieder an Gewicht gewinnt, wenn das 'Primärinteresse Arbeitsplatz' befristet als gesichert gelten kann? Aber: wer ein Ergebnis ablehnt – nicht zum geringsten wohl auch als kritisches Signal an Gewerkschaftsführung, Unternehmer und Politik -, ist nicht im Umkehrschluß der Befürworter eines Streiks für seine Nachbesserung, das 'Nein' hier nicht automatisch ein 'Ja' dort. Trotz einer geringeren Zustimmungsquote als zu manchen früheren Tarifergebnissen: ein Arbeitskampf für 'mehr' wäre wohl nicht durchzuhalten gewesen – weder von den Argumenten noch von den Kräften. Handlungstheoretisch betrachtet spricht also einiges dafür, daß die IG Metall unter den restriktiven ökonomischen Gegenwartsbedingungen, angesichts der Herausforderungen des Unternehmerlagers und seiner abnehmenden internen Bindekraft sowie unter dem Eindruck wachsender Konzessionsbereitschaft der Beschäftigten und ihrer Interessensvertretungen in den Betrieben (also eigener interner Bindungsprobleme) mit Anlage, Durchführung und Ergebnis dieser Tarifrunde das relativ Beste erreicht hat.

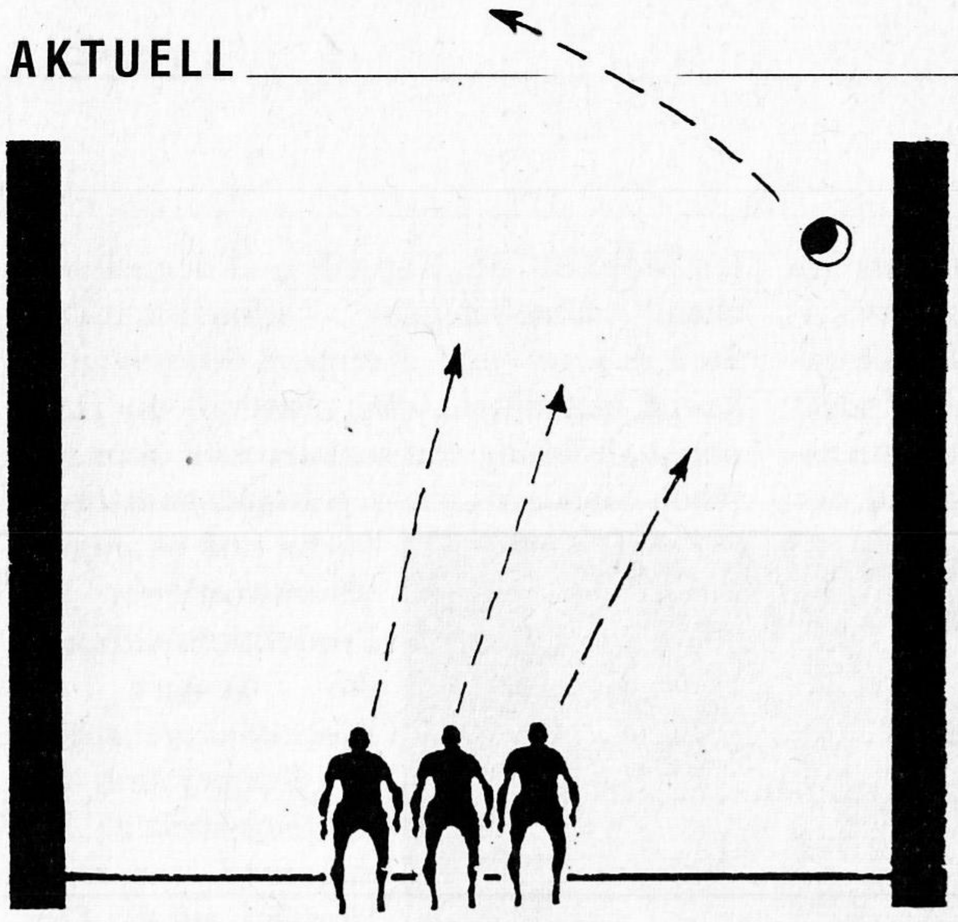
Allerdings: die Gegenwartsbedingungen sind nicht einfach gegeben, sondern zum Teil von der IG-Metall , von den anderen Gewerkschaften mitbestimmt – in der Auslegung der sozialen und ökonomischen Situation, in der Einordnung in oder Kritik an herrschenden politischen Diskursen, in ihrer Vermittlung nach innen und in die Gesellschaft hinein. Was als Anschluß an diese Tarifrunde anstände, wäre die tarifliche Verankerung der jetzt erst als Notbehelf möglichen 30-Stunden-Woche als allgemeine Basisnorm und die Durchsetzung eines – staatlich vermittelten – Ausgleichs für die damit verbundenen Lohneinbußen, zumindest in den unteren und mittleren Einkommensgruppen – denn immerhin leistet jemand, der heute auf Arbeit verzichtet, der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft im Zeichen der Krise ihrer Prinzipien einen Dienst, der auch gesellschaftlich zu honorieren ist. Nicht die krampfhafte Suche nach neuen Produkten und die Verteidigung und Eroberung von Binnen- und Weltmärkten mit der Hintergrundoption auf Handelskriege, sondern die Abschaffung überflüssiger und die Neuorganisation verbleibender Arbeit und die Veränderung gesellschaftlicher Verteilungsgrundsätze erschlösse das Reichtumspotential der Produktivkraftentwicklung – *das* wäre eine Standortdebatte wert.

Wollte man diesen 'Modellwechsel" angesichts der weiter zunehmenden internationalen Mobilität des Kapitals und dementsprechend abnehmender nationalstaatlicher Steu_erungs- und Kompensationsmöglichkeiten behaupten, wäre ernsthaft die Internationalisierung von sozialen und ökonomischen Standards sowie gebrauchswertorientierter und ökologisch verantwortbarer Produktionsleitbilder, die weniger auf Blockkonkurenz denn auf Kooperation und politisch-soziale Regulierung (auch im Hinblick auf die Dritte Welt) gerichtet sind, anzugehen.

Dem Idealismusverdacht, den eine solche Perspektive unweigerlich auf sich zieht, wäre die Frage entgegenzuhalten, ob denn ihre Chancen so viel aussichtsloser und ob vor allem ihre Folgen so viel unakzeptabler wären, als die der korporatistischen Forcierung von nationalen oder blockbezogenen Wettbewerbs- und Niederkonkurrierungsstrategien? Immerhin machen die europäische Integration und die sich verändernden oder zu erwartenden Regierungskonstellationen in der BRD, in Italien, Frankreich, Großbritanien, nicht zuletzt in den USA und in Japan (ist dort doch erstmals die Sozialdemokratie mitregierend) auch andere Ansätze vorstellbar. Eine so verstandene Internationalisierung aber setzte – auch und gerade in den Gewerkschaften der jeweiligen Länder – eine Emanzipation vom Drama-Diskurs der Standortgefährdung, eine Relativierung und Überwindung des nationalen Standortdenkens mit seinen (welt-)gesellschaftlichen Spaltungswirkungen und ökologischen Konsequenzen und seiner Nähe zur – die kollektive Bewußtseinsverfassung sicher nicht unberührt lassenden – sozialpatriotischen Kampfmetaphorik voraus. ●



Joachim Beerhorst ist im Vorstandsbereich der IG Metall, Bildungsabteilung beschäftigt.



VOLKER GOLL

Happy Birthday!

Zum Fußballländerspiel am 20.4.94

Am 20. April, spielt die deutsche Nationalmannschaft gegen England im Rahmen der Vorbereitung auf die im Sommer stattfindende Fußballweltmeisterschaft in den USA. In der bundesweit erscheinenden Hooliganzeitschrift ›Fantreff‹ waren schon im Herbst des vergangenen Jahres Kommentare und Kleinanzeigen zu lesen, die sich mit den Randalevorbereitungen beschäftigen. Während nun einerseits englische und deutsche Hooligans versuchen werden, sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, mischen andererseits noch die deutschen Neonazis mit. Der 20.4., an dem sich Hitlers Geburtstag jährt, ist in der Vergangenheit ein beliebter Tag für faschistische Gruppen gewesen, um offensiv in der „Öffentlichkeit" aufzutreten. Über die Proteste gegen den Länderspieltermin, die Absage von Hamburg, die Verlegung nach Berlin und die halsstarrigen Fürsprecher dieser ›Geburtstagsparty‹ berichtet folgender Beitrag.

Anfänglich sahen die Planungen des deutschen Fußballbundes (DFB) zwei Länderspiele in Hamburg vor: Am 19. April 94 das Spiel der B-Mannschaften am Millerntor (Stadion des Fc.St.Pauli) und am 20. April 94 sollten die A-Ländermannschaften von England - Deutschland im Volksparkstadion aufeinander treffen.

Aufgrund diverser Verlautbarungen aus Hooligankreisen konnte davon ausgegangen werden, daß sich deutsche Hooligans auf die „geilsten Hauereien seit längerer Zeit" mit den englischen Kollegen freuen, um so endlich zu erfahren, wer die wahre Macht/Nation Europas in der „dritten Halbzeit" ist (= die Schlägerei nach den zwei Halbzeiten eines Fußballspieles). Ein ›offener Brief‹ der ›Hamburger Ultras‹, einer Gruppe von selbsternannten Hooligansprechern, ließ ähnliches verlauten. Nebenbei wollen sie es den Linken mal so richtig zeigen.

„...und alle wollen wir das Gleiche: eine 3:0 für unsere Elf und die Engländer vor die Fäuste kriegen..."
(aus einem Brief der Hamburg Ultras/ Deutschland Hooligans)

Rechte Dumpfbacken freuen sich ebenfalls auf das Fußballländerspiel am 20. April 94, denn sie feierten schon immer Hitler's Geburtstag. Das Länderspiel bietet eine willkommene Gelegenheit, sich auch als ungebetene Gäste auf den Rängen einzufinden und womöglich unter Begleitung des musizierenden Polizeiorchesters die deutsche Nationalhymne in allen Strophen, „von der Maas bis an die Memel..." zu singen. In den folgenden live übertragenen 90 Minuten „wäre genug Zeit gewesen, noch genügend altes deutsches Liedgut über den Sender zu bringen" (J. Ahäuser in der FR. vom 20.1.94).

Im November 1993 protestierte ein Bündnis Hamburger Gruppen mit einer Presseerklärung gegen die Länderspieleterminierung. Das Bündnis bestand hauptsächlich aus dem Umfeld des FC St. Pauli: Fanzinemacher Innen, den Fanclubs, teils aus den sportlichen Abteilungen, einigen links/alternativen Projekten und Betrieben, Antifagruppen, den Grauen Panthern sowie zahlreichen anderen Zusammenhängen. Auch das Abspielen der deutschen Nationalhymne, ausgerechnet am Millerntor, war für viele unvorstellbar. Bei Anpfiff des Zweitliga- Spiels St.Pauli gegen Wolfsburg zeigten tausende von Fans dem Länderspiel die rote Karte. Auf der Rückseite der flugblattgroßen „Roten Karte" war unter anderem folgendes zu lesen: „Wir haben am Millerntor ein antirassistisches Klima geschaffen. Nationalistische und ausländerfeindliche Horden und Parolen haben dort nichts zu suchen. So steht es auch in der St.Pauli Stadionordnung. Dasselbe gilt für den Stadtteil St.Pauli, in dem wir leben." Die Aktivistinnen dieser Kampagne wurden von Teilen der Presse als vereinsschädigend hingestellt. Als vermeintliche Drahtzieher wurden der Fanbeauftragte sowie der Fanladen ausgemacht und angegriffen. Sie würden mit ihrer ablehnenden Haltung den Verein um viel Geld (Einnahmen) bringen und dessen Image schädigen. Die Vereinsverantwortlichen sahen es zum Glück nicht ganz so dramatisch und so könnten die Unstimmigkeiten in vereinsinternen Sitzungen mit den Fans weitgehend geklärt werden. Als dann noch Überlegungen „durchgesickert" waren, daß zu einer bundesweiten antifaschistischen Demo aufgerufen werde, zeigte sich der Verein den Argumenten zugänglich und sagte das B-Länderspiel wegen nicht zu lösenden „Parkplatzproblemen" ab.

Der Termin am 20.4. blieb weiterhin bestehen. Im Dezember meldete sich das Fanprojekt Frankfurt mit einem Brief an den DFB zu Wort. Er erinnerte die DFB-Oberen an die Szenen am 20.4. vor zwei Jahren, als Eintracht-Fans beim Auswärtsspiel in Dortmund „Happy Birthday, lieber Adolf" anstimmten. Folglich müsse „damit gerechnet werden, daß Rechtsradikale das Spiel der deutschen Nationalmannschaft zum Anlaß für nationalistische Inszenierungen nehmen. Der DFB Generalsekretär, H.E. Schmidt sah „keine Möglichkeit des terminlichen Ausweichens", beteuerte allerdings, „das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen", aber er wolle sich gleichwohl „von diesen Leuten

nicht unter Druck setzen lassen". Eine gewisse „öffentliche Diskussion" setzte ein, die den Hamburger Innensenator anscheinend bewog „wegen starker Sicherheitsbedenken" auf eine Absage des Spiels im Volksparkstadion zu drängen. Mit Erfolg, der DFB setzte den Termin bzw. das Spiel in Hamburg ab.

Es fanden sich hingegen ganz andere Propagandisten und Schirmherren für diese brisante Veranstaltung. Politiker aller Couleur (CDU, SPD, Grüne), Ignatz Bubis (Vors. d. Zentralrats d. Juden) sowie „sportlich und politisch Verantwortliche" aus unterschiedlichen Städten und Bundesländern. Ihr gleichlautendes Motto: „vor dem rechten Terror nicht kapitulieren zu wollen".

Länderspielgegner wie beispielsweise der Baff-Zusammenschluß (von antifaschistischen Fans und Fangruppen aus bisher 18 Orten / bzw. Vereinen), oder einige politisch korrekte Journalisten in den Sportredaktionen namhafter Tageszeitungen stellten eine Minderheit dar. Da half auch die Unterstützung von Kaiser Franz Beckenbauer nichts, der die Absage vernünftig fand und meinte, „das habe nichts damit zu tun, daß man vor der Gewalt in die Knie geht" ...aber... „ein oder zwei Verletzte, das ist kein Fußballspiel wert. Es hat ja sogar schon Tote gegeben".

Fieberhaft wurde hinter den Kulissen an der Otto-Fleck-Schneise nach einem anderen Austragungsort gesucht. Denkbar war, daß das Spiel in Köln, Stuttgart oder in München hätte stattfinden können. Gerade die Münchner sind ja immer ganz heiß drauf, zu zeigen wie leistungsfähig ihre USK, SEK und der ganze große Rest der polizeilichen Sonder- und Spezialtruppen sind.

Berlin war in den Wetten ganz außen vor. Zum einen existiert eine große links-alternative bis autonome Szene, „die auch ohne Länderspiel auf Rechte eindrischt" (Bayern3, Moderator zum Thema), und zum anderen kann sich das finanziell nicht mehr so üppig (nach den verschleuderten 86 Millionen für die Olympia-be-werbung) ausgestattete Berlin den notwendigen Polizeieinsatz kaum leisten - denkste!

Die alte, neue Reichshauptstadt erhielt den Zuschlag. Dabei hatte Berlin schon einen Feiertag: den „Tag der deutschen Einheit" (vormals am 17. Juni). Wer erinnert sich nicht an die alljährlichen, sich immer wiederholenden Fernsehbilder, in denen Deutschland-Fahnen schwingende Menschenmassen durchs Brandenburger Tor liefen. Und heutzutage den gleichnamigen 3. Oktober, an dem diese Menschenmassen auch mit ihren Autos kommen, gleichfalls durch das bekannte Tor und ebenfalls mit Fahnen. Jetzt will man offensichtlich noch einen weiteren Gedenktag hinzugewinnen: den 20. April. Zumindest das gewohnte Bild mit den Deutschlandfahnen scheint somit gesichert zu sein. Hintergrund der Entscheidung ist z.B. die Hauptstadtambition Berlins. In einer Hauptstadt müssen Großveranstaltungen jeder Art durchführbar sein. So beschreibt das auch Herr Jürgen Kleemann, Berliner Senator für Schule, Berufsbildung und Sport, in seinem Brief an Egidius Braun, Chef vom DFB. Im vorauseilenden Gehorsam erklärt der Senator die „bedingungslose Bereitschaft" diesen Fußballklassiker (oder auch Weltkriegsklassiker?) durchzuführen. „Bedingungslose Bereitschaft" - „Führer befiel, wir folgen", hieß das doch früher, oder ?!

Ein anderer Zwang im Zusammenhang mit Berlin ist die gescheiterte Olympiabewerbung. Nach dieser Pleite mußte einfach ein Erfolg her. Hatten doch die Olympiagegner mit ihrer militant/witzigen „NoOlympics-Kampagne", mindestens soviel Publizität wie die Befürworter. Letztere beeindruckten ohnehin nur durch viel Gelb, Geld und Werbung und den nicht gerade versteckten Bestechungsleistungen der bundesweiten Olympia-Sponsoren (z.B. Mercedes Benz).

Dabei ganz vorne: Senator Kleemann, der sich vorbildlich anstrengt um die Schmach von Monte Carlo vergessen zu machen. Nach Meinung von Axel Vornbäumen ist er „der größte Naivling, den der Berliner Senat zu bieten hat". Kleemann „hat bei der Olympiabewerbung in Monte Carlo wahre Lachsalven mit seiner Inkompetenz ausgelöst. Nun ist er (für den DFB) der Garant für die Sicherheit am 20.4." (in der Abteilung „Einwurf"- Sportseite FR. 27.1.94).

Des Führers Stadion und der DFB

Mit dem Berliner Olympiastadion fand man darüber hinaus auch einen „würdigeren Rahmen" für des Führers Geburtstag. Dies hieß nämlich früher „Deutsches Stadion" und wurde vor dem ersten Weltkrieg erbaut. 1931 wurde Berlin als Standort für die Olympischen Spiele von '36 auserwählt. Dafür brauchte man ein großes Stadion in der Reichshauptstadt. Deshalb planten die nationalsozialistischen Machthaber, das Deutsche Stadion auf gigantische Art und Weise ausbauen zu lassen. In einer Rekordzeit von zwei Jahren wurde das Stadion auf eine Kapazität von 86000 Plätzen erweitert. Es hieß fortan Olympiastadion. Auf Hitlers Wunsch wurde hauptsächlich Naturstein als Symbol für deutsche Kraft und Stärke verwendet. Er weihte es dann auch höchstpersönlich am 1.7.1936 zu Beginn der olympischen Spiele ein. Nur logisch, daß dort auch sein 105. Geburtstag gefeiert wird.

Organisator dieser Party, der DFB, äußerte sich durch seinen Pressesprecher Niersebach, daß es einfach nicht in ihrer Macht stehe, „den 20. April abzuschaffen und dafür den 32. Dezember einzuführen" - schade eigentlich! Und deshalb eben am 20. April. (Noch) nicht wahr ist das Gerücht, daß der DFB am 1. September in Frankfurt/Oder ein Länderspiel gegen Polen plant...

Glauben kann man den Herren des Deutschen Fußball Bundes, daß bei der Terminfestlegung ersteinmal keiner an Hitlers Geburtstag gedacht hatte, wobei sich die Frage stellt, ob dieses Unwissen eher eine Be- oder Entlastung darstellt. Eine Ignoranz ist es allemal. In der jüngsten Vergangenheit gab es rund um dieses Datum massivste Auseinandersetzungen mit Neonazis, unterschiedlichste Menschen organisierten letztes Jahr beispielsweise den Schutz von Flüchtlingsheimen - alles groß und breit in der Presse zu lesen.

Im Vorfeld des Spieles hat der Senat der Stadt nichts besseres zu tun als über seine Landespressestelle zu verkünden: „Wir können darauf vertrauen, daß unsere Polizei sowohl anreisende Chaoten, provozierende Neonazis als auch randalierende Autonome ... in Schach halten kann." Somit wird wiedermal der Widerstand gegen Faschisten mit den Aktionen der Neonazis in einem Zusammenhang genannt, bzw. Gleichgesetzt. Als kulturell passender Beitrag könnte sich auch die Ausstellung Hoffman und Hitler erweisen. Hier werden kommentarlos Hitlerbilder präsentiert, die von seinem Leibfotografen Hoffmann aufgenommen wurden. Die Ausstellung wird einige Tage vor dem 20. April im Deutschen Historischen Museum eröffnet.

Ein Berliner Bündnis, unter anderem bestehend aus: antifaschistischen Gruppen, verschiedenen Fußballfanzusammenhängen, der Humanistischen Union, kurdischen Gruppen, der Berliner PDS und Autonomen ruft in seinem Flugblatt „Kein Länderspiel am 20.4." dazu auf, „dem DFB und dem Berliner Senat ihr nationalistisches Großereignis zu verhindern." Für den 9.4.94 ist eine Großdemonstration angekündigt, ab diesem Termin werden Aktionstage folgen. Am 20.4. selber wird wohl die Präsenz auf den Straßen und Wachsamkeit antifaschistisch Gesinnter recht hoch sein.

Die Lage könnte sich dennoch unübersichtlich entwickeln, da die zu erwartenden Auseinandersetzungen englischer Hooligans eine schwer einschätzbare Rolle spielen: Nach Einschätzung der Hamburg Ultras jedenfalls seien diese antinazistisch eingestellt. Außerdem findet an diesem Tag eine Demonstration von MigrantInnen statt, die gegen die Kriminalisierung im Zusammenhang mit dem Tode der Nazigröße Kaindl protestieren wollen. Fünf Antifaschisten sind zur Zeit inhaftiert, fünf weitere werden noch gesucht. Viel los in Berlin!

Somit sei den Länderspiel-Organisatoren geraten, die 86000 Eintrittskarten an ebenso viele Bereitschaftspolizisten zu verteilen. Das garantiert eine gewisse Ruhe im Stadion, und in der Stadt läuft eine Gruppe weniger herum, die sich nicht zu benehmen weiß. ●

Volker Goll ist Mitarbeiter im Bundesverband antifaschistischer Fußballfans und Fanprojekte (BAFF).

SOLIDARITÄTSGRUPPE GUNTHER

Prozeß gegen einen Antifaschisten

Am 25. April 1994 wird am Landgericht Mainz der Prozeß gegen Gunther, einen Antifaschisten aus Wiesbaden, eröffnet. Antifaschisten hatten versucht, das 'Kameradschaftstreffen' von Anhängern der DA am 6.1.1993 in Mainz zu verhindern. Hierbei wurden einige Faschisten leicht verletzt und ein paar Autoscheiben gingen zu Bruch.

Gunther wurde aufgrund des Tatverdachts des "Schweren Landfriedensbruchs" verhaftet und saß fünf Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Mainz.

Aller Voraussicht nach werden die Justizbehörden ihren schon während der Verhaftung und Untersuchungshaft eingeschlagenen Weg fortsetzen und Gunther wegen seiner politischen Gesinnung verurteilen. Objektiv wurde die fünfmonatige Untersuchungshaft, gegen die seine Verteidigung Haftbeschwerde eingelegt hatte, auf der Grundlage von politischen Motiven verfügt. Wie anders sollen die Ausführungen des Landgerichts zu verstehen sein. Wir zitieren aus der Ablehnung der Haftbeschwerde vom 8.2.93: *„Der Beschuldigte ist, wie sich aus der Ermittlungsakte ergibt, Mitglied einer sich antinational, sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe."* Die Wortwahl 'antinational' gibt Einblicke. Die Begründung für Gunthers Haftfortsetzung er sei Mitglied einer antinationalen und sozialistischen Gruppe, knüpft gewollt oder ungewollt an die Tradition der Verfolgung von 'Volksfeinden' durch die NS-Justiz an. Es ist auffällig, daß ausgerechnet die Strafkammer am Mainzer Landgericht, die diese braun eingefärbten Ausführungen zu verantworten hat, am 25. April 94 den Prozeß gegen ihn eröffnen wird.

Obwohl das Nazi-Treffen am 6.1.93 den Behörden in Mainz bekannt war und unter deren Beobachtung stand, hielten sie es nicht für nötig, entsprechend der Verbotsverfügung des Bundesinnenministers vom Herbst 92, gegen die DA vorzugehen. Kein Einzelfall - vielmehr die gängige Praxis der Mainzer Polizei und Justiz, die seit Jahren tatenlos zusehen, wie die Gärtnerei des Ehepaars Müller in Mainz-Gonzenheim zu dem bedeutendsten Zentrum der westdeutschen militanten Neonaziszene avanciert ist. Auf dem Gelände der Gärtnerei finden seit 20 Jahren Organisationstreffen und Nazifeierlichkeiten statt. Inzwischen sind die Staatsschutzbehörden mit dem Vorwurf, 'auf dem rechten Auge blind zu sein', derart unter Druck geraten, daß diese in Rheinland-Pfalz wie auch im übrigen Bundesgebiet die Flucht nach vorne angetreten haben. Man versucht gezwungenermaßen, mit pressewirksam initiierten Polizeiaktionen gegen die Naziszene verlorenen Boden wiederzugewinnen und sein schlechtes Image aufzupolieren - denn die antifaschistische Bewegung konnte gerade da Erfolge vorweisen, wo sie inhaltlich und praktisch das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellte und sich darüber hinwegsetzte - nicht zuletzt mit der allseits bekannten Tatsache, daß 'die Bullen sowieso nur zum Schutz der Faschisten da sind.' Die Polizeiaktionen gegen Anhänger von faschistischen Organisationen verlaufen in aller Regel ohne nennenswerte Ergebnisse. Trotz Waffen- und Sprengstoffunden hat z.B. die Polizeirazzia am 17.3.93 gegen die verbotene DA zu keinen Verhaftungen in der Naziszene geführt. Die antifaschistische Bewegung sieht sich neuerdings gerade im Zusammenhang mit scheinheiligen Polizeiaktionen gegen Faschisten mit einem verschärften Kriminalisierungsdruck der staatlichen Verfolgungsbehörde konfrontiert. Entgegen dem bisherigen Kalkül der herrschenden Klasse, die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (§ 16) in Eintracht mit den Nazis durchzusetzen - diese besorgten immerhin die notwendige rassistische und faschistische Begleitmusik - fordert man jetzt im Zuge einer allgemeinen Gewaltdiskussion eine 'wehrhafte Demokratie' gegen den Rechtsextremismus. Dieses, auch von vielen Linken favorisierte staatliche Vorgehen gegen Nazis geht den Propagandisten eines starken Staates auf den Leim. Die Apologeten der 'Inneren Sicherheit' argumentieren mit der Bedrohung durch den Rechtsextremismus nur in der Absicht, noch unverhohlener gegen links ausholen zu können. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat unlängst in einem Beitrag von Stern-TV bekanntgegeben, daß sie aufgrund einer Strafanzeige des Ex-Republikaners und DA-Anhängers Bernd Thrun alleine 50 Ermittlungsverfahren gegen die Antifa-Szene in Rheinland-Pfalz eingeleitet hat. Begründet wird dieser flächendeckende Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch mit einer schon vor Jahren veröffentlichten Broschüre, die detaillierte Informationen zu bekannten Neonazi-Größen der Rhein-Main-Region liefert. Bernd Thrun ist darin auch zu finden. Unzählige linke Publikationen haben sich in der Vergangenheit mit den Strukturen und Drahtziehern des 'Braunen Netzes' befaßt und die Hintermänner aus dem Dunkeln in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Es ist augenscheinlich – die Staatsschutzbehörden haben den Pressewirbel um das Nazischmierblatt 'Der Einblick' u.a. deshalb initiiert, um jetzt im Gegenzug gegen antifaschistische Publikationen vorgehen zu können. Dabei bedient man sich wie so oft der schon vielstrapazierten einfachen und darum umso eingängigeren Gleichsetzung von rechter Gewalt und linker Gegengewalt. Die verlogene Gleichsetzung des rechten Terrors und antifaschistischer Gegenwehr steht jedoch im krassen Gegensatz zur Tradition und Praxis der staatlichen Verfolgungsbehörden. Diese machen sehr wohl einen Unterschied zwischen rassistischen Angriffen und Morden einerseits und antifaschistischer Gegenwehr andererseits. Faschistische Mörder haben, soweit überhaupt gegen sie ermittelt wird, so gut wie nie Mordprozesse zu fürchten. Nach bisher über 70 rassistischen Morden wollte es der deutschen Justiz gerade einmal in Mölln und einmal in Baden-Württemberg gelingen, die Mörder auch als Mörder zu verurteilen. Dagegen sprechen die jüngsten Verhaftungen am 15. November 93, Hausdurchsuchungen und weitere Fahndungen nach AntifaschistInnen, die der Berliner türkisch-kurdischen Jugendgruppe 'Antifa Genclic' zugeordnet werden, eine ganz andere Sprache. Den vier bisher inhaftierten Berliner AntifaschistInnen wird Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung vorgeworfen. Grund für die Verhaftungen ist der Tod eines Funktionärs der 'Deutschen Liga für Volk und Heimat' (DL), Gerhard Kaindl, der vor anderthalb Jahren bei einem parteiübergreifenden Kadertreffen in einem China-Restaurant in Berlin umgekommen war.

In allen Verfahren gegen AntifaschistInnen wird versucht, den gesellschaftlichen Kampf und Widerstand gegen den Faschismus zu individualisieren. Mit der Inhaftierung der AntifaschistInnen in Berlin wird stellvertretend jedweder Ansatz von antifaschistischem Selbstschutz, gerade auch von MigrantInnen, kriminalisiert. Genauso wie bei Gunther, der am 25. April am Landgericht Mainz mit dem Vorwurf des "Schweren Landfriedensbruchs" stellvertretend für die antifaschistische Bewegung auf der Anklagebank sitzt. ●

Prozeßeröffnung am 25. April 1994, 8.30 Uhr, Kundgebung am Gerichtsgebäude, Diether von Isenburg-Straße, Mainz

EVA-MARIA KRAMPE

Von der Schleichwerbung zum Themenplacement

Der Begriff Schleichwerbung ist fast schon gänzlich aus unserem Sprachgebrauch verschwunden; das Phänomen, das er bezeichnete, ist so zum Alltag geworden, daß es nicht mehr erwähnenswert ist. Nur die älteren unter uns kennen ihn noch, und die älteren Medienleute benutzen ihn noch mit fast pathetisch anmutendem Gestus. Die Nennung, Darstellung oder Abbildung eines Produkts in Filmen, Zeitungsartikeln oder Funkbeiträgen galt einmal als unethisch. Medienmenschen, die sich nicht daran hielten, waren unweigerlich dem Verdacht der Manipulierbarkeit ausgesetzt. Und wenn es denn doch einmal passierte, zumal in den Funkmedien, dann waren RedakteurInnen und ModeratorInnen eifrig bemüht, gleich auch weitere Produkte, die in Konkurrenz zum genannten standen, aufzuzählen.

Das Verbot der Schleichwerbung in den öffentlich rechtlichen Sendeanstalten gilt noch immer. Doch veränderte Strukturen in den Medien und ein geradezu revolutionäres Werbeverhalten von Firmen und anderen unterlaufen diese Regeln permanent und für die MedienkonsumentInnen praktisch unkontrollierbar. Wird die verpönte und auch schon vom Begriff abwertend verstandene Schleichwerbung bereits seit geraumer Zeit durch das elegantere, aber immer noch erkennbare "Product-Placement" ersetzt, so beginnt sich mittlerweile die äußerst subtile Form des "Themenplacement" durchzusetzen.

Bekannt ist das Product-Placement insbesondere aus der Sportberichterstattung im Fernsehen. Sportliche Ereignisse und SportlerInnen treten zunehmend in den Hintergrund der Produkte, für die sie werben. In den Printmedien wird das Product-Placement in unterschiedlichsten Formen wahrgenommen. Die schlichteste und am leichtesten erkennbare Form besteht darin, daß Firmen als AnzeigenkundInnen auftreten und die geschaltete Anzeige nicht nur in einem redaktionell passenden Artikel plaziert sehen wollen, sondern den passenden Artikel gleich mitliefern. Wegen der Auffälligkeit dieses Vorgehens entschließen sich immer mehr Firmen zu einem geschickten Umweg, der zum gleichen Ziel führt. Markenhersteller initiieren, sponsorn oder unterstützen kulturelle Ereignisse oder humanitäre Aktionen. Damit polieren sie nicht nur, wie augenfällig ist, ihr Image, sondern sie können damit ihren Firmennamen als unbezahlte Werbung in allen Medien permanent anpreisen. Berichtet eine Zeitung/Zeitschrift über eine von ihnen geförderte Aktion, bezahlen sie gerne eine Anzeige einige Seiten weiter in der gleichen Ausgabe. Dieses Verfahren, das verkaufspolitisch so geschickt ist, wie es verboten ist, wird nicht nur von VerlegerInnen und Redaktionen unterstützt, von denen mensch sowieso nichts anderes erwartet, sondern auch von rennomierten Zeitungen. So steht der Süddeutschen Zeitung ein Millionenprozeß ins Haus, weil sie beide Formen der Vermischung von redaktionellem Teil und Werbung in den letzten Jahren mehr als großzügig gehandhabt hat.

Doch wie erwähnt, handelt es sich dabei um ein immer noch kostenintensives und aufdeckbares Verfahren, das allmählich durch das "Themenplacement" ersetzt wird. Themenplacement bedeutet nun folgendes:

Auf dem Redaktionsschreibtisch landet das Schreiben eines/einer Journalistin, der/die Mitglied in mindestens zwei Fachverbänden ist und diesen Tatbestand auch im Briefkopf verewigt hat. Diese Person bietet in einem freundlichen Anschreiben den beiliegenden Artikel zum honorarfreien Abdruck an. Bei dem Artikel kann es sich handeln a) um den Bericht über einen Kongreß, den eine bestimmte Firma veranstaltet hat, b) um den Bericht über eine Studie/Untersuchung zu einem bestimmten Gebrauchsgegenstand vom Autoreifen bis zum Krankenhausbett. In beiden Fällen werden selten die Firma oder deren Produkt genannt. Die berichteten Kongreß- oder Untersuchungsergebnisse laufen nur darauf hinaus, daß eben dieses nicht genannte Produkt/die nicht genannte Firma den wissenschaftlich oder sonstwie erstellten Qualitätsmerkmalen entspricht. Selbiges kann auch von einer PR-Agentur kommen. In diesem Fall wird der Bericht in drei Varianten beigelegt zur Verwendung als Kurznachricht, als kurzer Artikel und als ausführlicher Beitrag. Über die materiellen Vorteile für Verlag und Redaktion bei Abdruck solcher Erzeugnisse, außer einem unbezahlten Artikel, ist mir nichts bekannt. Auf jeden Fall wird hier die mitdenkende, mündige LeserIn gefordert.

Daß die katholische Kirche die neue SAT-1-Pfarrer-Serie mit 1,6 Millionen DM sponsort, hat nur deshalb die Medienöffentlichkeit erreicht, weil es kircheninterne Kritik an derartigen Ausgaben für Imagewerbung gab. Nicht einmal erwähnenswert schien jedoch die Art des Geschäftes zwischen Kirche und SAT 1. Schließlich hatte die Kirche nicht Spots im Werbeblock gekauft, sondern eine ganze Unterhaltungsserie. Da die Kirchen als gesellschaftlich relevante Gruppen in den Rundfunkräten aller Landesrundfunkanstalten vertreten sind und ihren Einfluß bei den Öffentlich-rechtlichen immer schon vehement zu nutzen wußten, erschien diese nun kommerziell betriebene Aktivität bei einem Privatsender nichts weiter als eine konsequente Fortsetzung der bisherigen Medienpolitik. Dennoch verweist dieses Ereignis auf strukturelle Veränderungen in der Medienlandschaft.

Hier beginnen sich also schon die Spuren von Werbung und Information in einem Ausmaß zu verwischen, das die interessierte Medienberichterstattung in einem noch zwielichtigeren Licht erscheinen läßt als angenommen.

Doch das Themenplacement hat inzwischen wesentlich umfangreichere Ausmaße erreicht, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Funkmedien. In diesem Sektor blühen sogenannte Agenturen auf, die Fernsehen und Rundfunk, seien sie öffentlich rechtlich oder privat, in Konkurrenz zu den etablierten Nachrichtenagenturen mit Nachrichten und Themen versorgen. Die Nachrichten, die diese Agenturen produzieren, lassen sie sich wiederum von interessierten Gruppen bezahlen. Das Ohr am Puls der Zeit, wenden sie sich an Interessensgruppen, die aktuelle Themen gern aus ihrer Perspektive diskutiert hätten. Die Angesprochenen können ihr Hintergrundmaterial, inklusive Werbung und der eigenen Interpretation einbringen und müssen dafür einen gesunden Preis bezahlen. Die Agentur verkauft dann dieses Produktes an einen Sender, für den es immer noch billiger ist, eine fertige Sendung zu kaufen, als sie selbst produzieren zu müssen.

Zum einen gibt es dabei Agenturen, die das bezahlte Produkt, das von der Nachricht über einen Drei-Minuten-Beitrag bis zur einstündigen Sendung reicht, erst noch an einen Sender verkaufen müssen. Der Agenturkunde geht also ein gewisses Risiko ein. Andrerseits werden solche Agenturen von dem jeweiligen Rundfunk- oder Fernsehsender beauftragt, Sendungen zusammenzustellen. Derartige Abnahmegarantien erleichtern die Zahlung von DM 12.000 für eine Viertelstunde Schulfunk ungemein.

Etwas teurer ist da schon, das zu tun, was die katholische Kirche sich erlaubt hat. Denn bei diesem Geschäft handelt es sich keinewegs um das dubiose Spiel von zwei etwas anrüchigen Einrichtungen, die offensichtlich — warum eigentlich?machen können, was sie wollen. Solche Praktiken finden auch bereits Eingang in die öffentlich rechtlichen Sender. Die oben erwähnte Schulfunksendung wird von einer Landesrundfunkanstalt ausgestrahlt. Die bezahlte Einflußnahme auf eine Unterhaltungsserie zwischen 18.00 und 20.00 Uhr abends in einem öffentlich rechtlichen Fernsehprogramm kostet von DM 40.000 aufwärts für eine Folge aus einer Serienstaffel. Für diesen Mindestpreis können sie zwar mit den DrehbuchautorInnen Personen- und Dialoggestaltung absprechen und Werbematerial für die Hintergrunddekoration zur Verfügung stellen, aber noch keinen Konkurrenzausschluß fordern. Dennoch, der Preis für eine Werbesendeminute um diese Uhrzeit liegt um ein vielfaches darüber. Selbst DM 200000 plus Agenturprovision für fünf Folgen, das geschätzte Minimum, um tatsächliche Werbewirkung zu erreichen, unterschreiten bei weitem die Kosten für einen auch noch als Werbung deklarierten Spot um dieselbe Uhrzeit. Die katholische Kirche hat also ihre 1,6 Millionen vermutlich günstig eingesetzt, denn im Preis enthalten sein dürfte die gesamte Staffel und Konkurrenzausschluß.

Hat mensch beim Blick in die Glotze schon jetzt Schwierigkeiten herauszufinden, ob da eine Familienserie oder eine Margarinewerbung läuft, ob sie/er gerade einen Werbespot der Bundeswehr sieht oder Nachrichten vom UN-Einsatz in Somalia, so werden sich diese Fragen zukünftig weiter zuspitzen: Wird der neue Freitagskrimi vom ersten deutschen Privatgefängnis gesponsort oder von einem Kleinwaffenhersteller? Handelt es sich bei dem Nachrichtenbeitrag über ein Flüchtlingslager um eine Initiative des Innenministeriums oder des von den Sozialämtern engagierten Lieferanten von Lebensmittelpaketen? Da werden Kindheitserinnerungen wach. Was war das für ein Triumph, als erste den Markennamen erraten zu haben, wenn wir die Werbung in der damals einzigen ARD sahen. Vielleicht ist es uns in den nächsten Jahren vergönnt, bei der Tagesschau oder bei den heute-Nachrichten aufzuschreien: Krauss-Maffei! UNO! Höchst! CDU! wenn Bilder aus Kriegsgebieten, von Umweltschutzkampagnen oder über eine Bundestagsdebatte über den Bildschirm flimmern.

Angesichts der strukturellen Veränderungen in der Medienlandschaft, in der Monopolisten in erbitterter Konkurrenz um Einschaltquoten und AbonnentInnen kämpfen, die wiederum die Werbeeinnahmen erhöhen, werden Nachrichten und Informationen ebenso wie die Unterhaltung zur Ware pur. Der Zwang zum erweiterten Angebot und der damit einhergehenden kostengünstigen Produktion verändert unaufhaltsam die Produktionsweisen.

Eine Nachrichtenredakteurin, die in Schichtarbeit (zwei Schichten und Wochenendarbeit) die Agenturmeldungen vom Ticker oder besser vom Bildschirm per PC aufarbeitet, wird kaum noch Gelegenheit haben, die Herkunft der Nachrichten zu recherchieren, geschweige denn diese kritisch zu selektieren. Außerdem erfordern die Gesetze der sich immer mehr befreienden Marktwirtschaft neben technologisch bedingten Rationalisierungsmaßnahmen und weiteren Senkungen der Lohnkosten (durch weniger festangestellte MitarbeiterInnen, die Bildung von Pools, d.h. ReporterInnen, JournalistInnen sind nicht mehr für ein Thema oder eine Redaktion zuständig, sondern können von allen Redaktionen beliebig und auch für mehrere gleichzeitig eingesetzt werden) auch die Vergabe ganzer Sendungen an Subunternehmen. Darüber hinaus führen die von den Medien zum großen Teil selbst erzeugten KonsumentInnenbedürfnisse nach immer kürzeren, abwechslungsreicheren, sensationsträchtigen Informationen geradezu naturwüchsig dazu, bereits vorfabrizierte Meldungen etc. anzunehmen. Umfassende Recherchen, thematische spezialisierte JournalistInnen und komplexe Hintergrundberichterstattung treten immer mehr in den Hintergrund. Übergangsweise, insbesondere zur eigenen Imagewerbung erlauben sich einige Medien immer noch publizistische Flagschiffe, hinter denen die realen Entwicklungen verschanzt werden können. ●

THOMAS ROTH

Souveräne Notlösung (Teil II)

Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland – anhand des Beispiels NRW

Zur Aufgabe jedes lokalen Hörsenders wird es, den formal und inhaltlich relativ freien Bürgerfunk, der einen potentiellen Störfaktor für das Programm darstellt, als solchen auszuschalten. Es bieten sich dafür zwei keinesfalls einander ausschließende Strategien an: Die Integration des Bürgerfunks in das Hauptprogramm oder dessen Behinderung mit administrativen Mittlen. Im ersten Fall wird Bürgerfunk den Ansprüchen des kommerziellen Rundfunks unterworfen, er läuft dann Gefahr, von den Vorschriften der Programmgestalter so vorstrukturiert zu werden, daß der einzelne Produzent nur noch zum Vollstrecker des Sendeformats wird. Im zweiten Fall wird dem Bürgerfunk ein Sendeplatz zugewiesen, der nur von wenigen Hörern angenommen wird. Die zugewiesene Sendezeit wird von Werbeblöcken nach 12, weiteren 18 und wieder 16 Minuten unterbrochen, so daß die Entwicklung eines längeren Zusammenhangs innerhalb einer Sendung nahezu unmöglich wird. Ein besonders wirkungsvolles Instrument zur Disziplinierung der Bürgerfunker besteht in der möglichen Ablehnung von Bürgerfunkbeiträgen. Den Redakteuren des Lokalfunks bleibt das Recht vorbehalten, die eingereichten Bürgerfunkbeiträge auf die Erfüllung der grundgesetzlichen Normen und des presserechtlichen Rahmens zu prüfen. Ergebnis sind oft Ablehnungen wegen „Nichteinhaltung der Musik/Wort-Quote“, „unzureichende Akkreditierung der Gruppen“, „fehlende Programmverträglichkeit“ (Bernd Imgrund, BürgerInnen verhackstückt, in: Stadtrevue (Köln) 8/93, S.36), urheberrechtlicher Unklarheiten oder Fremdsprachlichkeit des Beitrages. Zwar kann gegen diese Ablehnungsgründe bei der Landesrundfunkanstalt Protest eingelegt und bei dessem (nicht seltenen) Erfolg der Sender zur Ausstrahlung des Beitrages verpflichtet werden, das Überprüfungsverfahren kostet jedoch in einem Umfang Einsatz und Zeit, wie ihn der einzelne Bürger oftmals nicht leisten kann und will. Die mögliche Folge ist, daß Bürgerfunker Ablehnungsgründe wie Sendenormen lernen. Zwar kann man von einer Zensur im eigentlichen Sinne nicht sprechen, doch kann die konstruktive Verweigerung der Lokalsender ähnliche Effekte haben.

Die Mediokrität des Bürgerfunks stellt sich jedoch auch ohne äußeren Druck ein. Nach einer gelungenen medienpolitischen Sozialisation stellt sich die Bedürfnislosigkeit des Hörers auch als die Bedürfnislosigkeit des Produzenten dar. Auch aus den Nischen, die zur abweichenden Artikulation zugestanden worden sind, ist oftmals nur das ewig Gleiche zu vernehmen. Das Grundproblem ist nicht ein radikaler Dilettantismus, sondern die bescheidene Vorstellung davon, „was hörbar ist“ und was gemacht werden muß. Das fängt bei den gemeinnützigen Radiovereinen an, die die konfliktlose Einbindung des Bürgerfunks in das breitenwirksame Lokalradio als berufsqualifizierende Maßnahme nutzen wollen (darunter fallen vor allem die Studentischen Radios, Bürgerfunk als studienbegleitendes Projekt gibt es in Bielefeld und Dortmund. Vgl. Hans Joachim Faber, Klamauk und Wissenschaft, Studentische Radios beschallen die Republik, in UNICUM 12/93, S. 28f. Die Einsicht, daß man die Einpassung des Bürgerfunks in den „main-stream“ am effektivsten über die richtige Erziehung der Produzenten herstellt, hat sich rasch eingestellt.

Nach der Verabschiedung des Landesrundfunkgesetztes in NRW initiierten CDU und Vertreter der lokalen Wirtschaft die Gründung von Radiowerkstätten, die ein „Gegengewicht zu den Vereinen aus dem links-alternativen Sprektrum“ (s. Hellwig/Simon, Der Griff, S. 193) bilden sollten und entsprechend vermittelten, was eigentlich „hörbar ist“. Der sich abzeichnende Publikumserfolg des Bürgerradios dürfte seine Profilierungsbestrebungen verstärken. Das Ergebnis seiner kommerziellen Nutzbarkeit wird nicht – so ist zu vermuten – eine Bestärkung charakteristischer Elemente eines amateurhaften Rundfunkschaffens sein, sondern die Entwicklung eines verträglichen Formatfunks mit angemessener Bürgernähe.

Die Etablierung alternativer Formen der Kommunikation ist und bleibt kaum entwickelt. Allein in den bereits angesprochenen links-alternativen Radiovereinen, die sich oftmals in der Tradition der „Freien Radios“ sehen, sind dahingehende Ansätze auszumachen: Die medienpädagogische Begleitung des Bürgerfunks beschränkt sich dort nicht nur auf technische Instruktionen für gelehrige Oberschüler, mit der Folge, daß „sich nach geraumer Zeit jene Personen (im offenen Kanal etablieren), die bereits in anderen Lebensbereichen von ihren Bildungsprivilegien profitieren“ (s. Hans-Peter Biege, Mit Rhetorik ändert man keine Interessen – Plädoyer für eine neue Qualität lokaler Kommunikation, In: Norbert Lang (Hrsg.), Verständigung im Alltag, München 1983, S. 177), sondern auf eine Mobilisierung von Gruppen, denen der Zugang zu diesem Kommunikationsinstrument erst verschafft werden muß, die es gilt, zum Sprechen zu bringen.

Die links-alternativen Radiovereine sind jedoch in ihrer Tätigkeit stark eingeschränkt. Zum einen werden sie offen im Sendebetrieb behindert, zum anderen gehören sie zu den Bürgerfunkeinrichtungen mit den wenigsten Mitteln. Berücksichtigt man dann noch die sich abzeichnende Einschränkung der finanziellen Unterstützung durch die Landesrundfunkanstalt (Es ist von der Landesrundfunkanstalt NRW geplant, in jedem lokalen Sendegebiet nur noch einen Radioverein zu fördern. Die Kriterien, nach denen der zu privilegierende Radioverein ausgesucht wird, begünstigen die Vereine, die aufgrund privater finanzieller Unterstützung günstige Produktionsbedingungen vorweisen können), so stellt sich der Eindruck ein, daß die mit dem Bürgerfunk angebotene Artikulationsfreiheit, quasi durch die Hintertür, durch politische und wirtschaftliche Regelungen wieder auf ein erträgliches Maß begrenzt werden soll.

In den alternativen Radiogruppen hat sich jedoch auch unabhängig von diesen strukturellen Erschwernissen ein begrenztes politisches Verständnis von Rundfunkarbeit eingebürgert: Viele der alternativen Radiogruppen überwinden zwar die politische Teilnahmslosigkeit, erweitern das Spektrum der im lokalen Rundfunk verbreiteten Meinungen und behandeln Themen wie „3. Welt“, „Ausländer“ und „alternative lokale Kultur“ zur kritischen Genüge, allzuoft jedoch wird gerade der Verwertungszusammenhang für Bürgerfunk nicht beachtet. Und wenn das nicht gelingt, dann ist die Legitimationsfunktion des Bürgerfunks aufs Beste erfüllt. Der kommunikationswillige und artikulationsbedürftige Bürger wird dann zum Verbraucher von Radiozeit, der nur seine Dosis an kom-

munikativer Partizipation genießen muß, um sich mit den strukturellen Behinderungen gleichberechtiger Kommunikation auszusöhnen. Bürgerfunk bietet dann nicht mal mehr eine geeignete Nische, sondern nur noch ein Ventil: „Was hinten rauskommt" (Kohl), ist eigentlich nicht mehr wichtig.

Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit

Vor diesem Hintergrund wird es schwer eine sich als kritisch verstehende Medienpraxis zu initiieren, die sich nicht nur – soviel geht noch im Bürgerfunk – auf die Behandlung noch nicht behandelter Themen und auf das Interviewen bisher noch nicht interviewter Leute beschränken will.

Am Anfang der Medienpraxis sollte die Erkenntnis des Entstehungszusammenhangs des Rundfunks und der neuen Medien stehen. Eine idealistisch gedachte freie Benutzbarkeit eines neuen Mediums kann es nicht geben, insofern sind auch technokratische Modelle, die sich eine mediale Nutzung *unmittelbar* gegen das dieses Medium hervorbringende System vorstellen, als illusionär zu betrachten (vlgl. Eva Emenlauer-Blömers, Thomas Muntschick, Linke und neue Medien, in: Neue Medien und Technologien – wie damit umgehen? Beiträge zu einer Strategiedebatte, Berlin 1984. Das Problem wird schon in den unterschiedlichen Anschauungen Brechts und Benjamins deutlich). Die Vorstellung, „die Vereinzelung des Rundfunkhörers aufzuheben", Rundfunk zielgerichtet pädagogisch einzusetzen und dem Hörer Bedürfnisse zu vermitteln (vgl. Brechts Artikel in der „Funkstunde" Nr. 1 vom 2.1.1927; zit. Nach Peter Dahl, Radio, Sozialgeschichte des Rundfunks für Sender und Empfänger, Reinbek 1983, S. 120. Vgl. Weiterhin Bertolt Brecht, Über Verwertungen und Erläuterungen zum „Ozeanflug", in: Gesammelte Werke Bd. 18, Frankfurt/M. 1967, S. 123 ff.), mit anderen Worten: die in der neuen Produktivkraft steckenden „emanzipatorischen Möglichkeiten (zu entfesseln)" (s. Hans Magnus Enzensberger, Baukasten zu einer Theorie der Medien", in: Kursbuch 20, 1970, S. 160), ist eine geschichtliche. Das bedeutet für den Nutzer von Medien – nicht in Defaitismus verfallen zu müssen, sondern die Konzepte linker Medienpraxis einer kritischen Revision zu unterziehen und sie anhand spezifischer Konfigurationen zu aktualisieren. Unter dem Begriff der Gegenöffentlichkeit oder Folgebegriffen wie dem der „Proletarischen" oder der „Alternativen Öffentlichkeit" wäre das nachwievor möglich. Ein Versuch der medialen Umsetzung ist die Bewegung der freien Radios, die sich aus den Rundfunkpiraterien der 60er und beginnenden 70er Jahre entwickelte. Die Postulate dieser Bewegung nach Parteilichkeit, Subjektivität, Regionalität, Transparenz, Flexibilität, Mobilisierung, Verankerung der medialen Produktion im Alltagshandeln und Etablierung der medialen Praxis als neuer Form alltäglicher Erfahrung (vgl. die Thesen aus dem Umkreis der „Freundeskreise Freier Radios" in: Dahl, Radio, S. 240) sehen sich noch bewußt in der Tradition von (wahlweise) Brecht oder Enzensberger. Der praktische Erfahrungsschatz ist jedoch ein anderer: Die Versuche freie Radios zu etablieren, haben gezeigt, daß man zur Installierung des Mediums schon eine vorformierte Öffentlichkeit braucht, daß politische Organisation vonnöten ist, um die Repression des Radios durch die Kräfte des Staates und des Marktes zu kontern, und daß eine weitere Mobilisierung der Bevölkerung weniger durch Formen der Gegenmanipulation, sondern eher in Prozessen der kommunikativen Partizipation zu leisten ist. Eine solche „Realisierung von Gebrauchsöffentlichkeit" (Nach BüroBert, Gegenöffentlichkeit, in: Copyshop, Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit, Berlin 1993, S. 27) ist Teil (noch möglicher) politischer Aktion „von unten" – Bürgerradio jedoch ist „von oben" installiert und Teil der „öffentlichen Infrastruktur" (s. BüroBert, Gegenöffentlichkeit, S. 28). Es ist grundsätzlich zu fragen, ob man überhaut das Kommunikationsangebot des Bürgerfunks annehmen und zur Konstituierung eines Ausschnittes von Gegenöffentlichkeit nutzen kann.

Wenn man die Vorstellung hat, Gegenöffentlichkeit bilde sich schon dort, wo Gegeninformation prinzipiell erreichbar ist, kann man diese Frage positiv beantworten. Wenn man aber in einem politisch-pragmatischen Verstänadnis von Gegenöffentlichkeit von ihren Produkten Aktualität, regelmäßige Erreichbarkeit und Vernetzung verlangt, so kann der Bürgerfunk dem Begriff nicht entsprechen. Dies hat mehre Gründe: Die zeitlichen Beschränkungen, denen der Bürgerfunk unterliegt, sorgen dafür, daß sich eine „Schlange" von beantragten Sendungen bildet und neu eingereichte Sendungen erst nach längerer Verzögerung ausgestrahlt werden. Sendeplätze für aktuelle oder gar „live"-Sendungen werden in der Regel nicht zur Verfügung gestellt, so daß eine flexible „Öffentlichkeitsarbeit" nicht möglich ist. Darüber hinaus findet eine Vernetzung verschiedener Gruppen eines Lokalbereiches kaum statt, geschweige denn zwischen interessierten Gruppen verschiedener Regionen. Eine stetige linke Medienpräsenz hat sich bislang aufgrund mangelnden Organisationswillens nicht eingestellt.

Neben all diesen Problemen scheint aber ein ganz grundsätzliches auf: Bürgerradio hat sich – aufgrund der institutionellen Zwänge und der geistigen Verfassung der „Bürger" – bislang nicht als eigenständiges Radio etablieren können, sondern allenfalls als problemorientiertes, bürgernahes Anhängsel des gemeinen Rundfunks. Es hat sich zwar ein Publikum herausbilden können, das an Bürgerradio interessiert ist, dessen Interesse verdankt sich aber zu großen Teilen der oben angesprochenen Nahraum- und Vertrautheitsideologie. Als Quelle von Gegeninformation oder „Nachrichten von unten" wird Bürgerradio – aufgrund seiner Beschränktheit – von der sogenannten Linken kaum wahrgenommen. Der Produzent von Bürgerradiosendungen sieht sich also keinem vorformierten anderen Publikum gegenüber, sondern einem kaum anderen, einem, das gleichsam der allgemeinen Regression und Formalisierung des Hörens unterworfen ist.

Ist es nun für die Konstitution von Gegenöffentlichkeit notwendig, ein schon präpariertes Publikum vorzufinden, ein Publikum, das die Gegeninformationen als solche wahrnehmen oder verarbeiten kann, oder ist es notwendig, zumindest bestimmte Publikumssegmente zielgerichtet ansprechen zu können, so kann Gegenöffentlichkeit nicht

über den Bürgerfunk hergestellt werden. Nichts wird sich dort aufklären und niemand wird dort mobilisiert.

Souveränität

Wenn für die Bedürfnisse des Publikums notwendigerweise nicht gearbeitet werden kann, so muß mit ihnen gearbeitet werden. Wenn der Produzent von Bürgerradio nicht mit der Gegenöffentlichkeit rechnen kann, so wird er auf sich verwiesen, auf seine Souveränität.

Eine mögliche Interpretation für diesen Begriff der Souveränität hat die niederländische „Agentur Bilwet" in ihrer „Theorie der souveränen Medien" (vgl. Agentur Bilwet, Medien-Archiv, Bensheim und Düsseldorf 1993 sowie: Geert Lovink, Hör zu – oder stirb, Berlin 1992) gefunden. Anhand der freien Amsterdamer Radiogruppen stellen sie einen Wandel des Mediengebrauchs fest: Von den an der Korrektion und Ergänzung der „bürgerlichen Medien" interessierten alternativen über die autonomen, sogenannten „eigenen" bis zu den souveränen Medien. Diese „richten sich nicht länger nach den Wünschen einer spezifischen Zielgruppe" und „haben sich vom potentiellen Hörerpublikum emanzipiert"; „ihr Ziel und ihre Legitimation liegen nicht außerhalb der Medien, sondern in der Realisation der totalen 'De-Kontrolle'." (s. fast gleichlautend Agentur Bilwet, Medien-Archiv, S. 46f. und Lovink, Hör zu, S. 83f.). Souveräne Medien, so demonstrieren es die Autoren, betrachten alles und jedes als zu verarbeitendes Signal, als Daten, die einmal empfangen, beliebig zu bearbeiten sind, solange sie deformiert, vermischt oder in den falschen Zusammenhang gesetzt werden. In ihrer Banaliatät bekommen die Daten einen eigenen Wert, weil sie einen Raum eröffnen, in dem sich der Datensammler beliebig bewegen kann. Mit diesem Datenbegriff betrachten souveräne Medien Gesellschaft quasi von außen, ihre Datenbearbeitung begreifen sie als apolitisch, aber prinzipiell negativ.

Daß diese auf der Beobachtung konkreter Medienpraxis aufbauende „Theorie souveräner Medien" ihre Schwächen hat und nahezu als Produkt postmoderner Beliebigkeit daherkommt, das benennt sie selbst. So untauglich sie jedoch für theoretische Erörterungen ist, sie kann Anstöße für eine strategische Diskussion des Mediengebrauchs geben. Für den Produzenten von Radiosendungen sollte das nicht heißen, daß er sich der liberalistischen Selbstverwirklichungsideologie oder dem „Engagement in der Kunst" zuwendet. Er muß die Basis seiner Souveränität ebenso berücksichtigen wie das Publikum, von dem er sich löst.

Souveränität kann und soll als vorübergehende eingenommen werden. Wenn sich schon die von Brecht gefordete Kommunikationsfunktion des Rundfunks nicht verwirklichen läßt, so gilt es doch seine einseitige Distributionsfunktion zu unterlaufen. Dies kann durch die gezielte Provokation des Hörers geschehen, die ihn zum Abschalten zwingt. Auf langfristige Sicht kann es jedoch nur durch die kontinuierliche Zerstörung der gängigen Hörgewohnheiten gelingen. In dieser Hinsicht ist der Materialbegriff der „Souveränen Medien" von Bedeutung: Material wird wieder zur Kenntnis genommen und nicht ausschließlich zur Eigeninformation verwandt. Statt der Datenauswahl wird die Datenbearbeitung zum entscheidenden Prozeß. Das dem gemeinsamen Hörer bekannte Material wird aufgenommen und diesem wieder zurückgegeben, dann jedoch in neuer Anordnung, verfremdet durch die Techniken der Collage, der Deformation oder des Mischens. Die Techniken sind nicht vorgegeben, sondern werden aus pragmatischen Gründen ausgesucht, sie sollen es jedoch dem Produzenten ermöglichen, Gängiges aufzunehmen, zu verformen und in unsicherer Form wieder an den Hörer zu bringen. Subversion als Form der Souveränität verweigert die offene Auseinandersetzung, kompliziert die Betrachtung der sozialen Sachverhalte und versucht, „die Welt der Kommunikation (...) durch ihre eigenen Hervorbringungen zum Sprechen (zu bringen)" (s. Diederich Diederichsen, Subversion – Kalte Strategie und heiße Differenz, in: ders., Freiheit macht arm, S. 33ff.

Damit ein souveräner Umgang mit dem Medium Rundfunk sich nicht in formalen Spielereien erschöpft, muß seine inhaltliche Anbindung immer berücksichtigt bleiben. Souveränität bezieht ihre Kraft aus den Defiziten der Rezption, sie liefert sich diesen aber nicht aus. Sie ist immer nur räumlich und zeitlich begrenzt einzunehmen, sie soll als Vor- und Begleitform von Gegenöffentlichkeit betrachtet werden. Wie dies aussehen kann, das ist schon beispielhaft anhand der subversiven Techniken der deutschen Studentenbewegung oder der Radiobewegung in Italien in den 70er Jahren zu belegen (zu letzteren vgl. Kollektiv A/traverso, Alice ist der Teufel, Praxis einer subversiven Kommunikation – Radio Alice (Bologna), Berlin 1977).

Ausblick

Wenn etwas deutlich wird, dann soviel, daß es nicht einer Generalstrategie, sondern eines Baukastens linker Medienstrategien bedarf. Souveränität ist zwar die realistischste Lösung, wenn es um eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Massenpublikum geht, sie hat aber im privatwirtschaftlich kontrollierten Bürgerfunk andere Formen anzunehmen als im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

In fest zugeteilten Nischen der öffentlichen Infrastruktur, wie sie noch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk besteht und wie sie in der Zukunft auch in Form weiterer Offener Kanäle entstehen dürfte (entsprechende Gesetzesvorhaben der Länder liegen vor), würde Souveränität jedoch zum bloßen Gehabe. Hier gilt es stattdessen, die zweckgebundene Großzügigkeit des Staates zu nutzen und Gegeninformationen zu lancieren (vgl. Oskar Negt, Frequenzenbesetzer klagen die verdrängte Utopie des Radios ein, in: tageszeitung, 27. Mai 1983. Vgl. Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt/M. 1972, S. 211f). Auch wenn jedoch in solchen Nischen kritische Teilöffentlichkeiten entstehen können, so sollte man sich über ihr Mobilisierungspotential keine Illusionen machen. Das wichtigste Projekt linker Rundfunkstrategie muß die Unterstützung und der Aufbau freier Radios werden. Sie allein scheinen augenblicklich über das richtige Leben in der Souveränität/Gegenöffentlichkeit hinausweisen und als Produkt linker Organisierung weitere Organisierung nach sich ziehen zu können. Die Chancen stehen gut: Nicht alle der unabhängigen Radios, die bislang auf den europäischen Rundfunkmärkten angetreten sind, haben sich ihren Gesetzmäßigkeiten unterwerfen müssen. Danke für Hilfe und Kritik an Hans-Christian Schmitz ●

Thomas Roth sendet zusammen mit H.-Chr. Schmitz auf den Frequenzen von Radio Bonn /Rhein-Sieg.

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker
Stichwort: "Antifa"
Kto-Nr: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen,
c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

CHRISTOPH WINNAT

Triumphzüge

und wie die FAZ den Rhythmus findet

Gewöhnlich beginnt das Ende einer Schlacht den Streit um die Verteilung der Beute in den Reihen der Sieger. Archaischere Naturen pflegten bei solcher Gelegenheit, sich in Gänze die sterblichen Reste ihrer Feinde einzuverleiben. Dem gebildeten Charakter mag derlei als Geschmacklosigkeit aufstoßen, nichtsdestoweniger ist es verständig motiviert, gilt es doch, sowohl den charismatischen Sog des Krieges gegen die aufkommende und dem Stammesleben so gefährlich werdende Langeweile zu prolongieren als auch, mit dem unmittelbar vollzogenen Stoffwechsel den mythischen Glauben an die irreversible Vernichtung des Gegners zu bestärken.

Daß mit den politischen Veränderugnen in den einstigen Staaten des Warschauer Paktes das Ende eines Krieges von epochalem Ausmaß beschlossen sei, werden die Spatzen nicht müde, im weltanschaulichen Formulierungswechsel von der 'Konfrontation der Machtblöcke' zum 'Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus' von den Bächern zu pfeifen. Mit den fälligen Konsequenzen tut man sich schwerer: „In der Natur kann man wahrscheinlich sagen, daß das Aussterben eines Todfeindes eine Bestätigung ist für die eigene, die überlebende Art. In die politische, in die moralische Welt möchte man das wohl nicht übertragen. Das vollkommene Scheitern der Staaten, die sich auf Karl Marx berufen haben, heißt nicht, daß wir, so wie wir sind, schon gerechtfertigt sind" (M. Walser, „Die Einheit mißlingt nicht", FAZ 11.2.94). Um genau eine solche Legitimation aber wäre es jetzt zu tun, wenn besagtes Überleben das Gemeinwesen nicht aus der Bahn und in den üblen Zustand orientierungslosen Zweifels werfen soll – die schöne Vereinigung von politischer und moralischer Welt in einem Atemzug reicht nicht.

Ein erster Schritt ist gemacht. Während einer leichtlebigeren Bürgerlichkeit noch „der radikalste Zweifel" ohne Zögern als „Vater der Erkenntnis" (M. Weber) durchging, wird gegenwärtig – und nicht bloß von denen, die lediglich konsequent ihren Geschäften nachgingen – das Ende der staatsbürokratischen Gesellschaftsplanung im Osten der Unmöglichkeit gleichgesetzt, es müsse sich je wieder mit Ideen einer sozial und materiell konkreten Gerechtigkeit im Hirn oder gar einer rationalen Vergesellschaftung – und sei es als den legitimen Maßstäben der Sache des Denkens – herumgeschlagen werden. So weit so gut. Doch mit der rechten Freude ist es nicht gerade umwerfend bestellt. Es scheint, als nähmen die meisten Erbauungsentwürfe in Gestalt ideologischer Aufräumarbeit, Bestandssicherung sowie moralischer Neuvereidigung ihre historische Konstellation nicht ernst. Sei es, daß man sie aus falsch verstandener Rücksicht auf die Elemente von Gegensatz und Kritik als den Gütesiegeln der Pluralität nicht verzichten wollen, sei es, daß sie aus ganz unbegründeten stilistischen Erwägungen vor dem kannibalistischen Ausdruck hastigen Schluckens zurückschrecken.

Spektakulär, doch ohne viel Aufwand und von daher zuerst genannt zu werden verdient unter den wenig gewinnträchtigen Designs die Debatte über den Verfassungspatriotismus. Der Begriff hat Konjunktur. Symptomatisch erweist sich die Rede Iring Fetschers zum hessischen Verfassungstag, die die Frankfurter Rundschau am 8.1.94 dokumentiert. Die a.a.O. betont gewagte Substitution des Terminus 'Verfassungspatriotismus' durch den vom 'demokratischen Patriotismus' vermag freilich nicht darüber hinwegzutrösten, daß die Spekulation auf „die besondere, emotionale wie rationale Beziehung veiner Person auf die politische Gemeinschaft, der sie angehört" über eine moralisierende Ästhetisierung des Citoyens nicht hinausreicht.

Wo im kritischen Gestus gegen den Monopolisten, den sturen konservativen Imperativ festgestellt wird, daß die „Liebe zum Vaterland" nur „aus einer praktisch gewordenen Verbundenheit von Citoyen und Gemeinwesen (erwächst)", ist allein die abstrakte Forderung, es möge der politischen Ordnung doch bitte zugejubelt werden, in diejenige nach „egalitären" sowie „demokratischen Partizipationsrechten" und „kultureller Toleranz" (vgl. ebd.) im allgemeinen übersetzt. Zwar wird sich von der Praxis der Gesellschaft – und wie diese in ihrer prinzipiellen Normierung vorzusehen sei – vernünftigerweise ausgeschwiegen.

Dem nüchternen Beobachter aber taugt die Retourkutsche nicht zum Ruhm: der Christ hat seine Feinde, der Liebhaber seine Knaben und ich eine Verfassung, in die ich mich erst versetzen muß? So jedenfalls „erlebe ich in meinem Bewußtsein nicht, daß die Pleite des Marxismus uns einen Legitimationszuwachs gebracht hätte" (Walser). Ihn beschleicht der Zweifel, ob denn das reine Bewußtsein, „Bürger eines Staates von guten Gesetzen zu sein" (Hegel), irgendetwas daran ändern könnte, daß sich libidinöse Dispositionen überhaupt anders auf Geistiges konzentrieren vermöchten als in unmittelbar sinnlicher Gestalt desselben. Umgekehrt befällt ihn der Verdacht, daß eine Verfassung sowohl ein Ding der Notwendigkeit wie unter Umständen der Freiheit, kaum aber etwas der Sache nach a priori Liebesbe-

dürftiges sei. Enttäuscht nimmt er seinen Hut, um sich an anderen Tischen auf andere Gedanken zu bringen.

Lange muß er nicht suchen. An reich gedeckter Tafel, in unmittelbarer Nachbarschaft trifft er auf eine lärmende Runde, deren Teilnehmer sich einen Spaß daraus machen, sich in mystischen Erweckungen gegenseitig zu übertreffen. Beschwören da die einen staatsbürgerliche Tugenden zwecks Gemeinschaftsstiftung, so raten andere gleich zu einer neuen Religiosität oder geben zu bedenken, es möchte auch dem Staat allmählich wieder eine ganz eigene Ästhetik gut zu Gesichte stehen. Wieder andere entdecken die Frau als Fachmann fürs Weibliche oder bringen die politisch und ökonomisch Geprügelten aller Länder als Kulturträger in die Debatte. Nach anfänglichem Staunen und dem Wunsch, es sich bei der fröhlichen Schar wohlergehen zu lassen, drängt unseren Beobachter abermals etwas, das, was er ist, zu bleiben und weiterzugehen.

Alsdann wird sein Interesse von einer angelsächsischen Variante des Neoliberalismus geweckt: „Obwohl sie ihr Regime seinerzeit nicht festigen konnten, schufen die französischen Revolutionäre mächtige positive Symbole, die im politischen Selbstverständnis Europas nach wie vor eine zentrale Rolle spielen. Nachdem der Leninismus diese Symbole über weite Strecken des 20 Jahrhunderts 'besetzt' hielt... obliegt es (jetzt) den aktivistischen Liberalen Europas, das 'verlorene Paradies' der französischen Revolution wiederzuentdecken und einen modernen Sprachduktus zu schaffen, der ... den Europäern klar vor Augen führt, daß sie jene Verheißungen endlich einlösen müssen" (B. Ackermann, „Ein neuer Anfang für Europa", Siedler Verlag). Schielt der Liberalismus auf das Erbe des Sozialismus, die Kapitalismuskritik? Partiell scheinen die propagandistischen Forderungen des Tages eingesehen. „Revolutionäre Liberale" solle es geben, die sowohl „ihre Marktkritik nicht mehr marxistisch, sondern im Sinne des Liberalismus formulieren" (sic!) als auch das „Privateigentum und die Vertragsfreiheit" als einen der „erforderlichen Durchbrüche (...) auf dem Weg zu einer offenen, freien, gerechten, vielleicht sogar anständigen Gesellschaft" in die Waagschale werfen. Doch halt: ist die Gesellschaft der Privatbesitzer etwa unanständig? Ist ihr das verheißene Paradies bisher verschlossen geblieben? Muß man sich das bieten lassen? Und wenn plötzlich noch Teile der Besiegten das Privileg erhalten, zu symbolischen Entschädigungszwecken als Kronzeugen des „sprunghaften kapitalistischen Arbeitsmarktes" über die Klinge zu springen (ausführlich ebd.), dann zieht es der inneren Stimme glatt die Schuhe aus. Konsterniert schleicht der Beobachter davon, nirgends wird Kasse gemacht, keine Jungfrauen lächeln dem Sieger, kein Gloria in excelsis, das nicht den Hals schon mitbrächte, in dem es einem dann steckenbleibt.

Weil nun aber verabredet ist, daß Erlösung demjenigen winkt, der sich immer strebend bemüht, findet er zuguterletzt doch noch einige Beruhigung. Mittig angeordnet, im Schwerpunkt der FAZ, dem Wirtschaftsteil, vermag das Verstehen dessen, was ist, die Dividende des großen Sieges einzustreichen. Betitelt „Blindheit ist noch der geringste Vorwurf" (FAZ, 6.11.93, S. 13) macht sich Erich Hoppmann daran, der allgemeinen „Verwirrung des Denkens" Einhalt zu gebieten und ein für allemal mit dem „bekannte(n) moralische(n) Vorwurf", „der freie Markt gründe auf einer Ethik des Egoismus, der Selbstsucht und des Individualismus" aufzuräumen. Überdies sei außer solch klassischen Vorurteils aller Kritiker bürgerlicher Subjektivität weder der „Glaube" wahr, „daß der Markt Materialismus hervorrufe", noch „die Behauptung, der Markt entmutige persönliche Bindungen und Beziehungen in der Gesellschaft" oder „bewirke soziale Ungerechtigkeit". Zu gelten habe im Gegenteil, daß „in einem freien Markt... sich freiwillige Gemeinschaften bilden" (können) – von „Familie... Kirche... Unternehmungen" ohne Umschweife bis hin zum „Sport-, Gesangs-, Schützen-, Heimatverein". Mehr noch müsse anerkannt werden, daß „im Hinblick auf die Verwendung von Reichtum und Wohlstand... das Marktsystem kein System der Unterdrückung und der Ausbeutung" bedeute, „wohl aber ... Spielraum für moralische Entscheidungen verschiedener Art" lasse.

Ist das bereits die von Ackermann eingeklagte neue Sprachregelung? Wie dem auch sei, „freie Märkte", so rekapituliert Hoppmann galant, „ruhen auf moralischen Grundlagen, und in ihnen verwirklicht sich Tauschgerechtigkeit". Nun mögen diese Formulierungen so umwerfend neu nicht sein, wichtiger ist, sie kommen zur rechten Zeit, originell die Pointe intendierend, die frei flottierenden Verhältnisse des Privaten bildeten unterschiedslos den Betrieb, in dem sich der Begriff der Moralität – dem von jeher sein skrupelloser Gebrauch inhärierte – ohne Rückstand verwerten lasse: die Transformation des Moralischen von einer Form individueller Handlungsorientierung – am imaginierten Wohl aller – zur bodenständigen Eigenschaft des Handlungsraumes als solchem, der – wie ohnehin jeder – die Entscheidung zwischen 'Gut' und 'Böse' erlaube. Was kündete emphatischer von dem Glück, das der unsichtbaren Hand nach der 'Pleite des Marxismus' winkt, als solche Verschleifung von ethisch legitimierter Selbstgesetzgebung mit der systemischen Rationalität des Marktes? Und dabei soll es nicht bleiben. Bestechend die Eleganz, mit der Hoppmann den Vorwurf, der Markt „bewirke soziale Ungerechtigkeit" entkräftet. Weil „Gerechtigkeit... sinnvollerweise nur auf menschliche Handlungen bezogen werden (kann)", lassen sich „Zustände oder Ereignisse, die von keiner menschlichen Handlung beabsichtigt, ziellos hervorgebracht werden", folgerichtig eben auch „nicht unter dem Gesichtspunkt einer (irdischen) Gerechtigkeit beurteilen". Wer dachte, der Anspruch, den die philosophische Aufklärung mit dem Begriff des Subjekts erhoben hatte, ließe sich invariant gegen die Planlosigkeiten des Marktgeschehens ins Felde führen, wird endlich eines Besseren belehrt. Natürlich ist er planlos, der Markt, aber deswegen grad' ist er auch nicht ungerecht: „Das Konzept 'soziale Gerechtigkeit' im Sinne einer konkreten von Menschen herbeizuführenden Einkommensstruktur ist im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Prozesses inhaltsleer, es liefert keine Grundlage, das Marktsystem moralisch zu beurteilen, also auch nicht, es moralisch zu verwerfen". Wird mithin der Markt am Maßstab von Subjek- und Gerechtigkeitserfordernissen gemessen, dann ist die Kritik moralisch und verfehlt notgedrungen ihren Gegenstand. Warum ist da bloß vorher keiner drauf gekommen? Möchten ham wer schon gewollt, nur dürfen haben wir uns nicht getraut? Man muß den Markt schon ontologisieren und dann politisch behandeln, ihn also verabsolutieren oder – und dann grundlos bekämpfen.

Beeindruckend endlich, wie Hoppmann 'Tauschgerechtigkeit' und 'Altruismus' als den genuinen Sinn der Marktbewegung ausschildert, wenn nur nicht „die Alternativen hoheitlicher, direkter Zwangskoordination die Möglichkeiten für individuelles moralisches Handeln" – also die willkürliche Entscheidung „einschränkt". Solange der Staat einem nicht unmoralische Angebote macht,

„kann der Markt seine segensreichen Wirkungen... entfalten“. Als da z.B. sind: die Aufhebung der Herrschaftsbeziehungen im Betrieb vermöge der Konkurrenz der Unternehmer, die „im dauernden Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die Dienste von Arbeitnehmern... jeweils Höchstlöhne anbieten (müssen), um Arbeitnehmer anzuziehen.“ Derart gut gekleidet sind diese dann auch aufgefordert, zuzugeben, daß – und dieser argumentative Profit wird noch des öfteren in den Spalten der FAZ Aufmerksamkeit beanspruchen (etwa in ‘Grenzen der Politik’, 22.1.94, S.1) – erst die Marktwirtschaft die Entfaltung des Reichtums betreibe, dessen die Caritas bedarf: „So können wir nicht nur mildtätige, altruistische, liebevolle Motive haben und nicht nur freiwillige Gemeinschaften mannigfaltiger Art erfahren, sondern darüber hinaus auch den notwendigen Wohlstand erzeugen, um beides prakisch zu verwirklichen.“

Leicht betäubt, doch irgendwie mit sich im Reinen, nimmt unser Beobachter Platz und eine gelöste Haltung ein. Die innere Stimme schweigt, einen wärmeren Frieden wird sie zu dem Preis nicht finden. Nun ist die FAZ aber nicht so kompromißlos, wie es in wünschenswerter Weise ihre Mitte suggeriert. Aufs Ganze gesehen, gestattet sie sich, ideologisch rückfällig zu werden, Brüche zuzulassen, die im Interesse einer vollendeten anpreisung der besten aller möglichen Welten nicht hinzunehmen sind.

Der Selbstwiderspruch sammelt sich im Dezember 93 zur Erscheinung. Während am 24.12. „Das Teilen und die Moral der Märkte“ das Publikum noch einmal mit der wichtigsten Errungenschaft zeitgemäßen Denkens einstimmt und „die Ethik der Marktwirtschaft... eine zutiefst soziale (ist)“, beginnen die Ruhmesbauten doch an gleicher Stelle zu bröckeln. Der kühne Schwung allein des Argumentes von der Moralität der Markt- und Privatsphäre an sich, findet sich geschwächt durch die verstaubte Rede vom „Gesamtnutzen“, der „durch das Eigeninteresse des einzelnen... maximiert wird“. Schwerer als solche formalen Kleinigkeiten freilich wiegt die am 27.12. titelseitig in gotischen Lettern gehaltene Frage: „Was hält das Gemeinwesen zusammen?“. Mit einem mal wird „nach bürgerlichen Tugenden und Opfern, Selbstbeschränkung und Patriotismus“ verlangt, nach einer Antwort darauf, „wie Opfer zu begründen sind“ und „wie lange es dem steinernen Gast aus der Vergangenheit“ (d.i. Auschwitz) „noch gestattet sein soll, für alle Zukunft und alle Vergangenheit über Bürgertugend und Vaterlandsliebe sein Veto zu werfen“.

Was soll jetzt dieses? Eben macht man sich daran, das moralische Gefügtsein im Grund der Marktgesellschaft zu erschließen, und im nächsten Augenblick – wird der Phrasenhandel der Konkurrenz angepeilt, Forderungen, die nicht weniger signalisieren als höchst verdächtigen Gegensatz von Besonderem und Allgemeinheit? Es mag ja sein, daß die Ambivalenz liberalistischen Denkens dem Staat gegenüber unerläßliche Signatur seiner Identität ist, aber muß man das jetzt, mit den Trümpfen Hoppmanns in der Hand, ausspielen? Vollständig, von allen guten Geistern verlassen, exponiert dann am 28.12. das Feuilleton mit der „Hilfe zum Falschen Zweck“ die Sehnsucht nach dem starken Staat, der „bestimmte Lebensformen (belohnt), und (andere) bestraft“.

Diese abrupte Stimmung für den sozialtechnologisch fitten Staat, der „sich auf seine Grundlagen besinnen und klarzumachen“ habe, „wo er helfen, was er schützen und wen er anerkennen will“, kommt einem propagandistischen Suizid gleich. Hat der Kapitalismus gesiegt, oder was, wenn der Staat dazu übergehen soll, die Individuen zu legitimieren? Welche Paria haben sich plötzlich die moralischen Felle geschnappt, die da dem Markt weggeschwommen sind? Und bitte, wie soll sich das Bewußtsein jetzt ‘legitimiert fühlen’, wenn den Errungenschaften der negativen Freiheit der patriarchalische Staat auf die Füße tritt? Immerhin, vom Vorwurf der Orientierungslosigkeit, den dieses buntgemischte Blatt provoziert – und welche am 22.1.94 auf Seite 1 gar in Verzweiflung kulminiert: „...Gott und Mensch. Wie soll das enden? Wo ist Oben, wo Unten?“ – muß eine gütige Hand geleitet worden sein, als sie Martin Walser am 11.2.94 mit "die Einheit mißlingt nicht" (S. 35, Feuilleton!) das Wort erteilte. Hatte noch am 1.2. (S. 26) der Gedanke ein weiteres Mal auf den Magen geschlagen und nach dem Motto „Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung“ gefordert, die marktwirtschaftliche Ordnung in der Verfassung zu verankern – gleichermaßen tautologisch angesichts der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes wie unsportlich im Vergleich zum positiv gehandelten Wort von der ‘offenen Gesellschaft’ –, so findet erst Walser die rettende, alles Widerstrebende einigende Losung: „Nichts ist ohne sein Gegenteil wahr. Ich vermute, der Satz sei aus einer Hegel-Spätlese entstanden.“ Glücklich wer, so tief ins Glas geschaut, sein Ganzes wieder Hegel in die Schuhe schieben kann. Demnach ist der Begriff nicht wahr durch die Wirklichkeit, die er sich gibt (so Hegels Rechtsphilosophie, §1), sondern weil ihm die Phrase erwidert; nicht das Glück darin, daß er (der Anthropoide) seine Bestimmung finde (so in der Phänomenologie), sondern weil und nur solange es sich unglücklich sein läßt. Die Wahrheit der „Zukunftsbewältigung aus der Vergangenheits-erfahrung“ kommt zu sich in der Abschaffung des Asylrechts, die „segensreichen Wirkungen des Marktes“ im „Anstieg der Arbeitslosenzahlen“ (FAZ, 6.11.93, 2 Seiten vor Hoppmanns Elogen!), die Moralität desselben nicht weniger im Mangel an „Bürgersinn“ (so wie bei Hoppmann reine Zweckrationalität und Moralität mittels deren begriffswidriger Reduktion auf bloßes Entscheiden zu kopulieren vermögen), der industrielle Reichtum gilt als Möglichkeit wohltätig zu sein nur vermöge der Armut, ohne die es keine Generosität geben müßte, und endlich trifft der Staat, der die „Lebensformen anerkennt“, seine Wahrheit im Schützenverein. Summa summarum gewinnt die Apologie überhaupt ihre Wahrheit durch das schlechte Gewissen, das ihren Bemühungen von Anfang an in den Gliedern steckt; die beste aller möglichen Welten ist diese je an ihren Mängeln.

Wenn nun aber alles nur durch sein Gegenteil wahr ist, und weil jedes von jedem das Gegenteil, ist dann nicht alles so wahr wie seine Unwahrheit, also auch jeder, im besonderen der nicht zu verdrängende Zweifel am Zustand der Gesellschaft die Wahrheit, daß sich an ihr eigentlich nichts mehr aussetzen läßt? Eben! ●

Register 1993

Verfasser	Titel	Heft-Nr.
Afrika		
Causemann, Bernward	Südafrikanische Wirren. Machtpoker und Deklassierungsängste	271/272
Alternatives		
Brand, Ulrich	Uffbasse - Dillmann wähle...	277
Meier, X.	Libertäre Tage: ein Stimmungsbericht	277
Winter, Jens; Kegler, Michael	NIEMAND - linksradikales Projekt oder Zweckbündnis der Restbestände?	277
Arbeit		
Becker, Steffen	Im Schattenreich des 'Prinzips Hoffnung'. Über die gewerkschaftspolitische Tagung von express und links	278/279
Esser, Josef	Viel Lärm um nichts?! Anmerkungen zum Streik in der ostdeutschen Metallindustrie	277
Jander, Martin; Lutz, Stephan	Ostdeutsche "Betriebsräteinitiative" vor dem Ende?	278/279
Kern, Peter	Die Führungskraft als Mensch wie Du und Ich. Symbolisches Management	277
Köhler, Holm-Detlev	Hoechst AG, IG Chemie und die Undurchschaubarkeit	280
Köhler, Holm-Detlev	Lean-production und Standortpoker. Ein Gespräch mit Wolfgang Schaumberg	271/272
Mahnkopf, Birgit; Altvater, Elmar	Gewerkschaftliche Tarifpolitik in Europa nach Mauer und Maastricht	276
Nipperdey, Peter	Weil es der Sozialismus so will!	276
Sonnenfeld, Christa	(Fast) allen soll es schlechter gehen. Die Demontage des Sozialstaats	276
Wolf, Uwe	Der Stahl, die Solidarität und die Vernunft	277
Asien		
Dittmar, Frieder	Dem Tiger auf der Spur - Der ökonomische Erfolg Südostasiens	282
Meier, Dieter	Atomwaffen in Pakistan	277
"Asyldebatte", Tag X, offene Grenzen		
Alternative Liste Köln	Das Märchen vom Land, in dem ohne Asylanten alles besser wurde	277
Autonome l.u.p.u.s.-gruppe	"Geschlossene Gesellschaft"	280
Bauböck, Rainer	Offene Grenzen - Gebot, Weg oder Ziel?	278/279
Görg, Christoph	Geschlossene Gesellschaft - und ihre Feinde?	278/279
Görg, Christoph	In geschlossener Gesellschaft (Teil III)	282
Hirsch, Joachim	Gegen die Beseitigung des Asyls: Belagerung des Bundestages	273
Hirsch, Joachim	Aktionen gegen die Abschaffung des Asylrechts	275
Hirsch, Joachim	Der "Tag X" - und danach?	278/279
Hügel, Volker-Maria	"Wie haben wieder Lager in Deutschland" Rede anläßlich des "Tag X"	278/279
Krampe, Eva-Maria; Schneider, Felix	Das Ende der Asyldebatte	273
Kunz, Thomas	Denn sie wissen nicht, was sie tun? Von unpolitischen EinzeltäterInnen und alkoholisierten RandalierInnen	278/279
Kunz, Thomas	Die "Torheiten" der einen, die Eigentore der anderen...	276
Lauterbach, Jörg	Offene Grenzen? Offene Grenzen! Eine Kontroverse	276
Lauterbach, Jörg; Schneider, Felix	"All das muß durchgesetzt werden!" Interview mit Volker Morawitz	276
Macke, Carl-Wilhelm	Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling	276
Pfaff, Victor	Der Verfassungsstreich. Zum Asylrecht in spe - Teil I	276
Pfaff, Victor	Der Verfassungsstreich. Zum Asylrecht in spe - Teil II	277
Schneider, Felix	National-demokratischer Staatsabsolutismus	276
Schneider, Felix	"Moral, das ist wenn man moralisch ist"	278/279

Schneider, Felix — Offene Tore, offene Torheit — 275

Zentraler Aufruf — Blockieren wir gemeinsam den Bundestag — 273

Ziebura, Gilbert — Einwanderungsgesellschaft versus Wohlstandschauvinismus? Über ein Dilemma linker Theorie und Praxis — 276

Entwicklung(spolitik)

Brand, Ulrich — Das Ende der Entwicklung. Eine noch zu haltende Grabrede — 282

Braunmühl, Claudia — Von Braunschweig nach Belet Huen oder: Eine zeitgeistig erstaunlich passende Wortmeldung — 282

Jungfer, Uwe — Die Krise als Chance? Zum Stand der Debatte um Weltmarktintegration — 282

Massarat, Mohssen — Der Mythos vom Freihandel. Süd-Nord-Einkommenstransfer durch Dumpingpreise — 282

Europa (Länder, EG...)

Apostolidou, Natascha — Das griechische Mazedonien ist griechisch — 274

Bonavita-Lindloff, Petra — Die allumfassende Krise Italiens oder das Ende einer Ära — 271/272

Bonavita-Lindloff, Petra — Divide et impera - die "italienischen" Verhältnisse — 276

Detobel, Bob — Mazedonien: von Paukern, Patriarchen und Banditen — 275

Jacobi, Otto — Auf dem Weg ins Nationalkonservative. Keine Alternative zur Europäischen Union — 277

Katsoulis, Ilias — Mazedonien: eine Namensquerele und ihre historischen Hintergründe — 274

Röttger, Bernd — Maastricht und die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts — 280

Tömmel, Ingeborg — Die europäische Gemeinschaft: Supranationaler Staat oder politische Agentur des Marktes — 277

Frauen und Geschlechterverhältnis

Eichhorn, Cornelia — Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus — 274

rampe, Eva-Maria — §218 - Anfang und Ende einer Bewegung? — 278/279

Oppenheimer, Christa — Sexuelle Belästigung - Gewalt gegen Frauen oder Frauenphantasien — 280

Pinl, Claudia — Gleichheit? Nein danke. Die Frauenbewegung hat die "Geschlechterdifferenz" entdeckt — 280

Rodriguez, Encarnación Gutiérrez — Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft — 275

Scholz, Susanne — Immer Ärger mit dem Geschlecht. Die Debatte um Judith Butlers Gender Trouble — 281

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Görg, Christoph; Holland-Cunz, Barbara; Scharping, Michael — Politisierung des Naturbegriffs — 274

Gössner, Rolf — Eine deutsche Juristen-Karriere: Roland Freisler - Mörder im Dienste Hitlers — 282

Gewalt

Notz, Gisela — Gewalt der Jugendlichen "Mitschuld" der Linken? — 277

Hochschule, Bildung

Altvater, Elmar — Die Universität nach dem Primat der Ökonomie — 281

Daxner, Michael — Krise und Reform. Zur Ent-Politisierung der Hochschulpolitik — 281

Hartel, Reiner — Zwischen Scylla und Charybdis - Odysee durch die Hochschulpolitik — 282

Kunz, Thomas — Spitzeldienste zum Nulltarif. Ein AStA Ko(t)Z(t) sich aus — 280

Metz-Göckel, Sigrid — Die Frauenuniversität. Ein Projekt feministischer Bildungs- und Wissenschaftskritik — 281

Spear, Bruce — Finanz- und Legitimationskrise. Hochschulbildung in den USA — 281

Kapitalverhältnis

Brand, Ulrich — Stillstand beim Rückgang durch Schwung für die Zukunft. IAA '93 — 281

Hirsch, Joachim — Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus — 278/279

Hübner, Kurt — Strukturveränderung des Kapitalismus und Internationalisierung des Kapitals — 278/279

Röttger, Bernd — Rezessiver Triade-Kapitalismus und weltgeschichtliche Entwicklung — 282

Krieg in Ex-Jugoslawien

Görg, Christoph; Loncar, Mirko — "Zwischen Hammer und Amboß". Interview mit Milorad Pupovac — 271/272

Görg, Christoph; Loncar, Mirko — "Jetzt muß man die Souveränität begrenzen." Interview mit Zarko Puhovski — 271/272

Görg, Christoph; Loncar, Mirko — Im Lande des "Ban Jelacic". Demokratische Opposition in Kroatien — 271/272

Herbert, Gabriele — Jugoslawien. Von der Krise zur Katastrophe — 271/272

Hirsch, Joachim — Stirbt Europa in Bosnien? — 275

Kuvacic, Ivan — Nachruf auf Rudi Supek — 273

Lodovico, Ludi — Kriegsmänner, Männerkriege, Kriege gegen Frauen — 271/272

Lodovico, Ludi — Politisches Transvestitentum — 278/279

Radenski, Luka — Das Floß der Medusa — 277

Radenski, Luka — Sarajevo - Genf — 273

Radenski, Luka — Europa hat Bosnien auf dem Gewissen — 275

Radenski, Luka — Das Serbien-Ticket — 276

Radenski, Luka — Als Sühne für deutsche Verluste — 276

Radenski, Luka — Ein Serbe in Mainz — 273

Radenski, Luka — Unser Reisetip: Reise in die Zukunft. 10 Tage durchs neue Mitteleuropa — 278/279

Radenski, Luka — Eins zu hundert - Thesen zur deutschen Verwicklung in den jugoslawischen Krieg — 275

Vack, Klaus — Internationale Freiwillige - In den Flüchtlingslagern im ehemaligen Jugoslawien — 275

Vejvoda, Ivan — Gesellschaftliche Gewalt im früheren Jugoslawien — 275

Weber, Urban — Politik zu Zeiten des Jugoslawienkrieges — 280

KurdInnenverfolgung

Behrokhi, Ali — Kurdistan: Imperialistische Großmachtpolitik und die Widersprüche der Befreiungsbewegung — 271/272

Lateinamerika

Brand, Ulrich — "Diese Kriegswirtschaft wollen wir nicht, aber Kapitalismus auch nicht!" Cuba, im Frühjahr 1993 — 277

Brand, Ulrich — Verteidigung der Demokratie. Interview mit Jorge Makarz — 280

Brand, Ulrich — Einheit in Vielfalt. Das Forum von Sao Paulo — 280

Brand, Ulrich; Winter, Jens — "Wir alle haben das Recht, uns zu täuschen" Interview mit Wilfredo Santana von der FSLN — 282

Kreinecker, Petra; Brand, Ulrich — Wenn wegen der Scheißindios die Wirtschaft leidet — 275

Kreinecker, Petra; Brand, Ulrich — In den Zeiten der Cholera. Salta, im Februar 1993 — 275

Rode, Jörg — Projekt "Wasserkraft ans Netz" — 277

Scharlowski, Boris — Bald nichts als Wüste hier... oder die Auswirkungen von Diktatur und neoliberalem Modell — 282

Sterr, Albert — El Salvador im Übergang — 282

Musik, Film, Medien

Görg, Christoph — Die Normalisierung des Bösen. Stalingrad im Film — 274

Köhler, Holm-Detlev — Denunziantentum — 277

Kunz, Thomas — Böhse Fans und gute Onkelz — 273

Scholz, Susanne — ORLANDO oder DIE VERWANDLUNG — 277

Naher Osten

Becker, Sophinette — Der Anfang vom Anfang. Zum Abkommen zwischen Israel und der PLO — 281

Becker, Sophinette — Die Politik vor dem Abkommen. Israel und die PLO — 281

Bunzl, John — Der Sprung über den Schatten. Israel und die PLO — 281

Levy-Hass, Amira — Rabins Risikospiel — 274

Nassib, Sélim — Israel: Die alte Wunde hat sich geöffnet — 273

Nation

Lodovico, Ludi — Die Nation als Mehrheitenerzeuger und Minderheitenkiller — 276

'Neues' Deutschland

Fach, Wolfgang — Veränderung durch Vereinigung? Das "MODELL DEUTSCHLAND" nach 1989 — 277

Görg, Christoph — Auf der Suche nach dem Kitt für Morgen — 275

Görg, Christoph — Das Neue Deutschland — 271/272

Hirsch, Joachim — Schwerpunktthema: Ein neues Deutschland! Welches? — 274

Hirsch, Joachim — Das neue Deutschland — 274

Krampe, Eva-Maria — Ein auslaufendes Modell — 274

Lodovico, Ludi — Das Möllemann — 273

Lodovico, Ludi — Schrumpfköpfe oder Klugköpfe und über allem die "Aktoren" — 277

Nielsen, Henrik Kaare — Ein schräger Blick aus dem Norden — 274

Röttger, Bernd — Der Sog des Sumpfes. Wirtschaftskrise, Neorassismus — 271/272

Saßmannshausen, Uwe — Thesen zur aktuellen Gewalt gegen behinderte Menschen — 281

Scherer, Wolfgang — Das Existenzminimum im Würgegriff — 278/279

Schlupp, Frieder — Modell Deutschland - Auslauf-Modell oder Schlußverkauf? — 278/279

Ost-Europa

Köhler, Holm-Detlev — "Nichts ist absurd!" Ein Gespräch mit Agnes Heller — 282

McIntyre, Robert J. — Schocktherapie als Wissenschaft getarnt. Jelzins Wirtschaftspolitik — 276

Rjabov, Andrej — Rußland auf dem Weg nach rechts — 275

"Out of Area"

Krell, Gert — Warum ich (k)ein Pazifist bin — 275

Krell, Gert — Gegenrede zum Streit über und im Pazifismus — 276

Ladwig, Bernd; Meier, Oliver — Grenzenlose Einsätze der Bundeswehr? Eine Intervention der ami-Redaktion — 278/279

Lodovico, Ludi — Gesinnungskanone "Verantwortung" — 274

Maier, Dieter — Erst Menschenrechtspolitik, dann die Blauhelme — 274

Müller, Harald — Keine Einhegung der Gewalt ohne kollektive Sicherheit — 275

Nadler, Franz — UNO versus USA - wer bekämpft den Krieg? — 275

Narr, Wolf-Dieter — Zum Scheinrealismus und zur Scheinmoral mancher Friedensforscher — 275

Parteien

Lodovico, Ludi — Schonungslos ins Bodenlose gelabert. Neues aus der SPD-Mailbox — 280

Macke, Carl-Wilhelm — Ab nach Mogadischu. Die Radikalisierung der CSU — 271/272

Maegerle, Anton — "Die Augen nach rechts". Der "wertkonservative" Flügel der CDU ist erwacht — 273

Schneider, Felix — Auch, aber nicht nur. Ein Kommentar zum Artikel über den SPD-Sonderparteitag — 271/272

Schneider, Felix — Im Dschungel der Ziffern und Buchstaben. Zum SPD-Sonderparteitag — 271/272

Teichler, Hans-Hermann — Wann zieht Deutschland in den nächsten Krieg? — 273

Rassismus

Baringhorst, Sigrid — Zwischen Exklusion und Inklusion. Zur sozialen Konstruktion ethnischer Minderheiten in Großbritannien — 276

Eckhard, Franz — Koloniale Vergangenheit nicht verarbeitet. Niederlande verweigern Menschenrechtsaktivist die Einreise — 281

Fahr, Uwe — Demokratie und Rassismus. Zum Frankfurter Kongreß "Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit — 271/272

Klarsfeld, Serge — Was ich in Rostock sah — 271/272

Lutz, Georg — Starb Joy Gardner durch Zufall? Ein Fallbeispiel für den institutionellen Rassismus in England — 281

Rosenzweig, Luc — Grober Klotz und gröberer Keil — 271/272

Schimang, Dieter — Nicht rassistisch zu sein, erscheint als ein Wunder — 271/272

Schneider, Felix — Die Würde des Menschen ist antastbar — 271/272

Schneider, Peter — Das Fremde in uns - die Fremden mit uns — 275

Schulze, Erika — Konstruktion von Einheitlichkeit und Bedrohung. Eine Auseinandersetzung mit EMMA — 281

Störch, Klaus — Zehn Quadratmeter Österreich. Zur Ausländerpolitik in der Alpenrepublik — 281

Rechtsextremismus

Demirovic, Alex — Rechte Schreibtischtäter und neorassistische Ideologie — 278/279

Diederichs, Otto — Ein Scheingefecht: Die Bundesregierung im Kampf gegen Rechts — 271/272

Fahr, Uwe — "Pleiten, Pech und Pannen". Anmerkungen zu Fulda — 280

Hennig, Eike — Die Rückwirkung der REP's. Bemerkungen zur Ethnisierung des politischen Zentrums in der BRD — 281

Hennig, Eike — Safer Democracy: Zur demokratischen Ausgrenzung rechter Wähler — 274

Repression

Lauterbach, Jörg — Bad Kleinen: Die Spuren verblassen — 280

Strunk, Sabine — Lauschangriff als Wunderwaffe? — 280

Rezensionen

Baier, Lothar — "Ich erkläre mich". Louis Althussers nachgelassene Autobiographie in Frankreich erschienen — 271/272

Bonavita, Petra — Donna Sicilia — 281

Fahr, Uwe; Pilgrim, Christoph — "Make Gulfwar not love!" (Klaus Schönberger, Claus Koestler) — 280

Hirsch, Joachim — Öko-Anarchismus (Murray Bookchin) — 280

Kern, Peter — Spielarten der Anarchie (Ulrike Heider) — 280

Krampe, Eva-Maria — Wider die Differenz (Claudia Pinl) — 278/279

Lodovico, Ludi — "Das Ghetto kämpft" (Marek Edelmann) — 280

Maier, Dieter — Gegen die billige Versöhnung (David Becker) — 275

Oppenheimer, Christa — Und ich hab' sie ja nur auf die Schulter geküßt - Tatort Arbeitsplatz (Ulrike Gerhart u.a.) — 277

Oppenheimer, Christa — Frauen im Ost-West-Dialog (Christine Kulke, Heide Kopp-Degethoff, Ulrike Ramming) — 281

Schmidt, Richard — Letzter Unwille — 281

Stohler, Martin — Schweizer Armee - Geistige Achtungstellung nicht mehr selbstverständlich (Andreas Gross u.a. / Josef Lang) — 277

TheoretikerInnen

Giegel, H.J. — Zur Erinnerung an Renate Damus — 271/272

Jansen, Peter-Erwin — Propheten der Täuschung. Zum Tode Leo Löwenthals — 274

Macke, Carl-Wilhelm — Ein Leben im Schatten von Tragödien. Zum 80. Geburtstag von Eduard Goldstücker — 277

Perels, Joachim — Christian Riechers (1936-1993) - Ein Vermittler des italienischen Marxismus — 282

Winter, Jens — Bericht eines Todes. Zum 90. Geburtstag Th.W.Adornos — 281

USA

Cohen, Joshua; Rogers, Joel — Clintons Sieg — 273

Ely, John — The "Next Generation"? Willkommen an Bord des "Guten Schiffes USA" — 273

Ely, John — Ein Jahr Clintonomics. Auch dazwischen ist daneben. — 280

Esser, Josef — Bill Clintons 'neuer Bund' für den Werkplatz Amerika — 273

Fach, Wolfgang; Ringwald, Annette — Postmoderne Stammesfehden — 273

Marcuse, Peter — Clinton - ein zweiter Bush — 280

Scherrer, Christoph — Das Ende des "ökonomischen Altruismus" der USA — 273

Widerstand

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe / Mittlerer Neckar — Medien-Randale I — 273

Autonome A.F.R.I.K.A. Gruppe / Mittl. Neckar — Medien-Randale II. Weitere Fragen politischer Praxis — 281

Autonome l.u.p.u.s.-Gruppe — VerKOHLte Leichen oder der anständige Rassismus — 271/272

Hirsch, Joachim — Deutscher Herbst — 271/272

Klusmeyer, Gerd — Politische Gefangene in der BRD. 22 Jahre Isolationshaftbedingungen und Sondermaßnahmen — 276

Lauterbach, Jörg — Rebellion ist berechtigt. Zur Demonstration am 8.11.92 in Berlin — 271/272

Lauterbach, Jörg; Kunz,Thomas — "Wir wollen keinen Bandenkrieg" — 274

N.N. — "Die Faschisten sitzen in den Parlamenten und wir vor Gericht" — 274

Zuber, Peter — Widerstand im Rechtsstaat. Die Bewegung für Privat- und Kirchenasyl in der Schweiz — 275

Betr.: links 2/94

„Von Politik und Staubsaugern"

Mit Interesse haben wir den Artikel der Autonomen Mittwochsgruppe Frankfurt gelesen, der bereits in Form eines Flugblatts an der Frankfurter Uni Aufsehen erregte und sich mit der Politik der *Linkswende* kritisch auseinandersetzt.

Zunächst einmal müssen wir uns wohl bei den drei Mitgliedern der Mittwochs-Gruppe dafür entschuldigen, sie mit „noch nicht politisierten oder politisch eingebundenen", möglichst „unkritischen 'Opfern' verwechselt zu haben, auf die wir es normalerweise abgesehen haben. Daß sie zudem ausgerechnet für eine unserer Veranstaltungen an einem Mittwoch angeworben wurden, weshalb das Autonome Gruppentreffe dann wohl ins Wasser fiel, war natürlich nicht beabsichtigt – vielleicht erklärt sich aber hieraus ihr Engagement.

Inhaltlich stimmen wir trotz basisdemokratischer Bemühungen leider nicht mit den Autoren überein, obwohl sie offenbar ganze Forschungsprojekte gestartet haben, um nachzuweisen, daß „jeder Anspruch von Emanzipation und Kritik der bestehenden Verhältnisse" bei uns ins Gegenteil verkehrt würde, „indem die herrschenden autoritären Strukturen und das allumfassende zur-Ware-werden vollkommen unkritisch reproduziert werden." Die intellektuelle Brillanz und Scharfsinnigkeit solcher Passagen läßt sogar Joachim Hirschs Artikel auf der gleichen Seite in der *links* zur Fußnote erblassen. Wir empfehlen, das „allumfassende zur-Ware-werden" auf jeden Fall mittwochs weiter zu diskutieren, denn hieraus entstehen möglicherweise ein neuer autonomer Ansatz und Strategien, wie das nächste Mal ein Uni-Streik erfolgreich organisiert werden kann. Wer weiß, vielleicht kommen wir auf diesem Weg zu einem Konsens.

Positiv finden wir, daß zumindest einige Ausgaben unseres Magazins Novo angelesen wurden, auch wenn die Wiedergabe des Inhalts offensichtlich sehr schwergefallen ist. Das Problem mangelnder Konzentration bei gemeinsamen Mittwoch-Abend-Lesungen zeigt sich am deutlichsten bei der Vorstellung unseres Gründungsdokuments *Mythen Knakken*, über dessen Inhaltsangabe die Autoren wohl an einem langen Abend eingeschlafen sind und aus Angst vor der „Arbeiterklasse" und neuen „Klassenkämpfen" in Alpträume versetzt wurden.

Da wir davon ausgehen, daß in Kreisen der Mittwochs-Gruppe bedauerlicherweise nur wenig Bereitschaft besteht, unsere „präzisen Analysen" zu erfassen, könnte vielleicht die *links*-Redaktion einige Nachhilfediskussionen vermitteln. Mitherausgeber Elmar Altvater oder Redaktionsmitglied Joachim Hirsch könnten beispielsweise einen Mittwochs-Plausch über das Verhältnis von Staat und Politik anbieten – ein Thema, mit dem sie sich immerhin schon seit den siebziger Jahren befassen. (...)

Einige kritische Denkanstöße möchten wir auch der *links*-Redaktion mit auf den Weg geben. Uns bedrückt vor allem die diskriminierende Überschrift des Artikels, die Ihr anscheinend ohne ausführliche Diskussion übernommen habt. Glaubt Ihr nicht, daß sich ein Staubsaugervertreter persönlich angegriffen und in seiner Identität verletzt fühlen muß, wenn Ihr pauschal alle Staubsaugervertreter mit uns auf eine Stufe stellt? Die *Linkswende* hat nichts gegen Staubsauger und auch nichts gegen Staubsaugervertreter (...).

THORSTEN MILTO
FÜR DIE *LINKSWENDE*

Betr.: links, 3/94

Zwischenruf aus der Station Geriatrie

Zu: Jörg Lauterbach, Die Neue Linke – Fetisch und Alterskrankheit der *links*

Das hat aber gesessen, da geht es Schlag auf Schlag, und wo der Feind steht, ist sowieso klar. Zum Glück schreibe ich nicht mehr mit Griffel, sonst wäre er mir längst vor ehrfürchtigem Schreck über soviel Klarheit entfallen. Zunächst einen kleinen Happen für das hungrige Tier Vorurteil: der Artikel hat mich betroffen gemacht. Warum? Ich hielt bisher eine solche Anpassungsleistung an den sogenannten Zeitgeist zumindest in der *links* für unwahrscheinlich bis unmöglich.

Anpassung meint, daß Jörg Lauterbach, den ich aus vielleicht noch einsehbaren Gründen nicht zu JL verkürzen möchte, sich elegant gleich an mehrere Erfordernisse herrschender Wortwäscherei anschmiegt:

● Abkürzungssucht ist eine davon, und ihre Beweggründe sind die perfektioniert gleichen, die ein gewisser H. Marcuse vor 30 Jahren ins Gedächtnis rief, nämlich Verschleierung.

● Mit der Benutzung einer militarisierten Sprache (Front((vor))-stellung, Ausrichtung, Abgrenzung) zu durchaus denunziatorischen Zwecken erliegt Jörg Lauterbach gerade der „Brutalisierung der Verhältnisse", die er doch beklagen will. Und nebenbei pflegt er den staatsanwaltlichen Stil, der von ihm doch verschmähten Seiten des bürgerlichen Feuilletons, indem der Begriff „GenossInnen" einmal im ganzen Artikel auftaucht: zur Charakterisierung derjenigen, die sowieso an der ganzen Publikationsmisere schuld sind. Wie überhaupt Anprangern ein ganz wichtiges Interesse des Artikels zu sein scheint. Dazu dienen auch geflissentliche Ausflüge in die Biologie, dorthin, wo das Milieu pilzt und pelzt.

● Bereitwillig bedient sich der Autor auch mit Etiketten aus beliebiger linker Diskussion: „fundamental", „Praxiszusammenhang", „Alternativen", „Geschichte", „Subjekt", „radikal", „Differenzierung". Freilich scheinen ihm im Eifer des Gefechts die Gebrauchsanleitungen zu den Etiketten öfter abhanden gekommen zu sein.

Jörg Lauterbach spricht von „Verlust... ehemals eindeutiger politischer Frontstellungen", die es wiederzugewinnen gälte. Wenn ich nicht die ganze Zeit eine andere Zeitung gelesen habe, war es wohl doch gerade der Versuch der *links*, eben nicht Fronten zu zementieren, sondern ein Forum zu deren politisch produktiver Auflösung bereitzustellen. Die naive Vorstellung, mit dem Hinkümmern der Neuen Linken und dem Wandel des politischen Umfeldes sei der Gegenstand linker politischer Publizistik verschwunden, kann nur derjenige entwickeln, der die *links* immer schon als Bewegungsblatt mißverstanden hat. Dann allerdings benötigt man auch Frontlinien, Vorfelder und Aufmarschgebiete, wo dann zackig das Profil ausgerichtet wird (auf dieses Passiv lege ich Wert).

Gerade weil es kein Bewegungsblättchen war, auch keins „gefrusteter Sozialdemokraten" (igittigitt), konnte bisher das Objekt der theoretischen Begierde die „zunehmende Barbarisierung der kapitalistischen Gesellschaften" sein, und, was essentiell ist, eben *nicht nur* kapitalistischer. Ich hoffe, daß diese wesentliche Bestimmung bei einer sich wandelnden *links* nicht untergeht.

Ich stimme Jörg Lauterbach zu, daß es wichtig ist, auch auf bisher eher randständig behandelte Themen wie die aktuelle Entwicklung der „radikalen Linken" verstärkt einzugehen und deren Aktivitäten zu berichten. Was ich für jedoch ebenso wichtig halte, ist das Beharren auf theoretisch geprägter Analyse und Diskussion in einer Zeit, in der im Verlauf der brachialen Herstellung des Allgemeinen (besonders hier in der Republik) ein wichtiges Herrschaftsthema die Zerschlagung schon der sprachlichen Instrumente zur Charakterisierung der herrschenden Verhältnisse ist. Das macht sich, wie so oft, zuerst an der Peripherie bemerkbar.

Erinnern und festhalten müssen wir, so meine ich, daß der herrschende Begriffsimperialismus nicht umsonst mit solchem gigantischen finanziellen Aufwand (TV, neue Medien) betrieben wird, auch damit bloß nicht mehr seine Existenz, geschweige denn seine Ursachen benannt werden können.

Sprachlosigkeit wird so erst fabrikmäßig erzeugt, um – im Extrem – ihre Opfer bei Bedarf als Gewalttäter denunzieren oder einsetzen zu können (Skins). Die Methoden des unmittelbaren Zuschlagens nähern sich rasant an, so daß sich meines Erachtens die regierungsoffizielle Begeisterung für Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr und die übers gelungene Heimeabfackeln der Neonazis nur mehr graduell unterscheiden.

Das Stichwort „Radikalität" erhält in diesen Kontexten, so denke ich, einen anderen Sinn als den vom Autoren angesprochenen. Mißverständlich scheint mir, es für radikal zu halten, wenn radikal sich nennende Gruppen sich sprachlich ungestüm und zudem ungenau gebärden. Sie unterliegen damit zunächst genau dem Terror der Unmittelbarkeit, den sie bekämpfen wollen. Das scheint mir denn doch eher Oberfläche als Wurzel zu sein. Und daß allein die Tatsache, nicht gleich die vorgetragene Meinung fürderhin zum alleinigen Thema zu machen, als Ausweis von repressivem Pluralismus dienen soll, kann nur jemand mit ausgeprägt dogmatischem Glaubensanspruch behaupten. Dann sind natürlich auch wieder Frontstellungen wichtig.

Ich fürchte nur, daß Repression von einer ganz anderen Seite droht: nämlich der, daß allein der öffentliche Gebrauch kritischer Vernunft mit dem bequemen Hinweis auf „Sozialismus", „Stasi" oder wie immer das Feindbild benannt ist, daß also allein die Verwendung kritischer Begriffe Sanktionen nach sich zieht. Aus diesem Grund halte ich mein Einhaken an sprachlichen Formulierungen auch nicht für ephemer.

Nicht nur in der gerade erst untergegangenen DDR hat das prima funktioniert, sondern auch vor einigen dreißig Jahren bei uns: hier war es nämlich geboten, Postkarten mit „Grüßen aus Trier, der Geburtsstadt von Georg Wilhelm Friedrich Hegel" zu verschicken. Insofern würde ich nicht so voreilig übers Feuilleton herziehen, vielleicht braucht mans ja nochmal.

JÜRGEN SCHMIDT

HEINZ STEINERT

Die Forderung nach Strafe als phantasierte Teilnahme an der Herrschaft

Das 'alteuropäische' und das 'koloniale' Modell von 'Sicherheit'

Nicht zuletzt unter dem Einfluß von zu viel US-amerikanischen Heimatfilmen (herkömmlich 'Western' genannt), Krimis und ähnlichen Männlichkeits-Opern setzt sich auch bei hiesigen Politikern und Polizisten der professionellen wie der Stammtisch-Variante die Vorstellung durch, 'Sicherheit', also eine friedliche Gesellschaft, entstehe durch das Entfernen einiger weniger 'Störer'. Und leider werden es immer mehr, so daß die zuständigen Apparate mit dem zügigen Entfernen gar nicht mehr nachkommen.

Alteuropäisch war diese Idee, eine friedliche Gesellschaft werde durch Hinauswerfen einiger weniger hergestellt, offenbar nicht so plausibel. Hier war Herrschaft immer schon vorausgesetzt, und entsprechend wurden Sicherheit und Ordnung von der 'guten Herrschaft' erwartet und verlangt. Selbst in Hobbes' 'Leviathan', der von einem Zustand der Gesetzlosigkeit ausgeht, wird die Lösung von der Einigung auf eine Herrschaft erwartet und nicht vom Hinauswerfen der 'Bösen'. Solches 'Säubern' ist hier deshalb nicht denkbar, weil alle als im Naturzustand böse angenommen werden.

Die Vorstellung von Gemeinschaftsbildung durch Hinauswerfen der 'Störer' scheint besonders in der kolonialen Situation, etwa der Eroberung des amerikanischen Westens, zu entstehen. In dieser kolonialen Situation, in der auch Rassismus besonders hemmungslos gelernt und gepflegt wird, stellt sich ein anderer als der 'alteuropäische' Zusammenhang her: Die Eroberer verteidigen ihre Beute, indem sie vernichten (lassen), was sich dieser Eroberung widersetzt oder sie sonst gefährden könnte. In dieser Situation gibt es nur Vertreiber und Vertriebene, Räuber und Beraubte – und entsprechend ist 'Sicherheit und Ordnung' nur möglich, indem man selbst zu den siegreichen Vertreibern und Räubern gehört. Erst wenn das sichergestellt ist, kann zwischen den Siegern nach Recht und Gesetz verfahren und so eine friedvolle Gesellschaftlichkeit gelebt werden.

Die europäische Tradition der 'Säuberung' existiert freilich auch. Sie ist aber weniger mit der Herstellung von Gesellschaftlichkeit verbunden als mit der Ausübung von Herrschaft: 'Gesäubert' hat die Kirche in der Verfolgung von Ungläubigen und Hexen, Ketzern und Besessenen, 'gesäubert' wurde in nationalistischen Vertreibungen und Massakern, 'gesäubert' hat der Nazi-Staat in seiner konsequenten Durchführung eines Rassismus, der seit dem 19. Jahrhundert die Phantasien beherrschte, 'gesäubert' haben stalinistische Partei-Diktaturen. Die Verfolgung, Vertreibung, Ermordung von 'Störern' ist in der europäischen Denktradition der Höhepunkt von 'Ordnung', einer wild gewordenen 'Ordnung' um jeden Preis, das Extrem von tyrannisch gewordener Herrschaft. Die 'Sicherheit' einer bürgerlichen Gesellschaft wird so zerstört, nicht hergestellt.

Man kann es auch so sagen: Im alteuropäischen Modell wird zwischen Gleichberechtigten 'Sicherheit und Ordnung' hergestellt, indem sich im 'Gesellschaftsvertrag' alle gleichermaßen einer 'guten Herrschaft' unterwerfen. Sozialer Ausschluß ganzer Kategorien von Menschen ist 'schlechte Herrschaft'. Im kolonialen Modell werden erst einmal alle, die nicht zu den Gleichberechtigten gehören sollen, vertrieben oder umgebracht, damit die Sieger nachher gleichberechtigt zusammenleben können. Sozialer Ausschluß ganzer Kategorien von Menschen ist Voraussetzung von Vergesellschaftung.

Damit korrespondiert eine unterschiedliche Haltung zum Gewaltmonopol: Im alteuropäischen Modell enthält der Gesellschaftsvertrag die allgemeine Entwaffnung der Bürger, die damit die ultima ratio der Gewaltanwendung an die Herrschaft delegieren. Im kolonialen Modell bleiben alle bewaffnet und halten damit zwar auch sich gegenseitig, vor allem aber die möglicherweise wieder auftauchenden Vertriebenen und Ausgeschlossenen in Schach. Damit bleibt die so konstituierte Gesellschaft eine Gesellschaft im Belagerungszustand.

Strafe als Unterwerfung und Ausschließung

Die staatliche Strafgewalt – eine Erscheinungsform des beanspruchten staatlichen Gewaltmonopols – hat damit zwei Zielsetzungen, die unterschiedlich im Vordergrund stehen können. Strafe im 'alteuropäischen' Sinn ist die physische Demonstration von Herrschaft an einer durch sie hilflos unterworfenen Person. Das Prügeln eines ungehorsamen Haustiers oder Leibeigenen durch den Herrn „in sinnloser Wut" wäre das eindeutigste Beispiel. Der Unterworfene soll damit nicht vertrieben oder umgebracht werden – im Gegenteil: Er darf sich nicht entfernen und muß die geforderten Dienste leisten.

Dieses Modell paßt auch gut auf die historisch spätere Situation, in der die Bedrohung von den 'gefährlichen Klassen' ausgeht, auf die man gleichzeitig als Arbeitskräfte angewiesen ist. Sie sollen durch die staatliche

Strafgewalt beeindruckt, eingeschüchtert, zu gehorsamer Einpassung in die Herrschaftsordnung gebracht werden. Man kann und will sie nicht vertreiben oder eliminieren.

Anders die 'Fremden': Sie erfahren einen gewissen Schutz nur, insofern sie gebraucht werden. Andernfalls werden sie durch die staatliche Strafgewalt, wenn sie ihr anheimfallen, 'eliminiert' – hinausgeworfen oder umgebracht. Historisch ist das etwa an den Hinrichtungen in den mittelalterlichen Städten deutlich zu sehen, die vor allem 'Fremde' trafen – wer immerhin dazugehörte und damit Fürsprecher fand, konnte begnadigt werden. Es gibt auch die Umkehrung: Wer vertrieben werden sollte, wurde dazu als 'fremd' erklärt – von den Hexen bis zu den Juden.

Freilich darf man das nicht so verstehen, als seien die historisch großen Vertreibungen und Ermordungen per Gerichtsbeschluß geschehen. Einzig die jahrhundertelangen Hexenverfolgungen kommen dem nahe. Ansonsten aber waren es eher militärische oder Verwaltungs-Aktionen, mit denen das begangen wurde. Umgekehrt steht aber die Drohung mit dem sozialen Ausschluß hinter der staatlichen Bestrafung und der von ihr geforderten Unterwerfung – und in Aspekten ist sie auch sozialer Ausschluß: bürgerliche Rechte können verloren gehen, die bei uns gängigen Formen der Bestrafung – Geldentzug und Einsperrung – konfiszieren die entscheidenden Ressourcen der Teilnahme an Gesellschaft, die Einsperrung hat selbst bei gutem Willen fast nicht vermeidbare (Neben-)Folgen von Demütigung und Entmenschlichung (die sich die Eingeschlossenen auch gegenseitig antun).

Staatliche Bestrafungen gehören so selbstverständlich zum Repertoire auch noch der heutigen Formen von Demokratie wie staatlich administrierte Herrschaft und sozialer Ausschluß zu den Grundbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise gehören. Das ist allerdings besonders schamlos dann der Fall, wenn die sozialstaatlichen Abpolsterungen der Härten der Konkurrenz dank einer dafür günstigen Arbeitsmarkt-Situation unter Druck geraten. In einer solchen Situation sind die konkurrierenden Arbeitskräfte selbst geneigt (oder wenigstens versucht), die Konkurrenzsituation durch den Ausschluß bestimmter Kategorien von Leuten ein wenig zu erleichtern.

Den auch nur mäßig abgebrühten Beobachter der menschlichen Gemeinheiten kann es daher nicht verwundern, daß zu den Verheerungen der Phase von 'Reaganomics' und 'Thatcherismus' auch eine neue Unbefangenheit gegenüber Forderungen nach staatlicher Strafe gehört hat. Politiker, die da mit gutem Kraftmeier-Beispiel vorangehen, finden sich ohnehin immer. Ausritte gegen 'Wirtschafts-Flüchtlinge', 'Sozial-Schmarotzer' und 'Asyl-Betrüger' geben die Kategorien vor, in denen angebliche Konkurrenten um Sozialleistungen aus dem Feld geschlagen werden sollen. Die Umsetzung in 'Ich bin stolz, Deutscher zu sein' faßt das nur großflächig zusammen: In der Staatsbürgerschaft soll festgelegt sein, wer zum Genuß von staatlichen Leistungen (und zur Konkurrenz um wirtschaftliche Möglichkeiten) zugelassen wird.

Die Forderung nach Strafe als taktisches Spiel?

Forderungen nach staatlicher Strafe sind in der Politik auch ganz banal beliebt, weil sie kräftig klingen und nichts kosten. Wann immer das Volk zu irgendetwas veranlaßt werden soll und man nicht weiß, wie das erreicht werden kann, droht man mit einer Strafe. Manchmal schließt sich das Gelächter unmittelbar an: z.B. wenn Gesundheitsminister das Nichtrauchen durch Strafen fürs Rauchen befördern wollen (in Österreich gab es sogar einen – schnell aufgegebenen – Vorstoß des einschlägigen Ministers, Frauen für Rauchen in der Schwangerschaft durch Kürzung der Geburtenbeihilfe zu bestrafen). In anderen Fällen ist die Lachhaftigkeit nicht so offensichtlich. Angesichts der Allgegenwart von Strafdrohungen ist es nicht verwunderlich, daß sonst gar nicht so staatsfromme Bewegungen immer wieder selbst auf dieses Manöver hereinfallen. Wenn man selbst gerade gestraft werden soll, weist man gern auf den gleich gelagerten (oder noch 'schlimmeren') Fall hin, in dem nicht gestraft würde. Das kann übersetzt noch heißen, daß man beide, den anderen und sich selbst, nicht gestraft sehen möchte. Durchaus sinnvoll könnte es sein, das deutlich zu sagen, wenn es denn so gemeint sein sollte: Nicht 'Kümmern Sie sich erst um die wirklichen Verbrecher (bevor Sie mich abstrafen)', sondern 'Nachdem Sie nur exemplarisch und willkürlich strafen können, bin ich nicht bereit, das willkürlich ausgewählte Exempel abzugeben'.

Wo Strafen für 'die Anderen' gefordert werden, zu denen man sicher nicht gehört, wird diese Übersetzung freilich nicht möglich sein. Wenn 'Linke' strenge Strafen für 'Rechte' fordern oder Frauen für Männer, wollen sie zwar auch die Justiz vorführen, die auf dem jeweiligen Auge blind (oder doch kurzsichtig) sei – aber das Ziel ist kein Verzicht auf Bestrafung von 'Linken' oder Frauen. Hier geht es einfach und schlicht um strengere Strafen. Womöglich wird auch noch von 'Signalen' geredet, die gesetzt werden müßten – weil man ja aufgeklärt weiß, daß staatliches Strafen als Gesellschaftssteuerung nicht sehr wirkungsvoll ist und also 'Ideologieproduktion mit Menschenopfern' darstellt.

Es gibt ein sehr einfaches Kriterium dafür, ob eine bestimmte gesellschaftliche Aktion oder Forderung 'befreiend' ist oder eher 'unterdrückend': ob sie staatliche Interven-tionsformen nachahmt oder neue, gesellschaftlich autonome Formen findet, um ihre Ziele zu erreichen. Deshalb sind private Steckbriefe oder Vigilanten-Gruppen unakzeptabel. Gesellschaftlich sind Verhandlungen und Ausgleiche, gesellschaftlich ist der Zusammenhalt einer solidarischen Gruppe, die einen Sachverhalt skandalisiert, gesellschaftlich sind Subversion und Unterschleif gegenüber Macht und Herrschaft, gesellschaftlich ist die Ablehnung von Abstraktionen und das Achten auf konkrete Leute und ihre Befindlichkeiten. Umso weniger Ausreden kann es für die Forderung nach staatlichem Strafen geben: Sie ist die Phantasie gewöhnlich derer, die ohnehin schon einige Macht haben, an der staatlichen Herrschaft teilhaben zu können – auch um den Preis von 'Menschenopfern'. ●

Heinz Steinert ist Professor am FB Gesellschaftswissenschaft der Universität Frankfurt

HELGA CREMER-SCHÄFER

Gewaltige Moral-Panik

Die 'ständig steigende Kriminalität' und die 'wachsende Gewaltbereitschaft' bedroht das 'Sicherheitsgefühl der Deutschen'. Die Verbrechensfurcht hat sich in den 'Charts der Angst' die Spitzenposition zurückerobert, so verlautbaren es, gestützt auf Meinungsforschung und Polit-Barometer, zumindest populäre Medien. Die Verbreitung polizeilicher 'Lagebeurteilungen' über den Zustand von Gesellschaft und Staat und die Inszenierung von 'Sicherheits-Paniken' zielt schon seit gut 25 Jahren ganz instrumentell auf das Einklagen von mehr Planstellen für die Polizei, von mehr Überwachungstechnik; es zielt auf die Ausweitung von Befugnissen oder auf die Durchsetzung von 'schnellem Prozeß'. Politiker als Adressaten solcher Inszenierungen haben ihr eigenes Interesse an Sicherheits-Paniken: warum sollten sie sich, insbesondere zu Zeiten eines entgrenzten Populismus, nicht als Schutzmacht anbieten? Wenn das nur die einzigen Folgen der Politik mit 'Kriminalität' und 'Gewalt' wären...!

Heute wird insbesondere mit dem Reden über 'Kriminalität' und über 'Gewalt' darüber verhandelt und bestimmt, wer 'der Gesellschaft' (oder schlicht 'uns') die Probleme macht, wie darauf reagiert werden kann und welche Grenzen von Integration und Ausschluß gelten: Wer muß und darf ausgeschlossen werden, um innere Solidarität herzustellen. Das Kriminalitäts- und Gewaltthema ist wie kein anderes geeignet, die Armen (oder modischer ausgedrückt: die 'Modernisierungsverlierer'), 'die Jugend', 'die Ausländer' und die 'Asylbewerber' als 'Problem' und 'Gefahr' für die Ordnung von Gesellschaft und Staat zu definieren.

'Jugend', 'politische Extremisten', 'chaotische Gewalttäter', 'skrupellose Dealer', 'Ausländerbanden', 'Straßenkriminalität', 'Organisierte Kriminalität', alles diente seit dem Ende der 60er Jahre wechselweise dazu, Bedrohungslagen und Krisenszenarien zu konstruieren. Daß sich Sicherheits-Paniken so hartnäckig halten, ist eine Folge davon, daß im System des politischen Liberalismus staatliche Überwachungs- und Ausschluß-Politik nicht so einfach durchzusetzen ist. Polizeiliche Kontrolle und staatliches Strafen brauchen besondere Legitimation. Die Gegenstrategie zu diesem Versuch, gewaltförmige und repressive Eingriffe des Staates zu reduzieren, ist die Dramatisierung von 'Kriminalität' und 'Gewalt' durch Sicherheitsapparate zur Bedrohungslage. Problematisch ist eigentlich nicht, daß immer wieder ein neues Verbrechen gefunden wird. Was wir seit zwei drei Jahren in der öffentlichen Diskussion erleben, ist eine Intensivierung einer schon jahrelang stattfindenden 'Panik'. Im Kontext der Fremdenfeindlichkeit, der Bilder von den 'Asylantenfluten', von der Bedrohung 'unseres' Sozialstaates durch 'parasitäre Mißbraucher', wird 'Kriminalität' nun zum Objekt einer Phobie des Bürgers gemacht. 'Drogenhandel', 'Straßenraub', 'Organisiertes Verbrechen', 'Jugendgewalt' transportieren den Mythos, Wirtschaft, Volkskörper und Alltag würden durch das 'Kriminelle' und das 'Fremde' durchdrungen. Sicherheits-Paniken arbeiten bevorzugt mit Kriminalitätsnachrichten und 'der Kriminalität' als abstrakter statistischer Größe. Tägliche Pressemitteilungen der Polizei und ihre viertel-, halbjährlichen und jährlichen Zahlenwerke werden durch die Medien unterhaltsam zur Schreckensstatistik aufbereitet: Die Zahl der statistischen Trugbilder ist begrenzt, sie sind altbekannt, aber immer wieder eindrucksvoll.

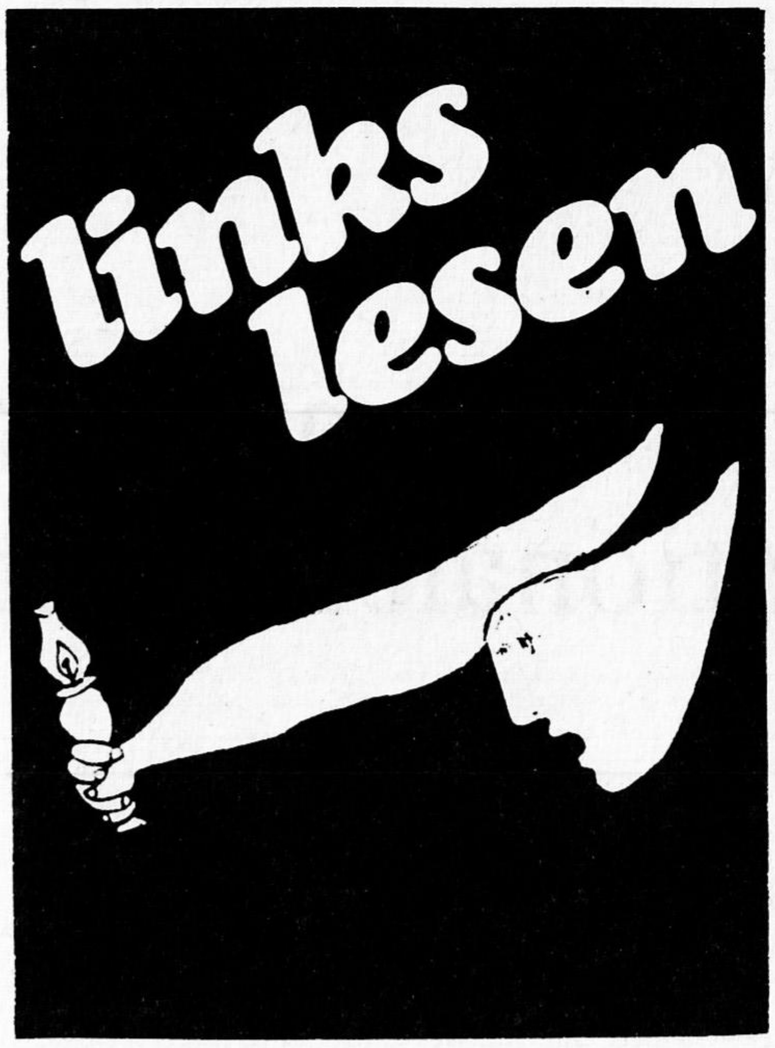
Die 'Landkarte der Angst' weist z.B. Frankfurt schon Jahre als 'Zentrum der Kriminalität' aus, aber weshalb steht Oldenburg an zweiter Stelle, deutlich vor Hamburg? Weshalb wird außerhalb des Zentrums der Kriminalität am meisten vergewaltigt (so soll es in Bremen sein), weshalb behaupten sich Berlin, Lübeck und Braunschweig als die Städte mit der 'größten Gewalt'? Wie kommt es, daß Leipzig und Schwerin als die 'Autoknackerstädte' gelten und in Hamburg am meisten eingebrochen wird? Wenn sich nicht mehr verbergen läßt, daß die 'Kriminalitätsbelastung' durch 'ausländische Arbeitnehmer' leicht abgenommen hat, können wir ziemlich sicher sein, daß eine neue Gruppe 'hochbelasteter' Fremder ausfindig gemacht wird: die Gefährlichkeit der 'nichtintegrierten Asylanten' und der 'jungen Immigranten' wird der aufgeweckte Journalist doch nicht tabuisieren! Die Bedrohungsszenarien des polizeilich-publizistischen Dramatisierungsverbundes beruhen auf der Sicherheit, daß das Publikum und die Politiker die Rechenoperation nicht mit den Risiken des Lebens vergleichen. Die 'Kriminalitätsuhr' (alle 1,3 Minuten ein Ladendiebstahl, alle 11 Stunden ein Mord, ist besonders beliebt, ein Bedrohungsgefühl unabhängig von Schadensrisiken zu produzieren. Ihr steter Rhythmus drängt das Gefühl auf, mit jedem Schlag der eigenen Bedrohung näher zu kommen. Der Trick beruht darauf, eine mit der Bevölkerungszahl wachsende Anzahl von kriminalisierbaren Ereignissen und Anzeigen auf das Zeitbudget einer Person zu beziehen: Zahl der Delikte, die in Bad Vilbel, in Frankfurt, in Bonn, der gesamten Republik, auf der Welt passieren, werden immer durch 365 Tage, durch 52 Wochen, durch 24 Stunden, durch 60 Minuten dividiert. Das wird als das Risiko einer jeden Person ausgegeben, so als ob sie gleichzeitig an jedem Ort, in jeder sozialen Situation sein könnte. Das stellt die Wahrnehmung her, daß 'die Bevölkerung' über alle Grenzen der sozialen und politischen Klassen, der Geschlechter, der Regionen und der Generationen hinweg bedroht sei.

Wie kritisch professionelle ErzieherInnen, Soziale-Probleme-Berufe, sanfte Kontrolleure und die Wissenschaften davon oder die Intellektuellen auch immer sein mögen, die im polizeilich-publizistischen Dramatisierungsverbund geschaffenen Kriminalitäts- und Gewaltwellen nehmen sie (meist) als 'die Wirklichkeit'. Die fabrizierte Wirklichkeit, die bedrohte 'Lage der Nation' wird für manche politische und professionelle Reform-Fraktionen zwar Anlaß, alte Reformprojekte zur Sprache zu bringen und mal wieder auf die Notwendigkeit von Bildungs-, Jugend-, Arbeitsmarkt- oder Familienpolitik zu verweisen. Das ist sicher gut gemeint. Aber die Klage über die sozialen Probleme kippt regelmäßig um in eine über Personen, die zwar Probleme haben mögen, die aber aktuell 'uns', 'der Gesellschaft' und 'dem Staat' solche machen. Erst Moral-Paniken arbeiten aus, von welchen gesellschaftlichen Gruppen die Gefahren kommen. Erst damit wird besiegelt, daß wir ein Ausländerproblem hätten, daß Armut (wahlweise auch Arbeitslosigkeit, die Scheidungs- oder die unvollständige Familie, die gefühlskalte Mutter) eine Brutstätte für Kriminelle und Gewalttäter

seien. Erst die Prädestinationslehren und Ursachen-Theorien der psycho-sozialen und intellektuellen Diskurs-Teilnehmer diskreditieren die Verarmten, die Jungen, die Nichtintegrierten sozial und bringen sie auch noch in der Moral-Hierarchie auf die niedrigste Stufe. Polizei und Politik alleine könnten das 'Policing the Crisis' (Stuart Hall) nicht bewerkstelligen. 'Policing the Crisis' beschreibt die Transformation sozialer Konflikte in moralische Kämpfe. Durch die Verdichtung des Etiketts 'Gewalt' mit dem der 'Kriminalität' werden aus traditionellen 'Folk-Devils' 'gefährliche Subjekte' und 'Störer gesellschaftlicher Ordnung' geformt, deren Ausgrenzung Konsens schafft und den Widerstand gegen Arbeitslosigkeit, Sozialstaatsabbau und Armut in Grenzen hält.

Das Muster, nach dem 'Kriminalitäts-' und 'Gewaltdebatten' geführt werden, ist eine Hinterlassenschaft der Anti-Terrorismus-Kampagne und der 'Sympathisanten'-Debatte. Beide Unternehmungen drehten sich um die Eingrenzung der 'Radikalität' von Emanzipation, Demokratie und Liberalität. Ansetzend am 'gewaltigen Extrem' als der 'Spitze eines Eisberges', konnte recht mühelos über den 'desorganisierten Zustand' gesellschaftlicher Institutionen Klage geführt werden: das reichte von der Familie über die Schule und die Arbeit bis zu den Instanzen der Fürsorglichkeit und Kontrolle. Vielleicht ist es ein wenig in Vergessenheit geraten: Die öffentlichen Anklagen der 'Terroristen' und ihrer 'geistigen Wegbereiter' und Fürsprecher, hat nicht nur die erklärten 'Feinde von Gesellschaft und Staat' ausgegrenzt (und eingesperrt). Es ließ sich ein weiterer Kreis ziehen und öffentlich verhandeln, was die richtig Erziehung wäre, wie Frauenemanzipation auszusehen habe, wie Schule organisiert werden solle, wie Links-Intellektuelle sein dürften (bzw. Jusos), wie radikal die Lehrer. Die 'Sympathisanten-Debatte' diente dazu, die politischen Grenzen von Lebens- und Arbeitsweise und von Befreiungsmöglichkeiten darzustellen. Weil die politischen Grenzziehungen sich der Stellvertreter und Sündenböcke bedienen und in einem normativen Gewand daherkommen, kann man dies als 'Moral-Panik' bezeichnen und als 'symbolischen Kreuzzug' interpretieren. Moral-Paniken rufen Herrschaftssubjekte zur Ordnung und schließen alle aus, die sich nicht auf diese Seite stellen. Heute arbeiten ehemalige Grenzgänger der Ordnung die Moral-Panik mit aus.

Wenn Erziehungs-, Psycho- und Soziale Probleme-Professionen oder Intellektuelle sich heute zu Gewalt äußern, deuten sie sie als 'Brutalisierung und Verrohung'. Das Beunruhigende an der 'Gewalt' ist die Vorstellung, sie sei der 'Spiegel der Gesellschaft' oder die 'Spitze des Eisberges' von 'Kulturverfall' oder gar 'molekularer Bürgerkrieg' (Enzensberger). Und wenn erst die Beteiligung am Diskurs, die Beschwörung des Untergangs die 'Allgegenwart der Gewalt'



schafft? Wenn erst die Moral-Panik die Angst und Hilflosigkeit verbreitet, die so empfänglich macht für die Unterstellung unter autoritäre Schutzmächte, weitere Sicherheits-Paniken und eine faktische Law and Order-Politik?

Das Etikett der 'Gewalt' ist nützlich wegen seiner Abstraktheit. Aber, was haben: Männer, die ihre Frauen mißhandeln, Jugendliche, die randalieren, Migranten-Gruppen, die sich bis auf das Messer befehden, Mütter, die ihre Kinder verhauen, Schüler, die boxen, Skins, die Fremde und Linke bis zum Tod prügeln und Häuser anzünden, Kids, die Horror-Videos konsumieren, Vierjährige, die im Kindergarten Dreijährige beißen, nordafrikanische Straßenräuber und die brutale jugendliche Erpresserin gemeinsam? Nichts; es kann uns nicht einmal alles gleichermaßen moralisch empören. Wer unbedingt eine Gemeinsamkeit finden will, muß sich auf eine so abstrakte Ebene begeben, daß nur noch übrig bleibt, alle müßten ein 'Defizit an Menschlichkeit' haben. Die moderne Version des 'Bösen' im Menschen ist die unzivilisierte 'Brutalität und Verrohung'. Weil unter 'Gewalt' inzwischen alles paßt, wird sie auch allgegenwärtig. Als Verstärker wirkt, daß alle, die sich als 'verantwortliche Menschen' fühlen, sich auch in die Debatte einschalten, um sich damit als verantwortliche und 'gute' Menschen zu beweisen. LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ReporterInnen, WissenschaftlerInnen aller Disziplinen, Seelsorger, Mütter, Elternbeiratsvorsitzende, Polizisten, MinisterInnen, echte und reuige 68er, die 'Gewaltkommission' der Bundesregierung und ihre Kritiker, die bayerische Gewaltkommission, die Experten des Hearings vom Jugendhilfeausschuß, die Fachtagung der ErziehungsberaterInnen, die Akademietagung, die angehörten ExpertInnen des Ausschusses für Frauen und Jugend, die Teilnehmer der Podiumsdiskussion der Schülervertretung, die Prominenten der Talk-Show – alle reden über die Gewalt (der anderen). Kein Medium, das nicht das Thema aufgegriffen hat: – Vor allem das Reden über Gewalt ist allgegenwärtig und so ist die Frage notwendig, ob nicht das die 'Allgegenwart von Gewalt' konstituiert?

Ohne 'Aufklärung' über die Mechanismen von Moral-Paniken wird es nicht möglich sein, sich aus dem Netz der Herrschaft zu befreien. Die Knoten des Netzes bestehen in der Unterstellung, Kriminalitätsanzeigen seien ein Symptom für die Verbreitung und Zunahme von Bedrohung, von unerwünschten und auszumerzenden Zuständen und der moralische Wert einer Gesellschaft würde sich in ihrer Stärke ausdrücken, abweichende Personen und 'Außenseiter' unter Kontrolle zu halten. Mit Moral-Paniken bringen sich viele 'Retter' ins Gespräch und rangeln um die letzten Ressourcen für eine Politik des Sozialen, meist wird aber nur der Pädagogisierung und Familialisierung von Konflikten das Wort geredet. Dadurch wird das Gewaltproblem individualisiert und die Lösung in die 'richtige' Erziehung bzw. in die 'neue' Führungstechnologie verwiesen. Das Kriminalitäts- und Gewalt-Vokabular führt, weil es personalisiert und Konflikte individualisiert, immer wieder zurück zu einem Diskurs, der Individuen beschuldigt, sie mindestens sozial degradiert und versucht, sie moralisch an die Kandare zu nehmen. Im Rettungsversuch der Delinquenten können sich die KlägerInnen in der eigenen Moral wieder 'gereinigt' fühlen: Die aggressionsfreie Gesellschaft wäre möglich, wenn man sie nur (sozial-)arbeiten ließe oder doch wenigstens auf sie hören. Der moderne 'Sonnenstaat', die Ordnungs-Utopie und die funktionalistische Eugenik des Behaviouristen B.F. Skinner lassen grüßen. ●

Helga Cremer-Schäfer ist Professorin am FB Gesellschaftswissenschaft an der Universität Frankfurt.

Buchhinweis:
Eva Kampmeyer / Jürgen Neumeyer (Hg.)
Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme

In diesem Buch nehmen Wissenschaftler und Politiker unterschiedlichster Fachgebiete eine kritische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Politik der Inneren Sicherheit anhand der Aspekte Organisierte Kriminalität, Entkriminalisierung, Strafrechtsformen, Rechtsextremismus und Jugendgewalt vor. Gleichzeitig werden Anforderungen an eine problemorientierte Politik der Inneren Sicherheit formuliert und fortschrittliche Sicherheitskonzepte entwickelt.

AutorInnen: Heidi Alm-Merk, Hermann Bachmaier, Helga Cremer-Schäfer, Benno Hafenegger, Winfried Hassemer, Henner Hess, Werner Lehne, Sönke Manns, Armin Nack, Werner Raith, Karl-Heinz Reuband, Jürgen Seifert, Thilo Weichert.

214 Seiten, DM 24,80, ISBN 3-923126-90-5, zu bestellen bei: AG SPAK Bücher, Adlzreiterstraße 23, 80337 München, Tel. + Fax 089 / 178 28 09

JOACHIM HIRSCH

Vom 'Sicherheits-' zum 'nationalen Wettbewerbsstaat'

Während der Prozeß der Krise und Reorganisierung des globalen Kapitalismus nach dem Ende des Fordismus andauert, unterliegen auch Struktur und Funktion des Staates bemerkenswerten Veränderungen. Zwar zeichnet sich 'der' kapitalistische Staat durch eine Reihe allgemeiner und gleichbleibender Merkmale aus, dennoch nimmt er im Laufe der historischen Entwicklung sehr unterschiedliche Formen an und damit verändern sich auch die Bedingungen für poltisches Handeln recht grundlegend. Einiges deutet darauf hin, daß der für die fordistische Phase des Kapitalismus kennzeichnende 'Sicherheitsstaat' abgelöst wird, den man als 'nationalen Wettbewerbsstaat' bezeichnen könnte.

Grundlage für diese Entwicklung ist die rasche Globalisierung des Kapitalverhältnisses. Dazu gehört nicht nur die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, sondern vor allem auch die fortschreitende Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte und die räumliche 'Flexibilisierung' der Produktion. Weniger denn je kennt das Kapital nationale Grenzen. Ganz entscheidend ist schließlich, daß mit der Krise des Fordismus auch die hegemoniale Position der USA zu bröckeln beginnt. Ihr relativer ökonomischer Niedergang und der Aufstieg konkurrierender Staaten in Europa und Südostasien hat eine erhebliche Pluralisierung des globalen Kapitalismus bewirkt und nicht zuletzt den Zusammenbruch einer halbwegs stabilen internationalen Regulation der Weltökonomie nach sich gezogen.

Die Bedeutung der Nationalstaaten wie auch die Spielräume und Zielsetzungen 'nationaler' Wirtschafts- und Sozialpolitik sind durch diese Entwicklung erheblich verändert worden, was seinen ideologisch-programmatischen Ausdruck im herrschenden Neoliberalismus findet. War der Fordismus zumindest in den kapitalistischen Zentren noch durch die Existenz relativ homogener national-ökonomischer Räume und ein hohes Maß an nationalstaatlicher Regulierung der ökonomisch-sozialen Strukturen und Prozesse gekennzeichnet, so hat sich dies inzwischen einschneidend verändert. Am sichtbarsten wird das daran, daß die nationalen Regierungen weitgehend die Kontrolle über die Wechselkurs- und Geldpolitik verloren haben. Den Zwängen der globalen Kapitalbewegungen immer unvermittelter ausgesetzt, steht die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik unter dem zunehmenden Zwang, die Verwertungsbedingungen ihres 'Standortes' in der internationalen Konkurrenz zu optimieren. Was dies bedeutet, ist bekannt: Abspecken des Sozialstaats, 'Flexibilisierung' der Lohnarbeit, Privatisierung und Deregulierung, Minimierung ökologischen Standards.

Damit bildet sich eine Form des Staates heraus, die in deutlichem Kontrast zum fordistischen 'Sicherheitsstaat' steht. Ungeachtet vieler nationaler Unterschiede war dieser tendenziell durch eine bürokratische Institutionalisierung des Klassenkonflikts (sozialpartnerschaftliche Verhandlungs- und Regulierungsstrukturen, 'konzertierte Aktionen') und eine weitreichende staatliche Steuerung der ökonomischen und sozialen Prozesse (integrative Sozial-, Einkommens- und Beschäftigungspolitik) gekennzeichnet. Der Staat fungierte zumindest dem Anspruch nach als umfassender Gesellschaftsorganisator: die kapitalistische Marktindividualisierung sollte bürokratisch aufgehoben werden, die politische Integration zielte, gestützt auf reformistische 'Volksparteien' und starke Gewerkschaften, auf eine breite, klassenübergreifende 'Mitte'. Die gegenüber diesem korporatistischen Block ausgegrenzten sozialen Gruppen blieben politisch kaum artikulationsfähig, konnten sozialstaatlich einigermaßen versorgt werden und waren dadurch leicht unter Kontrolle zu halten. Eine auf kontinuierliches Wachstum gegründete staatliche Verteilungspolitik, Egalisierung und bürokratische Normalisierung waren die Grundprinzipien des herrschenden Integrationsmodells. Der Begriff Sicherheitsstaat hatte dabei eine durchaus zwie-schlächtige Bedeutung: Eine dem Anspruch nach umfassende materielle Sicherungspolitik verband sich, gestützt auf etatisierte Parteien und Gewerkschaften sowie flankiert durch staatliche Repressions- und Überwachungsapparate, mit ebenso ausgreifenden politischen Präventions- und Kontrollstrategien. Die Gewährleistung von 'Normalität' gegenüber politischer und sozialer 'Abweichung' war das autoritäre, aber auf einen relativ breiten Konsens gestützte Leitprinzip gesellschaftlicher Stabilisierung. Heute zeigt sich allerdings, daß diese Form des 'autoritären Etatismus' (Poulantzas) ein spezifisches Merkmal des Fordismus war und unter anderen ökonomischen Bedingungen eine durchaus veränderte Gestalt annehmen kann.

Der 'postfordistische' Wettbewerbsstaat zeichnet sich demgegenüber gerade durch den Verzicht auf umfassende materielle Integrationsstrategien und durch vielfältige gesellschaftliche Spaltungsprozesse aus, die nun teilweise selbst bürokratisch organisiert und vorangetrieben werden. Statt bürokratischer Normalisierung, Standardisierung und Gleichheit sind Individualismus, Differenz und entfesselte Marktfreiheit zu herrschenden Werten geworden. Der Staat hat infolge des Globalisierungsprozesses einen wesentli-

chen Teil seines interventionistischen Instrumentariums eingebüßt und 'Standortsicherung', d.h. die Herstellung optimaler Verwertungsbedingungen für das internationale Kapital in der zwischenstaatlichen Konkurrenz, ist zur politischen Leitmaxime geworden. Dies bedeutet die Rücknahme sozialer Sicherungen, die Forcierung gesellschaftlicher Spaltungsprozesse und den Verzicht auf umgreifende Massenintegrationsstrategien. Der Autoritarismus des Wettbewerbsstaates drückt sich immer weniger im Wirken einer komplexen bürokratischen Kontrollapparatur aus, sondern darin, daß 'demokratische Willensbildung' immer stärker an den 'Sachzwängen' der nationalen Standortpolitik aufläuft und fortschreitende gesellschaftliche Polarisierungen die egalitären Mindestvoraussetzungen einer halbwegs funktionierenden politischen Demokratie zu zerstören beginnen. Die durch staatliche und quasi-staatliche Bürokratien kontrollierte Demokratie weicht der 'entpolitisierten', parlamentarisch verkleideten Marktgesellschaft.

Damit zerbricht der für den 'Sicherheitsstaat' charakteristische, durch bürokratisch institutionalisierte Interessenvertretung abgestützte Wachstums- und Fortschrittskonsens. Nicht mehr die korporativ ausgehandelten Interessen der herrschenden Wachstumskoalition, sondern die 'Sachzwänge' der internationalen Standortkonkurrenz rechtfertigen die herrschende Politik. Der Legitimationsdiskurs wird gewissermaßen internationalisiert: die herrschende Politik erscheint angesichts der nicht mehr hinterfragbaren Zwänge des Weltmarktes als alternativlos.

Die bisher existierende Form der oligarchischen Parteiendemokratie wird dadurch von zwei Seiten her in Frage gestellt: parteienstaatliche 'Willensbildungsprozesse' laufen soweit sie den Weltmarktzwängen entgegenstehen, zunehmend ins Leere und die soziale Basis des 'Volksparteienstaats' fällt auseinander. Dies und die zunehmenden internationalen Wanderungsbewegungen führen dazu, daß die Bedeutung von 'Volk' immer ungewisser wird. Die einstmals autoritär stabilisierte Entsprechung von 'Volk' und 'Regierung' geht verloren. Folge davon sind die Erosion der traditionellen Massenintegrationsparteien, die Verfielfältigung der Parteienlandschaft, abnehmende Wahlbeteiligung und die vielzitierte 'Parteiverdrossenheit'. Die Bedeutung der Parteien als Organisatoren des politischen Konsenses geht zurück und wird zunehmend von einer kommerzialisierten Medienindustrie übernommen.

Die Stabilität des politischen Systems hängt nicht mehr so sehr von materiellen Integrationsleistungen und Verteilungskompromissen ab, sondern stützt sich zunehmend auf populistische Apelle an nationale Gesamtinteressen: gegen die Konkurrenten auf dem Weltmarkt, gegen Fremde, gegen Ausländer. Statt grenzenlosen Massenkonsums und Antikommunismus werden Privilegiensicherung, Wohlstandschauvinismus, Nationalismus und Rassismus zu den ideologischen Formeln, die politisch-soziale Einheit durch Ausgrenzung gewährleisten sollen. In einer auch international durch immer stärkere Ungleichheiten geprägten Staatenwelt findet dies eine materielle Grundlage. Den Rest besorgen die sozialen Spaltungsprozesse selbst: soziale Konflikte, die einst staatsbürokratisch-korporativ durch materielle Konzessionsvergabe austariert wurden, verschieben sich auf die Ebene individueller Marktkonkurrenz, politischer und gewöhnlicher Alltagskriminalität. Die angesichts der materiellen Zustände und der gesellschaftlichen Entwicklungen erstaunliche politische Stabilität des Wettbewerbsstaates speist sich immer stärker aus regressiver Politisierung – wovon der Rechtsradikalismus nur eine etwas spektakuläre Form ist –, Privatismus und politischer Apathie.

Dieses scheinbar reibungslose Funktionieren der neoliberalen 'lean democracy' beruht nicht zuletzt darauf, daß von einer konzeptuell kompetenten und politisch artikulationsfähigen Opposition nichts mehr zu sehen ist. Nach dem Zusammenbruch der den fordistischen 'Sicherheitsstaat' kennzeichnenden sozialdemokratisch-reformistischen Hegemonie scheint das neoliberale Gesellschafts- und Politikmodell praktisch alternativlos geworden zu sein. Eine 'Linke', die nicht in der Lage war, die Krise des Fordismus, den Zusammenbruch des – sowohl westlich-sozialdemokratischen als auch östlichen – Staatssozialismus und das damit verbundene Entstehen einer ganz neuen 'Weltordnung' theoretisch und politisch zu verarbeiten, verfügt nicht einmal mehr über den Ansatzpunkt einer plausiblen, den veränderten ökonomischen Bedingungen gerecht werdenden politischen Konzeption. Vielmehr kennzeichnen sie vor allem fortschreitende Spaltungs- und Desorientierungsprozesse, wobei bornierter Traditionalismus, hilfloser Reformismus und entschlossenes Mitmachen eine eigentümliche Mischung eingehen.

Die Frage ist, ob der sich herausbildende 'nationale Wettbewerbsstaat' tatsächlich eine politische Regulationsform darstellt, die dem 'postfordistischen' Kapitalismus relative Bestandsfähigkeit und Dauerhaftigkeit verleihen kann. Das scheint nicht ausgeschlossen, wenn es gelingt, die sozialen Marginalisierungsprozesse politisch-bürokratisch unter Kontrolle zu halten, d.h. ein Mindestmaß an sozialer Prävention innerhalb der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse aufrechtzuerhalten, die differenzierte Qualifizierung und die selektive Reproduktion der Arbeitskraft – nicht zuletzt die repressive Kontrolle der Wanderungsbewegungen – zu gewährleisten und für das notwendige Maß weltmarktorientierter Infrastruktur- und Industriepolitik zu sorgen. Die Existenz der Wettbewerbsstaaten hängt wesentlich davon ab, daß eine relative Homogenität der inneren ökonomischen Strukturen erhalten bleibt und die Gesellschaften nicht vollends auseinanderbrechen. Im Gegensatz zu großen Teilen der Peripherie bestehen dafür in den kapitalistischen Zentren durchaus Chancen, wenn es gelingt, über die offensichtlich defizitären Modelle von 'Reaganomics' und 'Thatcherismus' hinaus einen konsequent etatistisch gemanagten Neoliberalismus zu entwickeln. Ansatzpunkte dafür gibt es.

Das entscheidende Problem bleibt zweifellos, ob eine internationale politische Regulation des liberalisierten Weltkapitalismus zustandekommt, der nicht nur durch wachsende soziale und ökonomische Polarisierungen, sondern auch durch eine fortschreitende Pluralisierung des ehemals von den USA dominierten Zentrums gekennzeichnet ist. Auch dies erscheint nicht völlig ausgeschlossen. Die Tatsache, daß die ökonomische Vormachtstellung der USA zwar angeschlagen ist, sie aber gleichzeitig nunmehr die uneingeschränkt beherrschende Militärmacht darstellen, hat ein internationales Macht- und Gewaltverhältnis geschaffen, das einen gewissen Zwang zu minimaler internationaler Kooperation einschließt. Ob sich dadurch Ansatzpunkte zu einer neuen, kooperativen Hegemonie entwickeln oder ob die 'neue Weltordnung' wesentlich durch partikularistische zwischenstaatliche Konkurrenzmechanismen, politische und militärische Konflikte mit den entsprechenden innergesellschaftlichen Folgen gekennzeichnet sein wird, bleibt abzuwarten.

Der 'nationale Wettbewerbsstaat' ist politisch und sozial keineswegs attraktiver als der 'fordistische Sicherheitsstaat'. In vieler Hinsicht ist er sogar viel brutaler, ausgrenzender, inegalitärer und undemokratischer. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, daß das sich damit abzeichnende Gesellschaftsmodell selbst unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen keineswegs alternativlos ist. Wie der nach-fordistische Kapitalismus aussehen wird, bleibt eine Frage sozialer Kräfteverhältnisse und politischen Handelns. Dazu kommt, daß auch ein sich wieder längerfristig stabilisierender Kapitalismus strukturell ein soziales, ökonomisches und ökologisches Katastrophenprogramm im globalen Maßstab darstellen würde. Es gibt also genügend Gründe, alternative politische Konzepte zu entwickeln. Vielleicht impliziert der gesellschaftliche Umbruch auch die Chance für eine 'neue Linke', allerdings nur dann, wenn eine Menge politischen und theoretischen Ballasts abgeworfen wird und es gelingt, jenseits festgefahrener und längst obsoleter 'Sozialismus'-Diskussionen die Prinzipien einer radikal emanzipativen und demokratischen Politik neu zu formulieren und zu konkretisieren. Daß davon derzeit auf der ganzen Welt nicht viel zu bemerken ist, muß nicht unbedingt resignieren lassen. Bisweilen bedarf es des Zusammenbruchs des Alten, damit Neues entstehen kann. ●

HOLM-DETLEV KÖHLER *

Chiapas – eine abweichende Interpretation

Am 2. März 1994 führten die Verhandlungen zwischen den vermummten und bewaffneten Vertretern des EZLN und der Regierungskommission im Bischofssitz von San Cristobal/Chiapas zu einem vorläufigen Ergebnis. Dieses wird derzeit in Mexiko-City und den Bergen von Chiapas vorgestellt und diskutiert, um es dann schrittweise umzusetzen. Wie zu erwarten, fielen der Regierung Zugeständnisse in sozialen Fragen relativ leicht, in politischen dagegen schwer. Die ersten kosten nur Geld, die zweiten dagegen Macht.

Neben zahlreichen sozialen und kulturellen Maßnahmen, zu denen auch besonders Frauenförderprogramme und die Einrichtung eines unabhängigen Radiosenders gehören, werden sich die sozialen und politischen Kämpfe der Zukunft vor allem um zwei Themen drehen: die Agrarreform und die Autonomie der indígena-Gemeinden. Die geforderte Aufteilung der Latifundien und die Durchführung freier, allgemeiner Wahlen auf Kommunal- und Regionalebene ist nur gegen erheblichen Widerstand durchsetzbar und der bekundete politische Wille von Regierungsseite muß bezweifelt werden. Andererseits zwingen die nach wie vor bewaffneten Aufständischen und die bevorstehenden Wahlen zum Handeln. Eine weitere Initiative liegt nun bei den nationalen Oppositionsparteien, die Wahlzugeständnisse, wie sie den indígena-Kommunen zugesprochen wurden, für das gesamte Land durchsetzen könnten. Damit wäre der gerade begangene 65. Geburtstag der Partei der Institutionellen Revolution PRI zwar nicht ihr Eintritt in den Ruhestand aber doch ihr Abschied vom Charakter der allein herrschenden Staatspartei. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

Chiapas – der bewaffnete Aufstand im Südstaat Mexikos – wird vorwiegend von zwei Seiten dargestellt, die sich in einem Punkt einig sind: es ist ein Aufstand der Vergangenheit. Die einen sehen ihr Fortschrittsprojekt durch die Wiederkehr alter Revolutionsideen und ethnischer Konflikte gefährdet, die anderen sprechen von einem berechtigten Protest der seit 500 Jahren Unterdrückten. Beide Interpretationen sind nicht völlig falsch, werden jedoch der besonderen Qualität und Aktualität des Konfliktes in keiner Weise gerecht. Es ist ein Konflikt der Zukunft im sich wandelnden Amerika.

Chiapas bedeutet für Mexiko das Ende der zweiten, staatstragenden Lebenslüge. Die erste lautete: Mexiko ist ein demokratischer Staat. Seit dem Massaker an den protestierenden Studenten am 2. Oktober 1968 ist klar, daß der PRI-Staat keine Demokratie ist. Die zweite Lebenslüge, auf der das Modernisierungsprogramm des scheidenden Staatspräsidenten Salinas de Gortari mehr als alle Vorgängerprojekte aufbaute, lautete: Mexiko ist eine westliche Nation.

In der Tat sind alle Modernisierungsprojekte Mexikos von der Unabhängigkeit über die Revolution bis zur – seit 1982 laufenden – neoliberalen Wende Versuche der Nationbildung um ein westlich orientiertes Kulturprojekt. Der Name Emiliano Zapata steht genau für diejenigen, die aus allen diesen Projekten ausgeschlossen blieben: die campesino- und indígena-Bevölkerung. Wie nicht nur der Tod Zapatas im Verlauf der Revolution, sondern alle nachfolgenden Agrarreformen und die Praxis des Kazikismus – des Machtkartells zwischen Lokalpolitikern und Agraroligarchien in den Dörfern – zeigen, blieb Mexiko eine gespaltene Nation. Auf der einen Seite das dominante westlich orientierte Entwicklungsmodell der Mestizen, auf der anderen Seite die fortbestehenden Traditionen der mittelamerikanischen Kulturen. Der versteckte Rassismus, der diese zwei Mexikos trennt, kommt bsw. in einem Leitartikel der Tageszeitung Excelsior (27.1. 94) mit dem Titel 'La Tribu (Chiapas) o la Globalizacíon' (Stamm oder Globalisierung) zum Ausdruck: „Chiapas stellt uns vor zwei gegensätzliche Wege: entweder beleben wir unsere gefährlichsten Gespenster der Vergangenheit zu neuem Leben, oder wir beerdigen sie für immer. Die einen sehen die globalen Horizonte der Ersten Welt, die anderen verteidigen unsere Traditionen der Isolation... Die Tradition des Mestizentums hat uns soviel gutes gebracht. Gerade in Chiapas gab es keine Mestizisierung und deshalb ähnelt es mehr Guatemala und Peru als Mexiko."

Vergangenheit oder Zukunft?

Soweit zum realen Gehalt der Interpretation von der Rückkehr vergangener Zeiten und dem Trauma der gespaltenen Nation, welche selbst aufgeklärte Intellektuelle wie Octavio Paz (Vargas Llosa hat sich aus diesem Kreis spätestens seit seinem gescheiterten Präsidentencoup verabschiedet, die spanische Staatsbürgerschaft angenommen und wird in Lateinamerika zunehmend weniger beachtet) zum Vorwurf des „Rückfalls hinter den Fall der Mauer" bewegen. Seine jüngste Kritik an den Vereinbarungen vom 2. März zielt genau auf die Gefahr der Spaltung der

Nation durch Autonomiezugeständnisse an die indígena-Regionen. Seine Gegner sind dabei weniger die Aufständischen als die sympathisierenden Intellektuellen. Dieser Streit, der die Hauptstadtpresse füllt – die einzige Enklave freier Meinungsäußerung nach der Privatisierung audiovisueller Medien, die vollständig in der Hand des televisa-Konzerns sind und nur Regierungspropaganda verbreiten – , zeigt einige Spezifika Mexikos und des Chiapa-Konflikts.

Erstens gibt es eine Gruppe PRI-kritischer Intellektueller (wie Paz), die sich voll dem neoliberalen Salinas-Projekt verschrieben haben und sozialen Aufständen mißtrauen. Ihre Enttäuschung über alle Formen revolutionärer und nationaler Befreiungsversuche verbindet sich mit der Überzeugung, allein der alles niederreißende Markt und die Kraft des Kapitals könnten dem autoritären Staat ein Ende bereiten, das ausgefeilte Herrschaftsgefüge untergraben (eine Hoffnung, die sie mit vielen osteuropäischen Intellektuellen zu teilen scheinen). Zweitens sehen sich die demokratischen Intellektuellen vor der überraschenden Situation, daß der EZLN in 10 Tagen bewaffneten Aufstandes mehr erreicht hat als sie in ihrem ganzen linksintellektuellen Tun seit Jahrzehnten. Der Staat mußte auf die militärische Gewalt verzichten und ernsthaft über Demokratisierung verhandeln und das tat er nicht mit ihnen, den doch eigentlich dafür Auserwählten, sondern mit kaum gebildeten Guerilleros. Dies weckt bei einem erheblichen Teil zwar klammheimliche Freude über die auf Umwegen plötzlich angekommene 'Flaschenpost', bei anderen jedoch enorme Verunsicherung.

Der dritte Aspekt dieses Streits verdient etwas genauere Betrachtung, rehabilitiert er doch in gewisser Weise die mexikanischen Intellektuellen und erklärt vor allem, warum der Chiapas-Konflikt einen von allen anderen lateinamerikanischen Aufständen unterschiedlichen Verlauf nimmt. Immerhin finden in Argentinien, Venezuela, Ecuador und Bolivien derzeit soziale Proteste und Aufstände aus ähnlichen Gründen wie in Chiapas statt und in vielen Ländern gab und gibt es sozial gerechtfertigte Guerilla-Bewegungen, die aber nicht in der Lage sind, eine Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen. Hier zeigt sich tatsächlich die positive Seite davon, daß Mexiko der westlichste, d.h. hier eigentlich nördlichste, Staat Lateinamerikas ist. In Jahrzehnten hat sich eine kritische Öffentlichkeit mit begrenztem, aber nicht ignorierbarem Einfluß gebildet. Zweitens hat sich ein Netz von sogenannten 'Nicht-Regierungsorganisationen' geknüpft, welches in derartigen Situationen mobilisiert wird. Dazu gehören insbesondere Menschenrechts- und indígena-Organisationen. In ganz Mexiko traten Solidaritätskomitees auf, wurden soziale Forderungen erhoben, unabhängige Informationsmedien gefordert, Rathäuser besetzt und kazikistische Bürgermeister verjagt. Die Revolte von Chiapas verschaffte zum erstenmal dem Ausdruck, was westliche Demokratien so gerne als ihren Besitzstand verkünden: der Zivilgesellschaft.

Drittens unterliegt Mexiko in viel stärkerem Maße der Weltöffentlichkeit, die es der Regierung erschwert, solche Konflikte brutal zu unterdrücken und zu verschweigen. An dieser Stelle spielt der große Bruder im Norden eine besondere Rolle.

Der Botschafter der USA in Mexiko, James R. Jones, verkündete in seiner ersten Pressekonferenz zum Chiapas-Konflikt wenig mehr als daß „einige Waffen aus Kuba stammen". Zu den entscheidenden Akteuren der folgenden Tage wurden jedoch zwei Politiker in vertauschten Rollen: der anticastristische, der Miami-Fraktion zugehörige, demokratische US-Abgeordnete und rechte hardliner Robert Torricelli rächte sich für seine Niederlage als Gegner des NAFTA-Vertrages und verschaffte als Präsident des Komitees für auswärtige Beziehungen im Kongreß den amerikanischen Menschenrechtsorganisationen eine breite Öffentlichkeit. Diese berichten wie schon seit Jahren von schweren Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und willkürlichen Erschießungen seitens der mexikanischen Militärs, doch diesmal vor voller Besuchertribüne, viel Prominenz und unzähligen Journalisten. Torricelli hatte sein Ziel erreicht, die mexikanische Regierung, die zu seinem Leidwesen normale Beziehungen zu Kuba unterhält, öffentlich international zu brandmarken.

Clinton nutzte diese Situation zu einem großen Zugeständnis an die politische Rechte innerhalb und außerhalb seiner Partei. Er erhöhte die amerikanische Mauer, die schon viel mehr Todesopfer forderte (allein 1992 waren es 41) als die eingestürzte Berliner in ihrem ganzen Bestehen. Mitten in den allgemeinen Sparmaßnahmen stockte er den Personalbestand der berüchtigten Grenzpolizei 'migra' um über 1000 Leute auf, ordnete Infrarotanlagen und elektrische Zäune als Verstärkung der Grenzbefestigung an. Der eben noch strahlende Salinas sah sich so nicht nur einer inneren Revolte, sondern auch von äußeren Politik seines vermeintlichen neuen Partners und der Weltöffentlichkeit, die stark über die Kanäle der US-Medien gefiltert wird, bedroht.

Das Zusammentreffen dieser vielfach mexikospezifischen Faktoren zwang die Regierung zum radikalen Wandel des 12. Januar , an dem aus „professionellen ausländischen Terroristen" (erste Erklärung Salinas) plötzlich potentielle Verhandlungspartner wurden. Ein Friedenskommissar wurde eingesetzt und der brutale Innenminister Gonzáles Garrido mußte seinen sombrero nehmen. Unabhängig vom Grad der Umsetzung der Verhandlungsergebnisse sind die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen vom August demokratisiert, d.h. ihr Ergebnis offener geworden. Bis zum 1.1.94 waren die Wahlen eigentlich entschieden, hatte sich der PRI doch erfolgreich bemüht, die Teilerfolge der

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
26

Religion und Gewalt

Missglückte Säkularisierung, Nationalismus, Xenophobie, Antisemitismus; Esoterik, New Age, Mythen; Religiöser Sozialismus, Theologischer Materialismus vs. Ökonomie des Todes; Psychoanalyse, Freuds Judentum, Vaterlose Gesellschaft und Gemeinschaftsgefühl

D.Claussen, H.Zinser, E.Gugenberger, P.Leuzinger, W.Spieler, H.Thielen, M.Jäger, R.Heim, M.Züfle, B.Rothschild, P.Passett, E.Modena

Diskussion

H.Schäppi: Zum SPS-Wirtschaftsprogramm
R.Graf: Gramscis Gefängnishefte

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

13. Jg./Heft 26 · Dezember 1993 Fr. 18.–

208 Seiten, Fr. 18.--
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich
Tel. 01 · 451 22 09

Opposition von 1988 diesmal unmöglich zu machen. Das Land wurde scheinbar vollständig unter Kontrolle der „nationalen Institutionen“ gebracht. Ausgerechnet Chiapas bildete die sicherste Hochburg des PRI, wo der offizielle Kandidat zuletzt 89,9% der Wählerstimmen erhielt. Wer keinen Ärger mit der Regierung und evtl. Geld aus den landwirtschaftlichen ‘Solidaritätsprogramm’ (wichtige Macht- und Einkommensquellen der Kaziken) wollte, wählte ‘richtig’, viele lieber gar nicht. Kam es dennoch zu Lücken im System, d.h. zu Wahlsiegen oppositioneller Kandidaten, so verschwanden Stimmzettel und wurden oppositionelle Kandidaten gruppenweise unter Scheinvorwürfen verhaftet (so geschehen bsw. in Mazatán, Pichucalco und Tenejada).

Obwohl die Oppositionsparteien Randfiguren im Chiapas-Konflikt bilden, gehören sie zu den potentiellen Nutznießern. Der offizielle Salinas-Kandidat Colosio wurde geradezu aus dem politischen Geschehen gespült, so daß auch innerhalb des PRI Stimmen gegen ihn laut wurden. Viele forderten den Regierungsvertreter bei den Verhandlungen mit dem EZLN Camacho Solís – vor Monaten unterlegener Präsidentschaftsanwärter gegen Colosio – als Kandidaten. Außerdem bildet der innerparteiliche Widerstand gegen die Verhandlungen, deren Ergebnisse nur eine Verminderung der PRI-Macht bedeuten können, die größte Gefahr für eine dauerhafte Lösung des Konfliktes. Angesichts der geschickten Führung der Aufständischen, ihrer intelligenten Forderungen und der großen Sympathien – hätte subcomandante Marcos eine Adresse, der könnte sich vor Heiratsangeboten derzeit kaum retten, obwohl man nur seine hellen Augen sehen und seine literarisch anspruchsvollen Erklärungen lesen kann – in der Bevölkerung ist eine Rückkehr zu brutaler Repression nur unter nicht kontrollierbarem politischen Schaden möglich.

Will man den zukunftsweisenden Charakter von Chiapas betonen, so muß man sein Augenmerk vor allem auf die ökonomischen und sozialen Hintergründe richten. Die neoliberale Politik verändert in der Tat die lateinamerikanischen Gesellschaften und korrigiert nicht nur makroökonomische Größen. Neben der sozialen Polarisierung und der Zerstörung der industriellen Basis gehören Migration, Rassismus und die Vernichtung der traditionellen Landwirtschaft zu ihren oft kaum beachteten Folgen. In Chiapas zeigen sich einige Konsequenzen dieser Politik in besonderer Schärfe. Die Unterstützung der genossenschaftlichen ejido-Betriebe wurde eingestellt und besonders den 75 000 Kaffeeproduzenten droht die absolute Armut. Die staatliche Abnahme- und Vertriebsgesellschaft Inmecafé wurde im Zuge der ‘Verschlankung des Staates’ aufgelöst und die Bauern dem internationalen Preisverfall (um 50 % in den letzten 5 Jahren) schutzlos ausgesetzt. Die Einnahmen der Kaffeeproduzenten fielen um 70 %, die Produktion sank um 35 %, Alternativen sind nicht in Sicht. Die zweite Monokultur der Region ist die Viehzucht in der Hand der Großgrundbesitzer und die einzige Industrie sind die Holzunternehmen als weiterer Pfeiler des Kazikismus.

In Chipas kulminiert ein Prozeß, der in den 60er Jahren begann und euphemistisch ‘Bevölkerungsexplosion’ genannt wird. Tatsächlich ist die Bevölkerung von Chiapas wie keine andere gewachsen als Folge einer politischen Strategie. Der Urwald wurde zur Kultivierung freigegeben. Daraufhin zogen unzählige campesinos, die vorher auf den Plantagen unter miserablen Bedingungen als Tagelöhner überlebten, die meisten von ihnen indígenas, in die Berge auf der Suche nach ‘Land und Freiheit’. Ihre Tagelöhnerposten wurden später durch Immigranten aus Guatemala aufgefüllt. Damit entstand in den abgeholzten Gebirgen von Chiapas eine ganze neue Gesellschaft aus entwurzelten indígenas ganz unterschiedlicher Stämme und mit Lohnarbeitererfahrung. Die traditionellen alteingesessenen indígena-Gemeinden blieben davon weitgehend unberührt. In den neuen Agrarsiedlungen werden neben dem Spanischen mehrere indígena-Sprachen gesprochen und es sind pluriethnische und plurikulturelle Gemeinschaften, die in keiner Weise dem traditionellen indio-Klischee in Mexiko-City oder bei uns entsprechen. Diese neue, multikulturelle und plurale Bevölkerungsgruppe bildet das zentrale Rekrutierungsfeld des EZLN, ein Produkt aus Migration und wirtschaftlichem Strukturwandel.
Um auf die Ausgangsthese der Zukunftsträchtigkeit zurückzukommen, so zeigt sich in Chiapas ein Beispiel für neue soziale Konflikte aufgrund neuer gesellschaftlicher Prozesse, die durch die neoliberalen Politiker zugespitzt werden. Migration, Auflösung ländlicher Sozialstrukturen, kulturelle Vermischungen und kritische Lernprozesse werden sicher zunehmen. Neu sind auch die Kampf- und Protestformen bis hin zu einer Guerilla, der diese Bezeichnung vor 20 Jahren strikt verweigert worden wäre. Eine Bewegung, die nicht die Machtübernahme anstrebt, die nichts als saubere Wahlen, rechtsstaatliche Garantien, Dezentralisierung und soziale und wirtschaftliche Reformen fordert, wäre damals eher mit dem Attribut konterrevolutionär belegt worden. Entsprechend groß ist die allseitige Verwirrung. Octavio Paz ist verärgert über seinen Schriftstellerkollegen Carlos Fuentes, der von „der ersten postkommunistischen Revolution“ spricht, hatte er doch gehofft, das Zeitalter von Revolutionen wäre ein für allemal vorbei.

Die erste postkommunistische Revolution

Wie stark die Zapatistas bereits grundlegende Strukturen des mexikanischen Herrschaftssystems erschüttert haben, zeigen nicht nur die Verhandlungen oder die offiziellen Erklärung der Armeeführung für eine friedliche Konfliktlösung mit einer Bewegung, die ihre Kasernen angegriffen und ihre Soldaten beschossen und getötet hat. Auch die kirchlichen Machtverhältnisse sind ins Wanken geraten. Der erzkonservative Vertreter des Papstes in Mexiko, Nuntius Girolamo Prigione, mußte seine Zuneigung gegenüber den Zapatistas erklären (“Wir lieben die Zapatistas! Es sind alles Katholiken!“), um seine angegriffene Position zu halten. Sein alter Gegner, der von der Befreiungstheologie inspirierte Bischof von Chiapas, Samuel Ruiz, ist derzeit weltweit beachteter Vermittler und Gastgeber der Verhandlungsdelegationen. Noch vor sechs Monaten hatte der Papst versucht, ihn abzusetzen. Das Aufwachen der ‘Zivilgesellschaft’ macht unter diesen Bedingungen keinen Halt mehr vor denjenigen Kräften, die so etwas bisher nicht nötig hatten. Eine von Viehzüchtern und Großgrundbesitzern neu gegründete Frente Civico Sancristobalense (Bürgerfront Sancristobal) fordert den Abzug der Nicht-Regierungsorganisationen und des Bischofs. Sonst droht man mit dem Abbrennen des Bischofspalastes.

Wie immer die Umsetzung des Verhandlungskompromisses vonstatten gehen wird, zukünftige mexikanische Regierungen müssen mit einem politischen Faktor rechnen, den sie bisher sträflich vernachlässigt hatten. Wenn du dein Projekt eines modernen westlichen, an Nordamerika angelehnten Staates verwirklichen willst, so mußt du das mit uns, und nicht wie bisher gegen uns, tun! So lautet der Grundgehalt der zapatistischen Botschaft aus Ciapas. Die offene Frage bleibt, wie weit das überhaupt möglich ist. ●

** Ich danke Manfred Wanöffel für wertvolle Hinweise und Informationen bei der Abfassung des Artikels.*

CHILE AG BRAUNSCHWEIG

‘Innere Sicherheit’ im Neoliberalismus

Chile: 4 Jahre nach der Diktatur

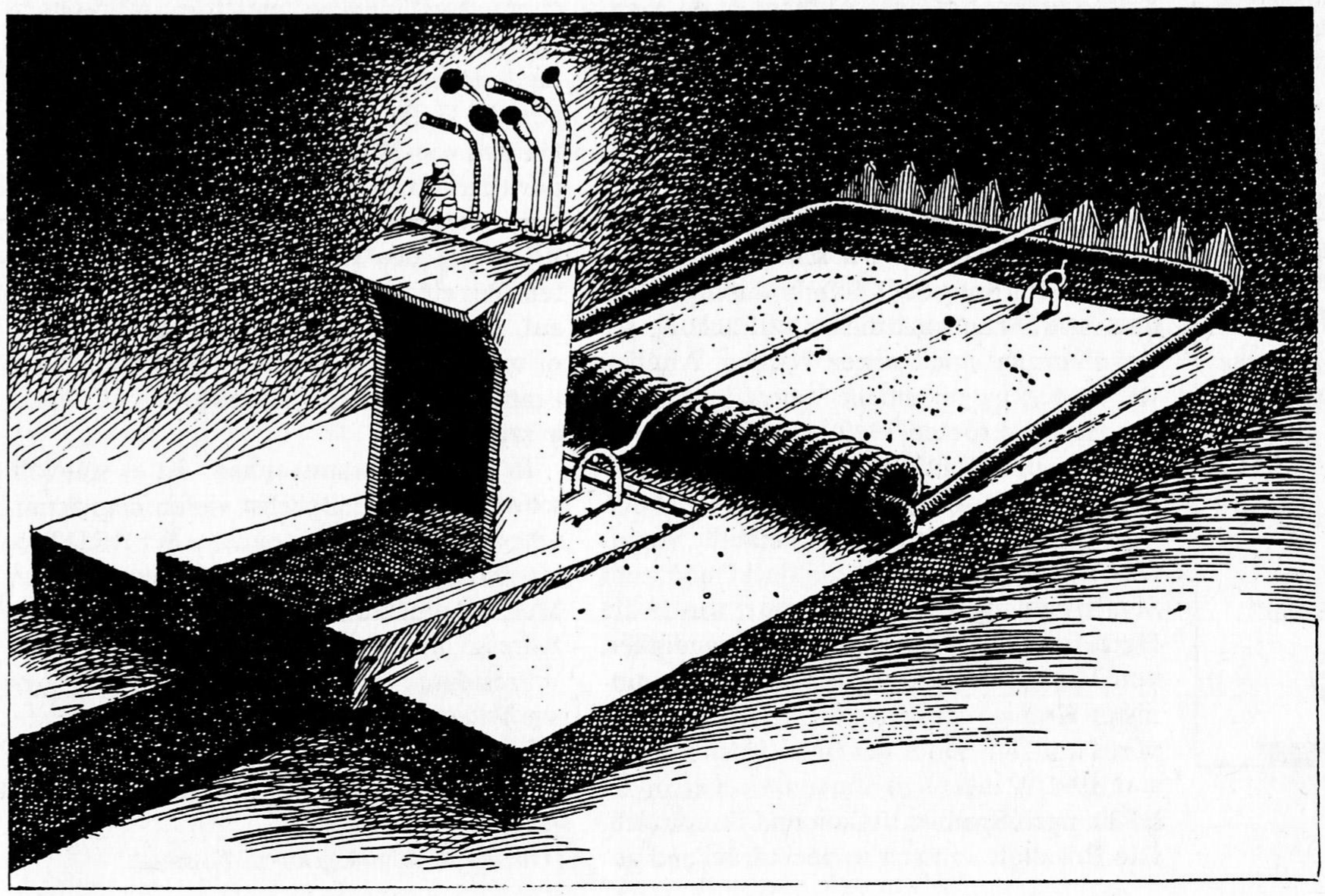
Im vierten Jahr der ‘Demokratie’ praktiziert das neoliberale chilenische Regime eine Repression, die in der Qualität unter der Pinochet-Diktatur nicht hätte sein können. Während die internationalen Medien Chile als gelungenes Beispiel der Integration eines ‘3.Welt-Landes’ in den Welthandel propagierten und mit dem ‘besonnenen’ Wahlkampf und mit dem Sieg des ‘Mitte-Links-Blocks’ der Concertacíon unter Frei bei den Wahlen im Dezember ‘93 die endgültige Abkehr von der Diktatur feierten, werden Berichte über die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse verschwiegen.

Neoliberale gesellschaftliche Realität ist aber, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in immer größer werdendem Elend leben muß. Um den Fortbestand des Modells gegen die Interessen der Bevölkerung zu sichern, spielt die Repression als das zweite Gesicht dieses Modells nach wie vor eine wichtige Rolle. So werden die alten unverhüllten Bestialitäten der Pinochet-Diktatur heute unter der vorgeblich demokratischen Aylwin- bzw. Frei-Regierung fortgesetzt: Folter, das ‘Verschwinden-lassen’ von Menschen, polizeiliches Durchkämmen ganzer Stadtviertel bis hin zur offenen Ermordung kämpfender GenossInnen und Unbeteiligter. Aber auch neue Unterdrückungstechniken kommen zum Einsatz. Von der medialen ‘Terroristen’hatz über spezielle ‘Terroristen’gesetzte bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitsgefängnissen nach westeuropäischem Vorbild ist alles vorhanden.

In der letzten Zeit vergeht fast kein Monat mehr, in dem nicht Militante verhaftet oder über ‘Killfahndung’ getötet werden. Erst Mitte Dezember ‘93 wurde bei einer Verhaftungsaktion von 11 Personen ein Genosse erschossen, eine schwangere Genossin dermaßen malträtiert, daß sie eine Fehlgeburt bekam. Das Ganze spielte sich in der ‘heißen’ Wahlkampfphase ab, in der Frei als Kandidat der Christdemokraten in dem Bündnis der Concertacíon neben den obligatorischen Versprechungen von wirtschaftlichem Aufschwung wesentlich rechtere Töne in Bezug auf die ‘Innere Sicherheit’ anschlug als Aylwin vor vier Jahren.

Obwohl nach den uns übermittelten Zahlen ca. 30 % der ChilenInnen im Dezember gegen das neoliberale Wirtschafts- und Politikmodell gestimmt haben (Summe von Nicht-WählerInnen bis hin zu den Stimmenanteilen von linken Kandidaten), kann sich Frei als Präsident einer satten Mehrheit von 58 % erfreuen. Auch wenn eine rein quantitative Wahlbewertung nur sehr wenig über die tatsächliche politische Stimmung im Land aussagt, muß festgestellt werden, daß der autoritäre Kurs der chilenischen Regierung und der ‘Rechten’ um Alessandri (24 % bei den Präsidialwahlen) von breiten Teilen der Bevölkerung zumindest in Kauf genommen wird.

Die sich mit der Entwicklung in Chile beschäftigenden demokratischen und linken



Kräfte in der BRD sollten sich schon einmal darauf einstellen, daß spätestens mit der Amtsübernahme von Frei im März '94 der gegenwärtige Kristallisationspunkt der Repressionspolitik mit Brachialgewalt durchgesetzt werden könnte.

Wir wollen im Folgenden einen Überblick über die 'Sicherheitspolitik' und deren Zuspitzung gegen die militante revolutionäre Linke in Chile geben.

Der polizeiliche Repressionsapparat besteht aus den Carabineros, den Investigaciones und der Gendameria. Dazu kommen das Militär und die Geheimdienste. Die Carabineros unterstehen direkt dem Verteidigungsministerium. Unter der Aylwin-Regierung wurde ihre Zahl noch weiter aufgestockt: heute gibt es 35000 Carabineros, das sind 6400 mehr als unter Pinochet. Zeitweise gab es Bestrebungen, sie im Innenministerium anzusiedeln. Dagegen stellten sich jedoch die Rechten und das Militär, weil dann der strategisch wichtige Sitz der Carabineros im Nationalen Sicherheitsrat verloren gegangen wäre.

Kontaktsperre und Folter

Im Juli 1991 unterzeichnete Aylwin das neue Gesetz zur Inneren Sicherheit. Dadurch wurde der repressive Charakter des Staates noch verschärft. Legitimiert wurde z.B. eine Art Kronzeugenregelung für politische Angeklagte. Gefangene, die sich trotzdem weigern, gegen GenossInnen auszusagen, haben Bestrafungsmaßnahmen, z.B. Isolation erfahren wie im Fall von Ricarddo Palma. Durch das neue Gesetz ist es nun auch möglich, daß polizeiliche Rollkommandos ohne gerichtliche Anordnung einzelne Häuser oder auch ganze Stadtviertel durchsuchen. Diese Terrormethoden wurden unter Pinochet noch als Menschenrechtsverletzung öffentlich angeprangert - nun sind sie demokratisch legitimiert.

In Chile wird nach wie vor gefoltert - mit denselben bestialischen Methoden wie unter der Diktatur.

Die Polizei kann Menschen bis zu 5 Tagen ohne Anklage festnehmen. Danach kann der Haftrichter eine Kontaktsperre von bis zu 10 Tagen verhängen, die verlängert werden kann. Besonders in dieser Zeit sind die Gefangenen ständig durch Folter bedroht. In einer Dokumentation sind folgende Aussagen über Folter von 73 politischen Gefangenen über den Zeitraum von März 1990 bis April 1993 (also in der 'demokratischen' Aylwin-Regierung) enthalten: Vergewaltigungen, Entzug von Nahrung, Wasser, Kleidung, Schlaf, Strom an Genitalien und anderen Körperteilen, Schläge, Aufhängen an Händen und Füßen, Ersticken, Scheinexekution, verbale Bedrohung von Angehörigen, mit ansehen müssen, wie Angehörige gefoltert werden... Fast alle diese Gefangenen befinden sich nach wie vor im Gefängnis. Verurteilt wird aufgrund der Aussagen, die unter der Folter erzwungen wurden.

Mit der Ablösung der Diktatur durch die Demokratie bekam auch die Unterdrückung der Bevölkerung einen neuen Namen. Ähnlich wie die Kampagne um die 'innere Sicherheit' der BRD wurde ab 1990 in großangelegten Medien- und Politikkampagnen die 'Bedrohung der chilenischen Gesellschaft' durch den Terrorismus und die Kriminalität, vor allem Drogenkriminalität, entdeckt und zum Staatsproblem erklärt. Zugespitzt wurde die Hetze auf die vermeintliche Notwendigkeit von Hochsicherheitsgefängnissen. Innenminister Krauss, der oberste Chef der Carabineros und der Leiter der Investigaciones reisten 1991/92 eigens zu Studienzwecken in die BRD, nach Spanien, Italien und Frankreich. Die Resultate müssen so beeindruckend gewesen sein, daß in Chile gleich zwei Hochsicherheitsknäste gebaut wurden, einer in Colina und einer innerhalb des Knastes Penitenceria in Santiago mit einer Gesamtkapazität von über 500 Zellen. Viel ist bisher nicht über den neuen Knast bekannt, jedoch werden die Haftbedingungen in den seit Oktober 1993 fertiggestellten Gefängnissen wie folgt aussehen: Einzelzellen, kein allgemeiner Hofgang, Besuch alle 14 Tage nur von direkten Familienangehörigen, dabei nicht mehr als vier auf einmal und Kontaktunterbrechung durch Trennscheiben. Die bisherigen Regelungen, die von den Gefangenen in Hungerstreiks und Besetzungen durch die Angehörigen etc. erkämpft wurden, gewährten sieben Besuche pro Woche einschließlich Intimkontakt, Sport an zwei Tagen, medizinische Versorgung, Recht auf Arbeit und Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Stammheim in Chile

Mit der Einführung der Isolationshaft nach westeuropäischem Vorbild erweitert der chilenische Repressionsapparat sein Folterrepertoire in bedrohlichster Weise. Denn es geht dem Staat nicht nur um die psychische Zerstörung der Gefangenen, es geht ihm auch um die Zerschlagung der politischen Organisierung der Gefangenen im Knast und der Verbindungen nach draußen und vor allem um die Schaffung eines Raumes, in dem die Willkür der Gendameria kaum noch einer Kontrolle von draußen ausgesetzt ist.

Angesichts der forcierten Repression gegen die linke Opposition bleibt den politischen Gefangenen, ihren Angehörigen und den entsprechenden Parteien und Menschenrechtsorganisationen nichts anderes übrig, als gegen die Zwangsbelegung der Hochsicherheitsgefängnisse massiven Widerstand zu entwickeln. Im Hinblick auf die zu erwartende Härte der Auseinandersetzung schrieben die Gefangenen der FPMR in einer Erklärung vom November 1993: 'Wir fühlen uns nicht zu Märtyrern berufen... aber wir werden mit unserem Leben gegen die Überführung in den Hochsicherheitsknast kämpfen. Wir rufen alle fortschrittlichen Sektoren auf, sich gegen die Hochsicherheitsgefängnisse und gegen die 'Seguridad ciudadana' ('innere Sicherheits'kampagne - d. Verf.) auszusprechen.'

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, schon jetzt von möglichst vielen demokratischen und linken Gruppen aus der BRD Protesterklärungen bzgl. der Verletzungen der Menschenrechte nach Chile zu senden. Die Adresse lautet:

Presidente de la Republica/Patricio Aylwin/Palacio de la Moneda / Santiago / Chile. (Eine Kopie bitte an die Chile AG, Braunschweig, Adresse über Tel./Fax 05341 / 7392836). ●

(Von der Redaktion gekürzte Fassung)

MEDICO-HILFE KURDISTAN

DAS SIRNAK-PROJEKT

Sirnak war Sehri Nuh: die Stadt Noahs. Im Koran liest man, daß die Arche nicht auf dem Ararat Berg strandete, sondern auf dem Cudi Berg unweit von Sirnak.

Man sollte dies ruhig wissen, wenn es darum geht, daß es Panzer & Waffen aus christlichen Ländern waren, die dieser Stadt und ihren Menschen neuerdings die Sintflut brachten.

Zweimal in diesem Jahr, im März und August, exe-kutierte der Nationale Sicherheitsrat der Türkei eine beispiellose Strafexpedition an **Sirnak** mit Waffen, (von der Bundesregierung finanziert), mit Panzern (aus ehemaligen NVA-Beständen), mit Munition, (die von der NATO kommt).

Die Stadt Noahs ist großenteils vernichtet: Die Häuser zerstört. Die Menschen flohen - und kehren nun ängstlich und verstört zurück.

Sirnak, zerstört mit Hilfe von Waffen aus Deutschland, soll wieder leben. Das müssen wir versprechen !

Wir bitten dringend um Spenden zur Versorgung & Wiederaufbauhilfe für die Kurden in **Sirnak**

Spendenkonten :

- **1800 Stadtsparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02)**
- **Postgiro Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50)** Stichwort: "Sirnak"

medico international

Obermainanlage 7 | 6000 Frankfurt 1 | Tel.: 069/4990041

EDWARD W. SAID

Sammlung und Widerstand

Für eine palästinensische Unabhängigkeit

Die „Declaration of Principles“ vom 13. September, einst als wunderbar beschrieben, hat sich nun völlig als Alptraum dessen offenbart, der sie zu interpretieren hat, als Flickenteppich alter israelischer und amerikanischer Entwürfe, unvollständiger Vorschläge zum Verfahren, vorsätzlicher Zweideutigkeiten und Trübungen. In einem Abschnitt heißt es beispielsweise, die israelische Armee würde abgezogen, während in einem anderen Abschnitt von einer Truppenverlegung die Rede ist. Israel, nie genötigt zuzugeben, daß es eine Besatzungsmacht ist, wurde in jener eigentümlichen Verweigerung von der US-Regierung noch weiter unterstützt. Außenminister Warren Christopher hält es nicht für ‘hilfreich’, kategorisch festzuhalten, daß die Westbank, Gaza und Jerusalem besetzte Gebiete seien, um damit möglicherweise das Gewissen einer Regierung zu beruhigen, die anhaltend etwa fünf Milliarden Dollar an jährlicher Unterstützung bezahlt, ohne etwas über die sich verschlechternden Umstände zu sagen. Israel und sein Herr tun zusammen was in ihren Kräften steht – ungeachtet der hochtönenden Prinzipien des letzten Herbstes –, um die Wahrscheinlichkeit eines wirklich unabhängigen Palästinas in immer weitere Ferne zu rücken.

Und die palästinensische Antwort? Jassir Arafat schreit Verrat, obwohl er nachhaltig dem Einfluß zustimmte, den Israel jetzt ausübt, als er die Erklärung von Oslo unterzeichnete, ohne einen Plan für das weitere Vorgehen durchzusetzen und ohne viel mehr als Gegenleistung zu erhalten als die widerwillige Anerkennung der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes. In Gaza und sonstwo ziehen sich die örtlichen Führer von der PLO zurück und ihre Kader werden zusehends unzuverlässiger. Niemand hat anderes als Beschwerden über Arafats Führung; zahlreiche Petitionen, Missionen (wie die von Haidar Abdel-Shafi geführte nach Tunis) und Zeitungsartikel halten einen andauernden Druck auf Arafat aufrecht, damit dieser seine autokratischen Methoden verändert und den Entscheidungsprozeß für Talent und nachgewiesene Fähigkeit öffnet.

Keine dieser Petitionen, dieser Reformappelle, hatte auch nur den geringsten Effekt. Und sie werden auch niemals einen haben. Man kann einen Elefanten nicht dadurch in einen Löwen verwandeln, daß man ihm einen Brief schickt. Was wir derzeit haben, ist ein nicht hinnehmbarer Schlamassel; seine Fortsetzung darf nicht weiter erlaubt werden. Jetzt müssen die Palästinenser, sowohl die in den besetzten Gebieten wie die in der Diaspora, zwei zentralen Herausforderungen begegnen – die von Führerschaft und ernsthafter Planung durch gemeinsame Aktionen – oder sie werden andernfalls einem Leben unter anhaltender Unterdrückung überlassen, ohne Land, ohne eine Stimme, die der Zukunft Gestalt geben kann, ohne Hoffnung und sogar ohne Stolz, wenn die Führung von der Widersprüchlichkeit zur Inkompetenz und zu Schlimmerem stolpert.

Es könnte nicht offensichtlicher sein, daß die PLO-Hierarchie – inklusive der Fatah und der mit ihr verbundenen Parteien und gleichermaßen ihre Geschöpfe in den besetzten Gebieten und wo auch immer – nun beiseite treten sollte. Die Führung hat ihr eigenes Volk so dermaßen mißverstanden, daß es nun eine gärende – und häufig offene – Revolte überall dort gibt, wo Palästinenser sich versammeln und leben. Keine Führung kann für immer erwarten, die alleinige Kontrolle über Geld und politische Autorität auszuüben und diese nach Lust und Laune als Almosen zu verteilen. Etwa 500 Schulen und acht Universitäten, ebenso wie 11 000 Mitarbeiter im Erziehungswesen siechen völlig ohne Etat und Leitung in den besetzten Gebieten dahin (ganz zu schweigen von den Krankenhäusern ohne Medizin). Mehr als jedes andere Volk waren die Palästinenser das Opfer des Mißbrauchs jeder – arabischen wie nichtarabischen – Regierung, unter deren Rechtsprechung sie lebten. Warum sollten sie sich einsetzen für ähnliche Praktiken von Führern, die weder frei gewählt wurden noch jemals einen Hauch von selbstaufopfernder Genügsamkeit gezeigt haben? Warum sollten unterdrückte Palästinenser in Flüchtlingslagern im Libanon und Gaza Korruption, Kauforgien in Paris und andauernde Wichtigtuerei einer Handvoll von Tunis aus gesteuerter Offizieller akzeptieren? Wie lange noch kann Arafat einfach sein Vorrecht geltend machen, die exklusive Kontrolle über Bauverträge, ausländische Hilfe und lukrative Stellenbesetzungen zu haben? Sind schneller Profit und eine Vergangenheit un-

Die Krise in den palästinensischen Reihen verschärft sich nahezu täglich. Die Sicherheitsgespräche zwischen Israel und der PLO werden an einem Tag als ‘Durchbruch’ gefeiert, während sie am nächsten Tag festgefahren und abgewürgt sind. Festgelegte Termine, über die früher Einverständnis geherrscht hatte, kommen und gehen, ohne daß ein neuer Fahrplan vorgeschlagen werden würde, während Israel gleichzeitig die Zahl seiner Soldaten in den besetzten Gebieten erhöht, genau wie auch das Morden, das Bauen der Siedler und die Zerstörung palästinensischer Häuser zunimmt und die Strafmaßnahmen schärfer werden, die die Palästinenser davon abhalten sollen, die Gebiete zu verlassen und nach Jerusalem zu gehen.

terwürfiger Loyalität die einzigen Kriterien für den Staatsdienst?

Man berücksichtige auch die Informationspolitik dieser Führung. (Ich sehe davon ab, etwas über ihre Verhandlungsstrategie gegenüber Israel zu sagen, da diese nur Jassir Arafat und Nabil Shaath bekannt zu sein scheint.) Zumindest hat sie den Palästinensern in den besetzten Gebieten, Jordanien und Libanon die volle Wahrheit über die augenblickliche Situation zu sagen. Natürlich wollen die Leute einen unabhängigen Staat, aber – unterstellt, daß Israel dies in einer de facto-Kollaboration mit Arafat und seinen Höflingen nicht schon vorweggenommen hat – was für eine Art Staat soll dies sein? Nichts wird gesagt. Soll es Widerstand gegen die Besatzung geben oder nicht? Kein Wort. Soll es beratende Versammlungen geben oder nicht? Kein Wort. Was erzählen wir der Welt – wo wir in unserer Geschichte stehen, über das Morden an unserem Volk und so weiter und so fort? Kein Wort. Was ist Palästinas wirkliche Wirtschaftspolitik (jenseits des dummen Spruchs, aus Palästina ein zweites Singapur zu machen)? Niemand scheint es zu wissen.

Ich habe wenig Zweifel daran, daß die PLO trotz des gegenwärtigen Verhandlungsstillstandes ein Sicherheitsabkommen mit Israel schließen wird, und dies natürlich nach israelischen Maßstäben, nachdem die gegenwärtige PLO-Führung nur wenig zu sagen und noch weniger anzubieten hat. Die Palästinenser sollten den Männern in Tunis für ihre vergangenen Beiträge danken, aber wir sollten dann den nächstlogischen Schritt tun und ihren Rücktritt fordern. Deren Höhepunkt war die „Declaration of Principles", die, ob wir es wollen oder nicht, ihr Vermächtnis an uns ist.

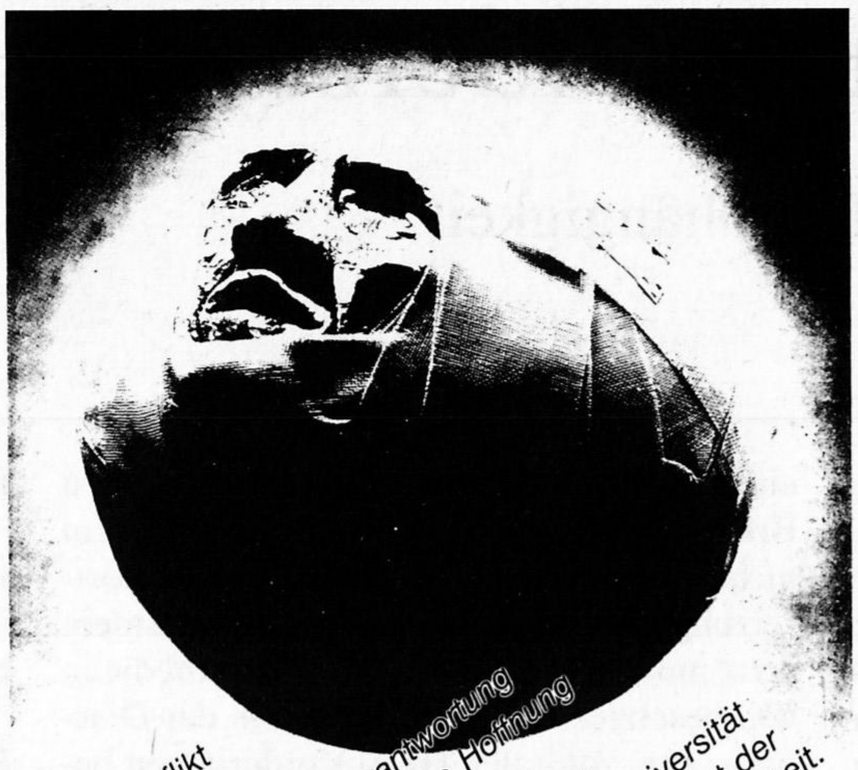
„Und nun", hört man die ängstlichen Stimmen aufkommen, „was ist die Alternative?" Dies wäre eine gute Frage, wenn sie nicht schon so oft rhetorisch gestellt worden wäre. Sollen wir so vollkommen von vorbestimmten Tatsachen regiert werden? Wenn es denn geschieht, fallen Alternativen nicht einfach von den Bäumen; sie entwickeln sich, wenn ein Platz freigeworden ist. Die *Intifada* belegt dies offensichtlich; sie begann, weil eine ferne Führung keinerlei Ideen und Strategien mehr hatte. Der Aufstand hat diese Führung zufällig und für kurze Zeit wiederbelebt. Aber die Lehre der *Intifada* ist die Herausforderung, der sich die Palästinenser heute stellen müssen: die Verantwortung für das, was in nächster Zeit geschieht, muß eine kollektive Verantwortung sein.

Die Palästinenser müssen die gegenwärtige Situation als Ausdruck einer wesentlich ernsteren kulturellen und moralischen Krise betrachten als nur die einer der Inkompetenz und Korruption unter PLO-Führern. Was ich im Sinn habe, ist unser historischer Hang, es als Volk zu vermeiden, uns auf eine Reihe von nationalen Zielen zu konzentrieren und

D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung
Offenbach/Main
April '85, Nr. 181, DM 4,–
17. Jahrgang



Nahostkonflikt
Iring Fetscher: Prinzip Verantwortung und Prinzip Hoffnung
Bernd Rabehl: Massenuniversität und Verlust der Kritikfähigkeit.

sie beharrlich mit Methoden und Prinzipien, die diesen Zielen angemessen sind, zu erreichen zu versuchen. Wir waren bislang sogar unfähig dazu, eine Volkszählung durchzuführen. Bezüglich der Tatsachen über Land und Wasser verlassen wir uns auf Israel, und bis zum heutigen Tag haben wir nicht einmal eigene Quellen für verläßliche Informationen geschaffen. Gibt es eine angemessene und benutzbare palästinensische Landkarte der Westbank, des Gaza, von Jerusalem?

Von Anfang an war der Kampf um Palästina eine Schlacht um territoriale Souveränität: „Ein weiterer *dunum*, eine weitere Ziege" war das Motto der zionistischen Siedler unter Chaim Weizmann. Israel ist nun im alleinigen Besitz des Gebietes des historischen Palästinas, obwohl eine relativ große Population von Palästinensern – eingeschlossen der 800 000 arabischen Bürger von Israel – ebenfalls hier wohnt. Die zionistische Idee war es immer, spezifische, konkrete Schritte mit einem unveränderlichen Leitprinzip zu koordinieren. Auf diese Weise machen die Israelis Souveränität geltend und sie bauen Siedlungen, sie nehmen Land und Wasser, bauen Straßen und stationieren bewaffnete Kräfte. Offensichtlich haben sie auch das Monopol legitimierter Gewalt; ich möchte nicht nahelegen, daß es irgendetwas gibt, das einer Kräftebalance zwischen Israelis und Palästinensern ähnelt. Nichtsdestotrotz sollte man darüber nachdenken, daß es das offizielle politische Verfahren einer arabischen Regierung nach der anderen (inclusive der PLO) gewesen ist, sehr umfassende allgemeine Ansprüche geltend zu machen und dann zu hoffen, daß die konkreten Details später irgendwie ausgearbeitet werden würden. Die PLO akzeptierte die „Declaration of Principles" vor dem Hintergrund, daß palästinensische Autonomie irgendwie zur Unabhängigkeit führen würde, wenn nur genügend rhetorische Statements über einen unabhängigen palästinensischen Staat abgegeben werden würden. Als es zur Verhandlung der Details kam (welche Teile von Jericho und Gaza standen zur Debatte?) hatten wir weder die Pläne noch die Kenntnis der derzeitigen Umstände und Tatsachen zur Hand. Sie hatten die Pläne, das Gebiet, die Landkarten, die Siedlungen, die Straßen; wir haben den Wunsch nach Autonomie und israelischem Rückzug, einige wenige Details und wenig Macht, irgendetwas wirklich zu verändern. – Nötig ist die Disziplin im Detail.

Eine allgemeine Idee wie die der „begrenzten Autonomie" könnte zur Unabhängigkeit führen oder zu weiterer Beherrschung. In jedem Fall jedoch ist es die Hauptaufgabe der Palästinenser, die Gesamtkarte der Gebiete, die die Israelis erstellt haben, zu kennen und zu verstehen, um sich dann eine konkrete Taktik des Widerstands zu überlegen. (In der Geschichte kolonialer Invasion wurden Landkarten immer zuerst von den Siegern gezeichnet, weil Landkarten Instrumente der Eroberung sind: einmal geplant, werden sie anschließend realisiert. Geographie ist deshalb die Kunst des Krieges, aber sie kann auch die Kunst des Widerstands sein, wenn es eine Gegenkarte und eine Gegenstrategie gibt.) Die Essenz des israelischen Planes für territoriale Vorherrschaft, sowohl theoretisch wie praktisch, ist (a) die effektive Kontrolle über das Land innerhalb der Grenzen von vor 1967 und (b) die Verhinderung einer wirklichen palästinensischen Autonomie durch die Beibehaltung eines sich ständig ausdehnenden, vereinten Jerusalems als Zentrum eines sich zur Westbank hin vergrößernden Netzes. Die israelischen Pläne für und die Praktiken in Jerusalem sind deshalb von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Palästinenser.

Soviel ich weiß, war Jerusalem niemals der Brennpunkt einer konzentrierten palästinensischen Strategie, noch hat es eine systematische Kampagne des Widerstands gegen die israelische Kontrolle über die Stadt und ihre Umgebung gegeben. Und so erscheint 'Ga-za-Jericho' immer mehr wie eine Falle oder eine Art sorgfältig ausgearbeiteter Ablenkung, damit palästinensische Energien durch die Verwaltung der Randgebiete absorbiert werden, während das Zentrum bei den Israelis verbleibt. Wie es von Jan de Jong, einem niederländischen Geographen, der sich wäh-rend der vergangenen acht Jahre mit der israelischen Jerusampolitik befaßt hat, herausgearbeitet wurde, ist es die israelische Idee, die „letzten offenen Gegenden, die ... von den Palästinensern beansprucht werden könnten, (einzunehmen), um den Kreis um die *Alte Stadt* zu schließen." Er beschreibt zwei Siedlungsringe, die Gegenstand israelischer Bauanstrengungen während der nächsten drei Jahre sein werden: der erste umfaßt in etwa das besetzte Jerusalem; der

zweite, den ersten einschließend, erstreckt sich letztlich bis ins Innere der Westbank, von Bir Zeit im Norden bis zu den Außenbezirken von Hebron im Süden. Innerhalb dieser etwa 85 Quadratmeilen wird Israel im Großen und Ganzen unbehelligt bleiben, auch wenn hier und da in den besetzten Gebieten den Palästinensern „in gesonderten Gebietseinheiten" eine Autonomie zugestanden wird.

Die ganze Westbank und Gaza sind bereits durch etwa 57 Straßensperren in zehn oder elf Kantone unterteilt. Rabins Regierung ist mit einem 600 Millionen Dollar teuren Straßensystem in den besetzten Gebieten zugange; es soll von Israel kontrolliert werden und wird die Siedlungen miteinander und mit Israel und Jerusalem verbinden und die 'Kantonisierung' der Gebiete vervollständigen. Zwischenzeitlich geht die Landbesetzung in einer atemberaubenden Geschwindigkeit voran: Mehr als 9 000 Morgen wurden allein im Dezember gewaltsam genommen und zu israelischen militärischen Gebieten erklärt. Von Ra'anan Weiz, einem treuen *Labor*-Anhänger und früheren Vorsitzenden der *Jewish Agency's Department of Rural Settlement* kam sogar der Vorschlag, daß Israel eine neue Hauptstadt für die Palästinenser nahe Hizma (in der Wüste, weit genug hinter den zwei Siedlungsringen) bauen solle.

De Jongs wesentlicher Punkt jedoch ist, daß, wo immer die Israelis auch planen, bauen und kontrollieren, die Palästinenser noch nicht einmal eine Strategie gegen diese Bewegung formuliert haben, und zwar weder durch die Einrichtung kollektiver und öffentlicher Bauprojekte noch dadurch, das hauptstädtische Jerusalem zum Zentrum eines *nationalen* Entwicklungsplanes zu machen. In beiden Fällen schlägt de Jong, da die Vorstellung der Israelis die Teilung der palästinensischen Bevölkerung in „Inseln, Kantone, kleine eingedämmte Regionen" ist, als Antwort vor, die Palästinenser „sollten sich als Teil einer größeren Einheit betrachten", von der Jerusalem nicht nur ein Bezirk oder eine Hauptstraße ist, sondern eine Stadt „von (so völlig verschiedenen Nachbargemeinden Ost-Jerusalems wie) al-Azzariah bis Beit-Hanina und Shuafat und (die Palästinenser) sollten dann darüber nachdenken, wie (sie) da eine vorausschauende Entwicklung in Gang setzen können." Dies als Alternative zu diskutieren und gleichzeitig erkennbare Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen, „wird die Menschen dazu bringen, daran zu glauben", und kann dadurch die Basis kollektiver Handlungen werden.

Es wurde in jüngster Vergangenheit viel darüber geredet, die Verantwortung dafür, wohin der Weg von hier aus geht, an – palästinensische und nichtpalästinensische – 'Experten' zu delegieren; und dies immer im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 'Autoritätstransfer' an eine neue palästinensische Verwaltung. Dieser Gedanke wird von der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaft und den USA unterstützt, die den Bedarf nach objektiven und unpolitischen (d.h. dienstbaren und dem Gedanken der freien Marktwirtschaft verpflichteten) Strategen stark unterstreichen. Ich werde von ihren Argumenten ideologisch nicht berührt (wo Entwicklung von außen diktiert wird, war das schließliche Ergebnis die Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung und das Halten dieser Länder in einer regelmäßig stärkeren politischen und ökonomischen Abhängigkeit von den entwickelten Ländern), und auch nicht praktisch, da Arafat, der sich selbst gern als den 'Boß' bezeichnet, willkürliche Autorität auch gegenüber den klügsten Experten ausüben kann. Einige von Arafats unzufriedenen (aber opportunistischen) Mitarbeitern plädieren offen dafür, 'Experten' heranzuholen, und schlagen dabei oft genug sich selbst als Ersatz für Arafat vor.

In dieser Situation jedoch können Experten, die in Washington oder Paris sitzen, nur sehr wenig ausrichten: Ein Plan, sei er auch von den brillantesten, aber weit entfernten Intellektuellen ausgedacht, kann nicht ohne einen gemeinsamen nationalen Willen verwirklicht werden, genauso wenig wie ohne Mobilisierung und ohne nationale Einsicht in die Dringlichkeit eines solchen Planes. Entsprechend kann von freischaffenden palästinensischen Experten und Unternehmern nicht angenommen werden, sie arbeiteten für das Gemeinwohl. – Innerhalb der arabischen Welt, Europas und der Vereinigten Staaten gibt es (jedoch) eine überaus große Zahl talentierter und erfolgreicher Palästinenser, die sich in Medizin, Recht, dem Bankenwesen, in Planung, Architektur, Journalismus, in der Industrie, dem Erziehungswesen oder Verhandlungsführung einen Namen gemacht haben. Die meisten dieser Leute haben nur einen sehr geringen Teil dessen, was sie zur nationalen Sache der Palästinenser beitragen könnten, auch tatsächlich beigetragen. Verglichen mit den jüdischen Gemeinden des Westens haben wir nahezu nichts getan, obwohl ich davon überzeugt bin, daß es hier ein großes Potential gibt. Vielleicht war es nicht das größte Versäumnis der PLO, daß sie eine schlecht überlegte und dumme „Declaration of Principles" unterzeichnet hat, sondern daß sie es – vor und nach Oslo – vernachlässigt hat, das breite Potential ihres eigenen Volkes zu mobilisieren.

Die Palästinenser sind heute geteilt durch die Geographie und durch Israels Pläne, uns zersplittert und voneinander isoliert zu halten; die Menschen in Palästina und diejenigen außerhalb führen ein verschiedenes Leben mit viel zu wenig Verständigung untereinander. Um als Nation zu überstehen genügt es nicht, Slogans zu wiederholen oder darauf zu bestehen, die palästinensische Identität würde überleben. Als erstes gilt es, die grundlegenden Tatsachen so konkret und präzise wie möglich zu erfassen. Dies nicht, um von ihnen überwältigt zu werden, sondern um Wege zu finden, ihnen unsere eigenen Fakten und Institutionen gegenüberzustellen und schließlich unsere Präsenz als Nation demokratisch und mit Massenpartizipation zu behaupten.

Der palästinensische Nationalrat muß, auch gegen die Opposition der PLO, zusammentreten. Anstatt sich zurückzulehnen und darauf zu warten, daß etwas geschieht, können die Palästinenser – und tatsächlich müssen sie es auch – Körperschaften bilden, wo immer große Gemeinden bestehen (wie in Jordanien, dem Libanon, Nordamerika und England): mit genügend Schlagkraft, Ressourcen und der Möglichkeit wirkungsvoller Beiträge. In den besetzten Gebieten haben Teilung und Fraktionierung eine Situation von Hilflosigkeit und Ressentiment geschaffen, in der sich nun die meisten Palästinenser wiederfinden. Systematische Versuche müssen unternommen werden, um den Abstand zwischen der Diaspora und jenen Palästinensern zu überbrücken. Netzwerke bilden sich mit stetig wachsenden Gruppen von Bürgern, die mit der Ungeeignetheit der PLO unzufrieden sind. Aber von zentraler Bedeutung ist es, die Annahme aufzugeben, Arafat und Co. könnten reformiert werden und eine offene und mutige Diskussion über die Alternativen zu beginnen, über die Notwendigkeit, als Nation vorwärts zu gehen, und – als wichtigstes – über eine Strategie, die israelische Besatzung zu beenden.

Wenn Jerusalem der Kern unserer mißlichen Lage gegenüber Israel ist, ist es auch der Kern der Lösung. Wenn der Siedlungsprozeß weitergeht, müssen die Palästinenser die Mittel und den Willen dazu aufbringen, die einseitige israelische Kontrolle zu verhindern. Um dies zu tun, müssen die Palästinenser damit beginnen, kollektiv zu denken und damit aufhören, individuell zu reagieren. Die Israelis müssen auf irgend eine Weise davon überzeugt werden, daß es keinen wirklichen Frieden geben wird, bis sie das palästinensische Land freigeben, das sie derzeit unrechtmäßig in Jerusalem und in ihren Westbank- und Gaza-Siedlungen besetzen. Wenn sie aber davon überzeugt werden, dann nur von einem Volk, das bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau sich als Bestandteil einer nationalen Anstrengung fühlt, die auf wirkliche, nicht nur scheinbare Unabhängigkeit abzielt. Darum geht es. So etwas wie eine teilweise Unabhängigkeit oder eine begrenzte Autonomie gibt es nicht. Ohne politische Unabhängigkeit gibt es weder Souveränität noch wirkliche Freiheit, und sicher keine Ebenbürtigkeit mit einem israelischen, jüdischen Staat, der Palästina 1948 zerstörte und nicht eben begierig darauf ist, diesem 1994 eine neue Chance zu geben. Die Herausforderung ist offensichtlich. ●

Aus: „The Nation" vom 14. Februar 1994
Übersetzung: Urban Weber

Betr.: *links*, Nr. 2/94

„Kleines Neudeutsches Wörterbuch“

Berti Vogts hat das Länderspiel am 20.4. gegen England nicht ausfallen lassen.
1. Es findet doch statt, nämlich in Berlin (nachdem sich nach der Spielabsage durch den Hamburger Innensenator – nicht durch DFB-Gremien! – folgende Städte um die Austragung bemüht hatten: Berlin, München, Nürnberg).
2. Es ist nicht Vogts Job, festgesetzte Spieltermine abzusagen. Er hat als Bundestrainer Mitspracherecht bei der Auswahl der Mannschaften, gegen die Freundschaftsspiele ausgetragen werden, und er kann Terminwünsche äußern.
3. Vogts sprach sich für den Termin aus, indem er eine Bildungslücke („Ich wußte nicht, wer an diesem Tag Geburtstag hatte.“) als Beweis seiner moralischen Integrität verkaufte.
Die in der *links* angegebene Begründung („wegen möglicher Mißverständnisse“) hat weder Vogts noch der für die Hamburger Spielabsage zuständige Innensenator gegeben. Letzterer sprach von Sicherheitsbedenken, die durch einen seit Monaten angekündigten Aufmarsch rechtsextremer Gruppen aus Deutschland und England entstanden sind, bzw. wären.

Und warum diese Korrektur? Weil das genaue Hinschauen viel mehr Ertrag bringt, als das oberflächliche Nichternstnehmen (is ja nur Sport, is ja nur Berti).

Da die Wirksamkeit von Kritik erfahrungsgemäß sehr davon abhängt, über welches Sozialrenommee der Kritiker verfügt und dieses bei mir, dem kleinen, dummen Sportjournalisten, der klugen Linksintellektuellen gegenübertritt, nicht allzu hoch ist, suche ich mir Beistand: „Der böse Blick ist fruchtbar. Er trifft Phänomene, welche man verfehlt und verharmlost, solange man sie als bloße Fassade der Gesellschaft von obenher abtut, ohne bei ihnen zu verweilen. Dahin gehört der Sport.“ (Adorno in den Prismen).

MARTIN KRAUß
Redaktion „Sportkritik. Die Zeitschrift gegen das Unentschieden“ Berlin

"Umwelt", "Entwicklung" und Internationalismus

Internationalistische Arbeit ist nicht nur praktisch in der Defensive, sondern steht vielen Problemen ohne weitergehende Erklärungen und politischen Konzepten gegenüber. Die Tagung biete den Rahmen, grundsätzlich nach dem Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur zu fragen. Außerdem soll die zunehmende Naturzerstörung und ihre weltweiten sozialen Auswirkungen aus verschiedenen Perspektiven (feministische, materialistische, spiritualistische, autoritäre) thematisiert werden.

Politisch zugespitzt werden soll die Veranstaltung mit praktischen Beispielen anhand der Frage, ob und wie sich gesellschaftliche Opposition und deren verschiedene “Arbeitsfelder” (hier: vor allem die Soli- und Umweltbewegung) stärker aufeinander beziehen kann - und warum sie es bisher kaum tat.

Termin: 30. April - 1. Mai ‘94 (Anmeldung bis 15. April)

Veranstalter: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Unkostenbeitrag: 50 DM für Übernachtung und Verpflegung; Fahrkosten (Bahn) werden zu 80% rückerstattet (Überweisung auf Postscheckamt Hamburg, 791 12-201, BLZ 20010020
Ort: Düsseldorf

Die Unregierbaren / Autonome Liste

In Wuppertal haben sich Leute aus autonomen Zusammenhängen unter dem Namen „Die Unregierbaren - Autonome Liste” als Partei eintragen lassen und wollen im Juni zur Europawahl antreten. Dafür müssen sie bis Ende März bundesweit 4000 Unterschriften sammeln. Dann erst können sie „mit eigenen Wahlspots in Fernsehen und Radio, mit Plakaten und legalen Lautsprecherwagen den Herrschenden mit radikalen, linken Themen und Aktionen in die Suppe spucken”.
Laut Parteiengesetz sind die Unregierbaren eine Partei mit Vorsitzenden, Kassenwart etc. Ansonsten aber sind sie der Außerparlamentarischen Bewegung verpflichtet: „Wir sind jetzt nicht dem Parlamentarismus verfallen, sondern wir wollen die Möglichkeiten des Wahlkampfes für unsere politischen Inhalte nutzen. Unsere Parole ist und bleibt: Wahlen ändern nichts.” Die Unregierbaren rufen autonome Frauengruppen, Flüchtlings- und Antifa-Gruppen dazu auf, die Infrastruktur der Herrschenden zu nutzen und sich an der Produktion der Wahlspots zu beteiligen, eigene Plakate herzustellen und in ihrer Stadt, mit Hilfe von Lautsprecherwagen und Veranstaltungen, offensive Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Für den Fall, daß wider Erwarten über 150000 Menschen die Autonome Liste wählen, werden auf dem nächsten bundesweiten Treffen politische Projekte festgelegt, die dann mit dem Geld der rückerstatteten Wahlkampfkosten unterstützt werden sollen.
Wer **Unterschriften** sammeln will oder weitere **Informationen** möchte:
Infoladen Wuppertal, Brunnenstraße 41, 42105 Wuppertal, Tel. 0202/311790
Spendenkonto: Freie Medien, Stichwort: „Unregierbar“, Postgiro Essen, Kto.Nr. 470843437 (BL_Z 36010043)

Das Info

ZUM BALKAN-KRIEG
ist da:

Helfen! Statt schießen!

Die neue, im Februar aktualisierte Auflage hat eine Höhe von einer Mio. Die Broschüre kann bestellt werden über das: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbach gegen 3 DM in Briefmarken.

DIETER MAIER

Landschaften des Bösen

Grausamkeit und Despotismus in arabischen Ländern

Kanan Makiya:
„Cruelty and Silence — War, Tyranny, Uprising and the Arab World"
Norton, New York 1993, 367 Seiten

Die Debatte europäischer Intellektueller über den alliierten Krieg gegen den Irak ist verpufft. Die Schützengräben sind noch da, aber sie sind verlassen und wachsen langsam zu. Auch unter arabischen Intellektuellen gab es hitzige Diskussionen über das Für und Wider der Intervention. Dieser Schlagabtausch hat seinen Weg in die deutschsprachige Publizistik nicht gefunden, obwohl er zukunftsträchtiger war als der europäische. Mitten in der Krise der meisten arabischen Länder stellte er das Dogma in Frage, daß arabischer Nationalismus und Fortschritt untrennbar miteinander verbunden seien.

Das Buch, an dem sich die Polemik entzündete, ist Kanan Makiyas 'Cruelty and Silence'. Makiya beschreibt 'Landschaften der Grausamkeit'. Er mißt die Gesellschaften seines Heimatlandes Irak, des Iran, Syriens und anderer arabischer Länder am Maßstab der Menschenrechte. Sein Urteil ist vernichtend: Die modernen arabischen Gesellschaften sind unmenschliche Despotien. Ihre Kultur und Religion, die Art, wie sie Frauen und ethnische Minderheiten behandeln, Erziehung und Recht sind Teil dieses Unrechtssystems, das so objektiv geworden ist wie eine Landschaft. In einem eindrucksvollen Kapitel zeigt der Autor, daß die Massenvergewaltigungen während der irakischen Invasion Kuweits in der arabischen Tradition gegenüber Frauen angelegt waren und daß diese Tradition im besetzten Kuweit nur einen ihrer Höhepunkte fand. Er kommt zu der Schlußfolgerung: „Vieles, was die Grausamkeit in der modernen arabischen Welt ausmacht, kann auf die Gewalt gegen Frauen zurückgeführt werden. Diese ist der kulturellen Geschlechtertrennung geschuldet. Meine Hypothese ist, daß die wachsende Grausamkeit gegenüber arabischen Frauen die Modernisierung der arabischen Welt begleitet hat."

Hypothesen wie diese schreien nach Ausführung. Makiya beläßt es aber bei einer Mischung von Tatsachenschilderungen, Ansätzen von Analysen und stets von neuem losbrechenden Polemiken. Sein durchgängiger Ansatz ist die Entmythologisierung der arabischen Kultur. So hält er die panarabische Bewegung, die sich mit Vorliebe auf die gemeinsamen kulturellen Wurzeln der arabischen Länder beruft, für eine Erscheinung der Jetztzeit: „Die antiimperialistische Rhetorik während der Golfkrise (...) ist keineswegs einfach eine panarabische Weltsicht; sie ist ein *moderner nationalistischer Diskurs*, der kulturell arabisch-muslismisch begründet ist, aber auch von arabischen Christen und arabischen Schiiten und Sunniten vorgetragen werden kann." Der Autor hält den arabischen Nationalismus für eine Mythenbildung der Moderne.

Makiya lebt in den USA. Sein erstes Buch über den Irak, 'Republic of Fear' erschien unter dem Pseudonym Samir Al-Khalil und fand jahrelang keinen Verleger, bis es schließlich 1989 als kaum beachteter Universitätsdruck in Kalifornien erschien. Nach der irakischen Invasion Kuweits wurde es zum Bestseller. Nach dem Waffenstillstand zwischen den Alliierten und dem Irak im März 1991 forderte Makiya Präsident Bush öffentlich auf, in Bagdad einzumarschieren. Von diesem Moment ab hatte er westliche Freunde und arabische Feinde im Überfluß; gegen letztere schießt er in 'Cruelty and Silence' in einzelkämpferischer Manier köcherweise seine Giftpfeile ab. Im November 1991 reiste er nach zwanzigjährigem Exil wieder in den Irak. Seine Berichte aus dem irakischen Kurdistan gehören zu den substanziellsten Passagen des Buches. Er, der Saddam Hussein haßt, identifiziert sich keineswegs mit dessen Gegnern. Er beschreibt, wie während des Aufstandes in Basra 1991 ein Anhänger des Baath-Regimes gekreuzigt und in Stücke zerhackt wurde. Die Grausamkeit ist nicht das Merkmal einer bestimmten Partei, sondern der gesamten Gesellschaft, oder, wie der Autor recht pauschal sagt, der „arabischen Welt".

Sein Lieblingsfeind ist Edward Said, der bis zu seinem Rücktritt 1991 zum palästinensischen Nationalrat gehörte und — jedenfalls bis zum Auftauchen Makiyas — der im Westen bekannteste arabische Intellektuelle war. Said und die meisten derer, die Makiyas kritisiert, haben sich ebenfalls gegen die irakische Invasion Kuweits ausgesprochen, wenn sie auch mit dem Krieg der USA und ihrer Alliierten nicht einverstanden waren. Said hatte, ohne daß Makiya dies anmerkt, selbst geschrieben, daß in arabischen Ländern Geheimdienste und Bürokratien die reale Macht ausüben und von jedem gehaßt werden. Die kleine, aber feine in New York erscheinende Wochenzeitschrift 'The Nation' ging ausführlich auf Makiya ein. Eqbal Ahmad weist ihm dort (Ausgabe vom 9. August 1993) eine Reihe von Ungenauigkeiten und ungerechtfertigten Vorwürfen nach. Leserinnen und Leser tun gut daran, ein paar Kleinlichkeiten dieser Debatte außer acht zu lassen, die wohl auch nur deshalb so ins Kraut schießen konnten, weil durch den zweiten Golfkrieg ein unmäßig großes Publikum auf die Protagonisten starrte.

Makiya hat das Verdienst, die gesellschaftlichen und kulturinhärenten Ursachen von Grausamkeit und Despotismus in den Mittelpunkt der Debatte gerückt zu haben. Arabische Theoretiker und Politiker haben oft genug eigene Schwierigkeiten und Widersprüche im Namen unterstellter Gemeinsamkeiten verwischt, wenn es gegen äußere Feinde ging. Die Kontroversen über den Zionismus und den Staat Israel sind zu pauschal geführt worden (auf diesen Teil der nahöstlichen Problematik geht der Autor nur knapp ein). Antiimperialistische Rhetorik klingt nach Makiyas Buch noch hohler als ohnehin. Wie immer man zu Makiya steht, schreibt Michael Massing im 'New Yorker' (26. April 1993), „der Diskurs unter arabischen Intellektuellen wird nie wieder derselbe sein wie zuvor." ●

JÜRGEN ROTH

1968: Ursprünge, Spuren und der literarische Betrieb

Literaturwissenschaft und politische Praxis bei Klaus Briegleb

Daß in einer kurz bemessenen Zeitspanne die gesellschaftliche (Selbst-) Positionierung der Literatur in einer reflektierten Spannung zwischen Anpassung und Rebellion unentschieden war, ist in Vergessenheit geraten, vor allem durch die gezielt im Literatur- und Feuilletonbetrieb lancierte Selbstdeutung jener Autoren, die auch nach dem 2. Juni 1967 ihre Profilierung im Rahmen der Gruppe 47 fortschreiben wollten im Sinne des selbstgestellten 'Auftrages', die erfolgreiche Eininstitutionalisierung der Literatur in die 'demokratische Nachkriegsgesellschaft' der Bundesrepublik gegen die surrealistischen Angriffe der Kommune I zu verteidigen: Sozialstaatliche Gesinnung und moralische Selbstsituierung im nationalen Raum statt literarischer Rebellion und ästhetischer Demontage des Sicherheitsstaates hielten ihren Einstand, als die gründliche demokratische Selbstversicherung der fortgesetzten Nachkriegsliteratur in Gefahr geriet.

Klaus Brieglebs Versuch, Literaturgeschichtsschreibung an den Materialen des antiautoritären und in seinen Ursprüngen genuin ästhetischen Protests auszuweisen, setzt dagegen die Zeiten von Großer Koalition und Vietnam-Krieg, Verabschiedung der Notstandsgesetze und 2. Juni 1967, dem Pariser Mai und den Kommune-I-Prozessen als Konstellation einer geschichtlichen Provokation in Szene und schreibt sie fort als erinnernde und zu erinnernde Konstellationen der „Ohnmachtserfahrungen im politischen Raum", in dem Literatur auf politische Verhältnisse trifft, in dem aber ebensosehr aktiv Bedürfnisse gegen die materiale Geschichte literarisch entwickelt werden. Alle Parteinahme entsteht so aus begrifflicher Arbeit an Verhältnissen, die den literarhistorischen Begriffen von den einstigen Verhältnissen ins Wort fallen. Eine solche Feldvermessung unternimmt den Versuch, gegen die „nationale Verabredung" im 'Wiedervereinigungs'-Diskurs post festum Bedingungen zu erschließen, unter denen das Verhältnis von oppositioneller Politik und Literatur an den Formen sowohl der Produkte als auch der literaturtheoretischen Reflexion so bestimmt zu werden vermag, daß durch die 'Erschrekkensverhältnisse' des Jahres 1968 hindurch die Funktion einer rebellischen Literarizität erarbeitet wird, in der die „Rhetorik des Schweigens" und aufwendigen Verschweigens keinen Unterschlupf findet. Die Geschichte rebellisch-literarischer Oppositionshaltungen schreibt sich bereits im theoretischen Bewußtsein der Nachmoderne. Ein Rekonstruktionsversuch jedoch, der das Datum '1968' als Geflecht widersprüchlicher Beziehungen zwischen „politischer Schreibästhetik", Reflexionshaltungen, Tumulten und öffentlichen Szenerien deutet und nicht als Terrain der Selbstdarstellungsfeier etwa eines Günter Grass affirmiert, verweigert sich der Integration von ästhetisch figurierter Politik ins Kontinuum literaturgeschichtlicher Überlieferung, in das noch jede Form des Protests gefügt wird, die sich nach den Marktstrategien der Oberflächenverwertung zum 'politischen Forum der Literatur' im nachhinein modeln läßt.

Gegen die letztgültige Expansion einer kulturbetrieblichen Zirkulationssphäre, in der sich Literatur entgegenständlicht und zum qualitätslosen Material konjunkturell tauschbarer Zeichenwelten des „Erinnerungsmarktes" verdünnt, ist die Frage nach der Funktion von Literatur im Spätkapitalismus nochmals radikal, in losem Anschluß an Adornos Kulturkritik der 50er Jahre zu stellen: der „Schock in der Kultur", den die Berliner Surrealisten um Fritz Teufel zum Gegenstand ihrer Flugblätter und Formexperimente machten, stellt sich quer zu den Integrationsleistungen einer „ideellen politischen Apparatur", die nicht zuletzt in der Ansehensquote 'großer Literatur' einen Erfüllungsgehilfen für das Projekt nationalen Wiederbekenntnisses qua „politischer Vergessensleistung" zu disponieren verstand. Briegleb also zeichnet die literarischen Verhältnisse um '1968' als Nach-Moderne mit unabgegoltener Aktualität nach; er situiert sein Projekt als schreibende Erinnerung an die Konfliktsituation zwischen Staat, Literatur und Subversion, in der der Widerstand des ästhetisch-reflexiven Gedankens die kulturellen Verwertungsverhältnisse durchdringt und die Konstellation Literatur und Revolte als Bild eines gewaltbeherrschten geschichtlichen Kontextes festhält.

Wenn es heute den Anschein hat, die „historische Selbsterforschung der deutschen politischen Intelligenz" sei endgültig passé, so scheint die Fluchtlinie dieser Verdrängung in jener von M. Walser 1968 geforderten Position der „mitmachenden Schreibe" zu enden. Die Ablehnung einer aus den destruktiven Semantiken der amerikanischen Pop- und Underground-Kultur bezogenen anarchistischen Glücksprojektion, die die Freiheiten kapitalistischer Verhältnisse gegen deren systemische Ziele anarchistisch aneignete, setzt bald die politische Verantwortung des westdeutschen Schriftstellers als Selbstmobilisierung im Akt der Moralisierung seiner Schreibarbeit ein.

Dem Impuls der Ausgrenzung der lebensweltlich nicht sanktionierten Subversion folgen zwei Strategien: entweder wird der Protest zügig entästhetisiert und der „Tod der Literatur" proklamiert, oder im „Einverleibungsprozeß" der späten 60er stiehlt sich die Kritik an Kultur und ihrer Partizipation am Schuldzusammenhang davon, um der erneuten kulturellen Zurüstung Vorschub zu

mierte Autoren nach kurzgehaltener Produktionskrise mitzuteilen, auf ihr zeitlos gültiges Sinnreservat nicht verzichten. Dialektik der fortdauernden Restauration hier in Vollendung: „Der im Scheitern vor 1968 geendete Geschichtsabschnitt einer sich gegen die Restaurations-Gesellschaft politisch verstehenden Literatur sei Beweis dafür, daß auch die besondere Politisierung, die am Ende, '1968', möglich schien, im allgemeinen unmöglich ist." Briegleb, der seine Literaturgeschichte im „Praxisfeld politischer Ästhetiken" verortet, greift auf Textarbeit zurück, um sie zu überschreiten. Zugleich umgeht er die der ästhetischen Theorie zeitweilig zugehörige Hypostase, Literatur verhalte sich statt relativ autonom und vermittelt direkt und politische Folgen zeitigend zur gesellschaftlichen Diskursstabilität.

Sein Plädoyer für eine einläßliche Lektüre der vom Kulturbetrieb erst ignorierten, dann einverleibten und schließlich wieder ausgeschiedenen Text- und Aktionsformen greift auf ein Selbstverständnis der Lesart zurück, das den situationistischen Protest zugleich als Möglichkeit geschichtlicher Erinnerungstätigkeit versteht. Diese konfrontiert die durch die Gruppe 47 kanonisierte pralle Sinnfülle eines bloß moralischen, damit stringent vergeßlichen literarischen Pragmatismus mit Latenz und Dominanz der nach 45 ungehindert weiter kapitalisierten und nach innen militarisierten westdeutschen Gesellschaft. Die Angriffe der Berliner Avantgarde auf das staatlich-polizeiliche und national bezeugte Verabredungssystem konstituierten einen „Textkörper", der je schon 'als Stadt' besteht. Da Brieglebs literarhistorischer Blick nicht auf abzusondernde Textgruppen und -formen fällt, sondern gesellschaftliche Formierung als System von (literarischer wie nicht-literarischer) Artikulations- und Handlungsbindung erkennt, sucht er die Ursprungslinien der Revolte in jenen Spuren, die die nachfaschistisch-europäische Bohéme in ihren „sozialkritischen Sprachpraxen und Denunziationstechniken" für die Berliner Situation vor-gelegt hat. Die Konstruktion von musisch-subversiven Situationen, in denen Augenblicke nicht-domestizierter, ungebändigter, gleichwohl mobilisierender Erfahrung für die Möglichkeit gesellschaftlicher Befreiung (als „völlige Neugestaltung der Lebensbedingungen") entstehen, bereitet den Eingriff der Berliner „Künstlerrevolutionäre" vor. Fritz Teufel u.a. vollziehen im satirischen Störversuch den Bruch mit Lebensverhältnissen, die sich im Vergessen eingenistet haben, indem sie in den Poren des Kapitalismus eine provokative und zugleich selbstbewußt zweifelnde Sprachpraxis entfalten, die ihre „Zerstörung überlebt, (um) das Ferment der Revolution in der Übergangsgesellschaft" zu werden. Gerade in der bewußt vorangetriebenen Selbstzerstörung der Avantgarde im Prozeß der Auseinandersetzung mit den Disziplinierungs- und Bewußtseinsformationen des bürokratisch-polizeistaatlichen Kapitalismus ist eine brüchige Avanciertheit markiert, die selbst den Bruch mit den Überlebensstrategien der technokratischen Imperative in Aussicht stellt. In affirmativer Subversion nämlich legen die avantgardistischen Texttechniken der Kommune I und eines Reinhard Lettau das Bündnis von Aktion und Literatur frei, und zwar in praktischer ideologieexplikativer Intention: „Springers Berlin" wird zum Stadttheater und zur Drehbühne, an der die Kommunarden satirisch noch gegen die Ausgrenzungsstrategien der studentischen Opposition an der FU zerren und drehen: „Daran drehen: die Vorderseite der Westwelt bis ins Triviale, Geschmacklose bunt verzerren, provozieren, und den politischen Spaß feiern, wenn dann die an-'gegriffenen' Vorderansichten sich gereizt umdrehen und — ihre Hinterseite zeigen, ihr 'wahres Gesicht'." In dieser provozierten Ausgrenzungs- und Abwehrsituation wird noch vor dem 2. Juni 1967 deutlich, daß die Chance, die der Literatur in der Revolte eingeräumt war, die Chance der Revolte überhaupt gewesen ist. Bevor also der ästhetische Protest in falscher Subsumtion unter politische Organisationsdebatten und in Assimilation an den Kulturbetrieb vergehen sollte, wird in ironischer Distanzierung sowohl vom Schreibtisch als auch von revolutionären Kalküls durch-gespielt, was an Widerstandshandlungen aus der europäischen Avantgarde zu beziehen war: die Aussicht, als „spielerische Stadt-Guerilla" gesellschaftliche Triebblockaden zu unterlaufen und Glücksprojektionen freizulegen, die listig in unentwegter, zuversichtig-humoristischer Verkehrung (Benjamin) auf dem Feld des gesellschaftlichen Kampfes 'erobert' wurden. Brieglebs eigentliche 'Leistung' ist es, Literatur- und Textgeschichte als kulturbetrieblich sichergestellte Gesellschaftsgeschichte zu dekonstruieren, um szenische Revolten zu re-konstruieren. Eine solche Dekonstruktion trägt die Schichten der Überlieferung ab und zeigt die wechselseitige Determination von Literatur und Herrschaft, gleichermaßen die relative Chance, die die antiautoritäre Revolte als Antizipation und Aufklärung im Augenblick ihrer radikalen Literarizität, nämlich dann, „als man die Welt als Text zu lesen begann, den man zerstören muß", inne hatte.

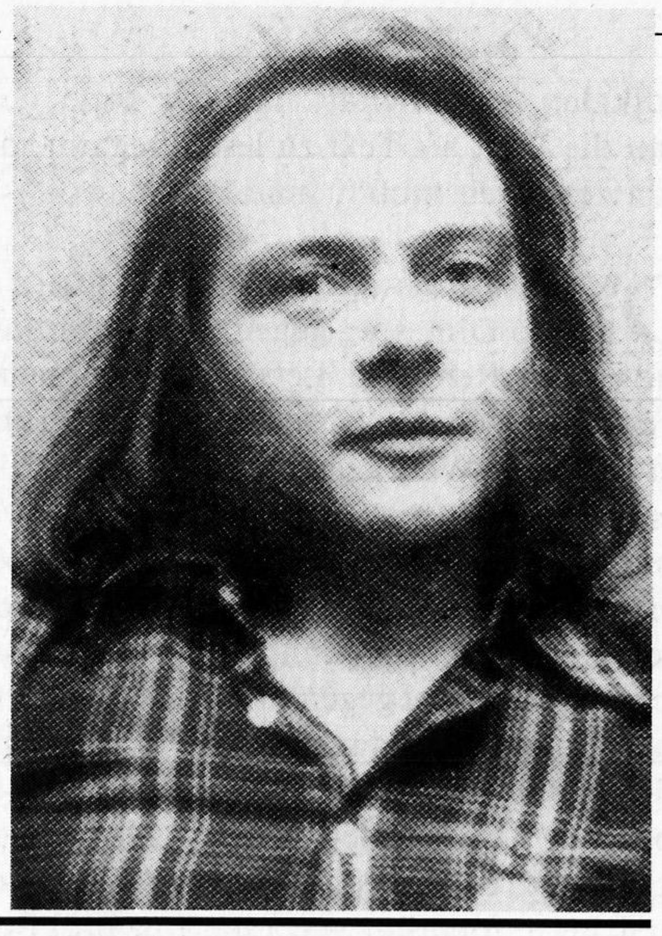
Der Einsatz der Justiz nach dem Mord an Benno Ohnesorg gegen die Kommune I und gegen Reinhard Lettau, der in seinen Presseanalysen das „gesunde Rechtsgefühl" der Springer-Welt „zerriß", läßt das Stadttheater umschlagen in die Szenerie der von Staat und Bevölkerung symbiotisch verkörperten „Frontstadt" Berlin. Im Moment der „ideologischen Blockbildung von Presse, Polizei und Pöbel gegen Minderheiten" wird noch einmal genuin literarisch ein „Diskursfeld in Gang (gesetzt), wo Geschichte als Sprache ausgehandelt wird". Nicht stellt sich damit eine revolutionstheoretisch vorversicherte Identität von Literatur und Politik ein, sondern in der auszuhaltenden Spannung zwischen literarischem Sprechen und Handeln wird die Sprachlichkeit des Protestes zur ernsthaftesten Parteinahme des Schriftstellers Lettau für die Befreiung, die sich angesichts des „Schocks der Sprachohnmächtigkeit" gegenüber einer auf transformiertem Niveau faschisierten Gesellschaft zur Rede stellt. Lettaus Intervention in die Pressemedien bricht die Selbstverständigung deutscher Nachkriegsschriftsteller als eine im Kontinuum kultureller Arbeit fortgesetzte Option für die post-faschistische Rechtsstaatlichkeit. Sie findet ihr Pendant in den Kommune I-Prozessen, in jenem wirklichkeitsgesättigten Satyrspiel, das am Prozeßverlauf, an Gutachten und richterlichen Stellungnahmen die Dispositive offenlegte, deren Kern die dauerhafte Bereitschaft enthält, die Taten des NS-Faschismus zu wiederholen nun gegen „Gammler und Chaoten". Ihre Signale zeugen von der Bereitschaft, gegen jene vorzugehen, die das Imago des nationalen Raums verletzen durch Anwesenheit ihrer bloßen 'Andersheit', die sich in der öffentlichen Präsenz der „Gammler" materialisiert.

Wurde Literatur in der Geschichte der BRD einmal zur radikalen politischen Praxis auf dem Feld eines „poetisch strukturierten Aktionsfeldes", dann im Vorfeld der späterhin kulturbetrieblich sichergestellten Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der 67er/68er-Revolten. Wollte die situationi-

Pathologie
Haus 6

Hauptbibliothek
Haus 10

LINKS



Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Norbert Hofmeier wurde im August 1986 zusammen mit Thomas Thoene, Thomas Richter und Barbara Perau in Duisburg verhaftet und 1989 vom Staatsschutzsenat in Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der RAF und eines Sprengstoffanschlags auf den Sendemast einer Bundesgrenzschutzkaserne erst zu 10 Jahren, im Revisionsverfahren dann zu 8 Jahren Haft verurteilt. Bis zum Prozeß war er in Ossendorf, während des Prozesses in Düsseldorf, und seitdem ist er in Bochum inhaftiert.

Im „Mai-Papier" der RAF von 1982 wurde das Konzept einer gemeinsamen revolutionären Front entworfen, das in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert und teilweise umgesetzt wurde, von direkter Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF bis hin zu Sprengstoffanschlägen von illegalen Militanten (kämpfenden Einheiten) vor allem 1985/86. Der Staatsschutz reagierte u.a. mit der Verhaftung von legal lebenden Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand – der Illegalen konnte er nicht habhaft werden.

In den Prozessen wurde die „Gesamt-RAF" konstruiert, um alle Gefangenen wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilen zu können und einen möglichst hohen Abschreckungseffekt zu erreichen.

Norbert war und ist weder RAF noch illegaler Militanter. Die Verurteilung beruhte auf politischer Gesinnung.

Norbert Hofmeiers politische Geschichte beginnt mit den Ausläufern der Studentenbewegung. Anfang der 70er Jahre zog er nach Duisburg und arbeitete bis zu seiner Verhaftung als Maschinenschlosser bei Thyssen. Er war Teil der linksradikalen Bewegung ab Mitte der 70er Jahre: der Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhung, der Anti-AKW-Bewegung, Hausbesetzungen, internationaler Solidaritätsbewegung. Als Konsequenz seiner Politik gehörte er zu denjenigen, die sich mit dem Mai-Papier auseinandersetzten und eine direkte Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF führten.

Im August 1994 wird Norbert nach Ablauf der vollen acht Jahre endlich entlassen werden.

stisch strukturierte Literatur zum einen die Sozialpsychosen der Moderne zerlegen und in ein „Selbstverstehen des Springervolkes" transformieren, so offenbarte sie zum anderen, wie der Klappmechanismus der 'großen deutschen Nachkriegsliteratur' seine betriebliche, am liberalistischen Credo geschulte Politik in Szene zu setzen verstand: durch Identifikation der symbolisch-gewaltförmigen Aktionen mit faschistischer Herrschaft ist noch einmal die Verschiebung der eigenen Schuld gegenüber den Opfern handgreiflich geworden. Wenn Grass, Habermas u.a. auf die Tragfähigkeit des nationalen, demokratischen Konsenses setzten, deutete dies zugleich die Präsenz staatlicher Gewaltbereitschaft als Zeichen zur Verteidigung einer erinnerungslosen 'demokratischen Kultur'.

Briegleb untersucht die Bewegungen, die 1968 vom Schreibtisch weg zu einer radikalen Selbstbezweifelung des Literaturproduzenten führen und mit dem Debattenkern von der „Ohnmacht der Literatur" bezeichnet sind. Der Ort, an dem Politik und Literatur 'gegeneinander' die Perspektiven radikaler Praxis zu bestimmen versuchen, gilt nun als Erfahrungsfeld der leeren Mitte; Schreiben, das sich antikapitalistischer Politik in der Negation des ästhetischen Aufhebungspathos' zuwendet, löst sich nicht auf in der von politischer Ästhetik oftmals dekretierten Nähe zur gesellschaftlichen Produktion. Es bespricht eher die subjektiven Grundlagen eines notwendig verunsicherten, der Normenkonsistenz (nach Form und Inhalt) nicht mehr verpflichtbaren und sich vereinzelnden Entstehungszusamenhangs, um an den Bruchstellen zur gesellschaftlichen und historischen Materialität die Chancen zum Engagement aus der Leere heraus zu entwickeln. Peter Weiss, Ingeborg Bachmann und Franz Mon schließen dergestalt an das gebrochene Bewußtsein an, das die literarischen „Störspieler" der K I noch im Feld öffentlicher Aktion zu reflektieren und erproben vermochten. Sie arbeiten am Zwang zum Verstummen, der wohl allein vom Medium Literatur als einem der „Gedächtnis- und Schuldlasten" in sich vermittelt zu werden vermag. Gegen die Verabredungen der Gruppe 47 im Kulturbetrieb schreiben sie im Reflexionsverhalten einer literarischen Moderne, die nicht so weitermachen mag und kann wie bislang.

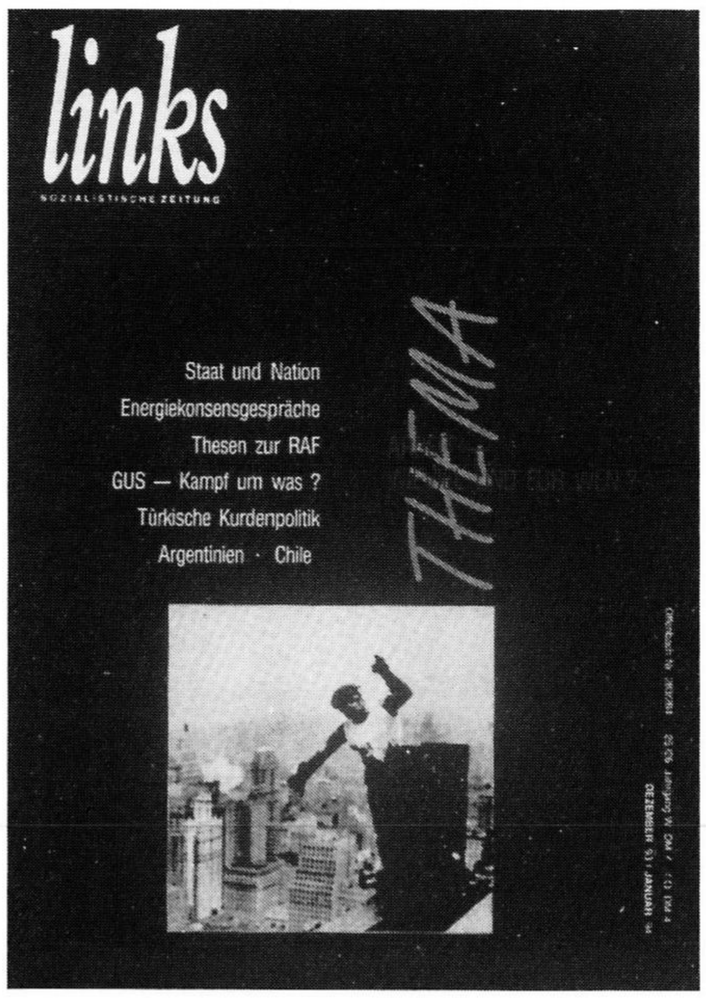
Literatur, nun auf den Höhen der Schreibarbeit wieder gänzlich selbstbezüglich organisiert, spricht gegen Geschichte ein, die sich fortsetzt, weil sie erinnerungslos vorangetrieben wird. Sowohl Bachmann als auch Mon versenken ihr Sprechen in den Gewaltzusammenhang, der einmal auf die in der Nachkriegsgesellschaft akkumulierte Materialität angehäufter Normalitätsprogrammatik rekurriert, ein anderes Mal aus der nackten Tatsache, daß überhaupt jemand ernsthaft noch am Schreibtisch sitzt, seine Zweifel bezieht. Das Adornosche Paradox, daß nur die verzweifelt festgehaltene und vorangetriebene Selbstversenkung des Kunst-Produzenten in die immanenten (Form-) Anforderungen des gesellschaftlich determinierten Materials noch Kritik am gesamtgesellschaftlichen Schuld- und Verblendungszusammenhang zu artikulieren vermag, wird hier analytisch leitend für einen historisch-kritischen Rekonstruktionsversuch, der die Bruchlosigkeit kapitalistischer (und deutscher) Geschichtszerstörung zeigt dort, wo die Störung der Verhältnisse vielleicht mehr hätte zeitigen können als die Vorführung eines Revolte-Versuches, den die Gesellschaft hat schlucken müssen.

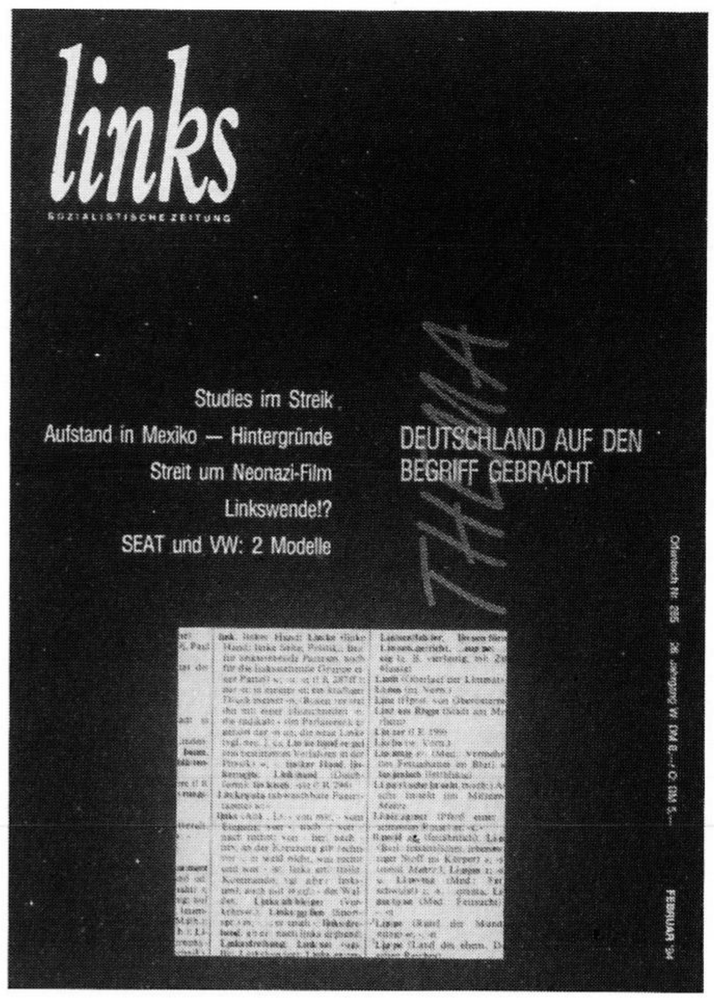
Brieglebs weit ausholende Essayistik, die Literaturgeschichte als Analyse von Diskurspolitik und symbolischen Protestchancen begründet, fordert im Brennpunkt der gewaltförmig-kulturindustriellen Bearbeitung und „Verschiebung zentral-zivilisatorischer Sozialkonflikte" nichtsdestotrotz, die unabgegoltene Praxisperspektive kritischer Theorie auf dem Debattenfeld der Literatur (-theorie) fortzuschreiben, mithin Subjektivität als politisch radikales Verhältnis zur gesellschaftlichen Triebnatur im Status ihrer textuellen Brechung neu zu begründen und damit den von Marcuse im „Versuch über die Befreiung" angedeuteten surreal-provokanten Ausweg aus den Theorie-Praxis-Debatten (in denen immerzu notwendig ein Zu-spät konstatiert werden mußte) als geschichtlich erinnerbare Möglichkeit ästhetisch-politischer Kritik durchzuhalten. Wie „vom Rande her" eine Neubestimmung radikaler Oppositionshandlungen, die sich in den Nischen ästhetischer Subversion festsetzen und artikulieren, zu gewinnen wäre, muß gleichwohl offen gehalten werden angesichts des skeptischen Bewußtseins, daß die Praxis der Rebellion wohl stets mit ihrer Assimilation an's Bestehende rechnen muß. Dieses '68', das weitgehend erfolgreich den Vergessensstrategien unterworfen wurde, aber wird — wenigstens als Gegenstand der Literaturhistorie — nicht gänzlich vergessen werden können. „'Es' bleibt ihr unangenehm", ein Desiderat der literaturwissenschaftlichen Rekonstruktion wie ein Bezugsfeld, das die Brüche zwischen theoretischer Konsolidierung des Protests und 'poetischem' Widerstand, die sich in ihrer historischen Distanzierung aneignen ließen für eine Kritik kultureller Integration, offenkundig werden läßt. Als Germanist ist Briegleb damit einer der wenigen seiner Zunft, der sich dorthin wagt, wo (auch die sog. 'engagierte') Literaturwissenschaft gemeinhin weder ihr Kategorienbesteck, noch ihre Werkbegriffe beschmutzt: in die kulturanalytische, „dramaturgisch-wissenschaftliche" Bearbeitung einer Revolte, die die gesicherten kompensatorischen und ideologischen Funktionen von Literatur im Spätkapitalismus unausgesetzt in Frage stellt. ●

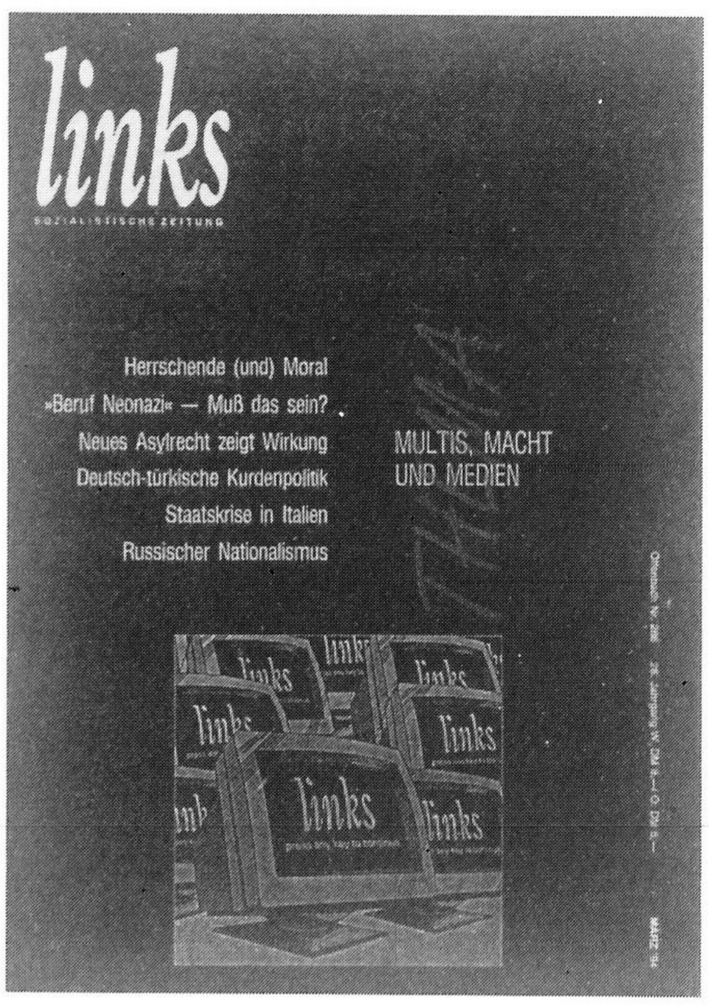
Klaus Briegleb: „1968 — Literatur in der antiautoritären Bewegung."
edition suhrkamp, Frankfurt am Main 1993

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit den Schwerpunkten: Arbeit — wieviel und für wen? ● Deutschland auf den Begriff gebracht ● Multis, Macht und Medien ● Weitere Themen: GUS: Kampf um was? — Türkische Kurdenpolitik — Studis im Streik — Mexiko: Hintergründe — Herrschende Moral — Beruf Neonazi: Muß das sein? — Staatskrise in Italien.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,—/ O: DM 50,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 3 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno 1

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Vereinigte Universitäts-
u. Fachbuchhandlung
Richard-Wagner-Str. 1
Konstanz
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Frauenstr. 42
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Sandstr. 9
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
Die Gruppe
Münzgasse 15
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7